

# Fünfte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Freitag, den 11. April 1930.

(Beginn: 10 Uhr 55 Minuten.)

## Tagesordnung.

1. Eingänge.
2. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Kalenderjahr 1930.
3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Befoldungen und anderen persönlichen Ausgaben der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ für das Kalenderjahr 1930.
4. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung für das Rechnungsjahr 1930.
5. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1930;  
in Verbindung hiermit  
Antrag der SPD.-Fraktion zu Drucksache 15, betr. Herabsetzung des unter Titel V 1 des Haushaltsplans über die Förderung von Kunst und Wissenschaft vorgesehenen Betrages von 160 000 RM auf 100 000 RM;  
und  
Antrag der SPD.-Fraktion auf Streichung der im Etat vorgesehenen Mittel zur Unterhaltung von Baudenkmalern und Verwendung dieser Mittel für Erwerbslose.
6. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Verteilung der unter Titel V 1 des Haushaltsplans über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1930 vorgesehenen Mittel im Betrage von 160 000 RM.
7. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzialmuseen für das Rechnungsjahr 1930.
8. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung des Reglements über die Leitung und Verwaltung der Provinzialmuseen zu Bonn und Trier.
9. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke für das Rechnungsjahr 1930.
10. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesoberbauwrats Heinemann.
11. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit des Landesmedizinalrats Professor Dr. Molinens.
12. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Wiederbesetzung der durch den Tod des Landesrats Dr. Vossen erledigten Stelle.  
In Verbindung hiermit:  
a) Antrag der Wirtschaftspartei auf Einsparung des laut Beschluß des Provinzialausschusses vom 21. Januar 1930 ausgeschriebenen Postens des Leiters der Abteilung Jugendwohlfahrt und Fürsorgeerziehung;  
b) Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Abstandnahme von der Besetzung dieser Stelle.
13. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Bereitstellung einer größeren Summe zur Bekämpfung der Tuberkulose in der Rheinprovinz.
14. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrag der SPD.-Fraktion zu Drucksache Nr. 39 auf Einsetzung eines Betrages von 500 000 RM in den Haushaltsplan zur Bekämpfung der Tuberkulose im Rheinland, insbesondere in der Eifel.
15. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die gutachtliche Stellungnahme zu dem Antrage der Landgemeinde Rheinhausen, Kreis Mors, auf Verteilung der Städteordnung.
16. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Genehmigung der Uebernahme neuer Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes zu Essen.
17. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Unterverteilung von 80 Prozent der auf den Provinzialverband entfallenden Garantieleistungen für den Mittellandkanal auf die besonders interessierten rheinischen Stadt- und Landkreise.
18. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, bei der Reichsregierung wegen der unverzüglichen Inangriffnahme des Baues des Aachen—Rhein-Kanals vorstellig zu werden.
19. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauern-

- partei, betr. Heilighaltung des Karfreitags- und Fronleichnamstages in Orten mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung.
20. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei, betr. religiöse Veranstaltungen im Rundfunk.
21. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1930.
22. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Beschaffung gesunder Wohnungen für wohnungsbedürftige Arbeiter, Angestellte und Beamte.
23. Antrag des III. und IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, allen Bauaufträgen im Hoch- und Tiefbau die von der Reichs- und Preussischen Staatsregierung empfohlene Verbindungsordnung für Bauleistungen zugrunde zu legen.
24. Antrag des III. und I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr.
1. den derzeitigen Stand der vom Provinzialverband der Rheinprovinz für Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege übernommenen Bürgschaften und der beim Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt zur Weiterleitung an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege aufgenommenen Darlehen;
  2. die im Jahre 1929 auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 75. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung übernommenen Bürgschaften und Darlehen;
  3. erneute Ermächtigung des Provinzialausschusses im Rechnungsjahr 1930 Darlehen zur Weiterleitung an Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege aufzunehmen.
25. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Vorlage einer Aufstellung über die dem Caritasverband und anderen Organisationen in den letzten Jahren überwiesenen Mittel.
26. Antrag des III. und II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Unterbringung von Trunksüchtigen und leichtkranken Geisteskranken in dem bisherigen Provinzial-Erziehungsheim Fichtenhain.
27. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler für das Rechnungsjahr 1930.
28. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betr. Aufstellung einer Bilanz über die Betriebe der Arbeitsanstalt Brauweiler nach kaufmännischen Grundsätzen.
29. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Wirtschaftspartei, betr. Beschränkung der Tätigkeit der industriellen und gewerblichen Betriebe der Arbeitsanstalt auf den eigenen Bedarf.
30. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, die Revisionen der Provinzial-Arbeitsanstalt durch die Provinzialkommission alle Vierteljahre vorzunehmen.
31. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Behandlung der Korrigenden.
32. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Provinzial-Heilstätte in Fichtenhain für das Rechnungsjahr 1930.
33. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Zunahme der vom Landesfürsorgeverband unterzubringenden Geisteskranken und die Schaffung weiterer Anstaltsplätze durch Ausbau der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Andernach.
34. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, einschließlich der Provinzial-Kinderanstalt für feilisch Abnorme und des Provinzial-Fürsorgeheims für psychopatische Mädchen für das Rechnungsjahr 1930.
35. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Einführung einer strengeren Beaufsichtigung und Kontrolle der rheinischen Pflegeanstalten.
36. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Anstaltsfürsorge für Geisteskranken usw. für das Rechnungsjahr 1930.
37. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Krüppelfürsorge für das Rechnungsjahr 1930.
38. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Orthopädische Provinzial-Kinderheilanstalt in Süchteln für das Rechnungsjahr 1930.
39. Antrag des III. Sachausschusses
- a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Uebernahme der Patenschaft durch den Rheinischen Provinzialverband für den deutschen Kriegerfriedhof bei Maison blanche, Gemeinde Neuville St. Vaast;
  - b) zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Verwendung der für die Uebernahme der Patenschaft für den deutschen Kriegerfriedhof bei Maison blanche vorgesehenen 100 000 RM für die Speisung und Unterstützung der Kinder von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.
40. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene für das Rechnungsjahr 1930.
- In Verbindung hiermit  
Antrag der SPD.-Fraktion auf Einstellung eines

- Betrages von 1,25 Millionen RM in den Etat zur Durchführung von Winterhilfsmaßnahmen für Kriegsopfer.
41. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Einstellung von 1 Million RM zur Unterstützung hoffender Frauen.
  42. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Hebammenwesen für das Rechnungsjahr 1930.
  43. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für das Rechnungsjahr 1930.
  44. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Unterbringung der Fürsorgezöglinge in Familienpflege.
  45. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Abstandnahme von der Einziehung der Renten entlassener Fürsorgezöglinge.
  46. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Entlassung des Direktors des Fürsorgeerziehungsheims Haleshof zu Solingen.
  47. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Betreuung dissidentischer Kinder.
  48. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Provinzial-Erziehungsheime für das Rechnungsjahr 1930.
  49. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. das Landesjugendamt der Rheinprovinz für das Rechnungsjahr 1930.
- Zu Verbindung hiermit
- Antrag der KPD.-Fraktion, betr. Einsetzung eines Betrages von 100 000 RM in den Haushaltsplan zur Einrichtung fahrbarer Schulzahnkliniken.
50. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betr. Gewährung eines Betrages aus Mitteln des Landesjugendamtes an den Turnverein, e. B., Bekdorf-Sieg, zur Abtragung der aus dem Neubau seiner Turnhalle herrührenden Schulden.
  51. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Ausarbeitung einer Denkschrift durch das Landesjugendamt über die in der Rheinprovinz vorhandene Kinderarbeit.
  52. Antrag des II. Sachausschusses
    - a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Verwendung der dem Landesjugendamt zur Durchführung von Hilfsmaßnahmen für kinderreiche Familien zur Verfügung gestellten Mittel;
    - b) zu dem Antrage der KPD.-Fraktion zu Drucksache Nr. 17 auf Erhöhung der für Zwecke der Jugendfürsorge zur Verfügung gestellten 200 000 RM auf 500 000 RM und Verteilung dieser Mittel unter Hinzuziehung der dissidentischen Fürsorge und der internationalen Arbeiterhilfe.
  53. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, betr. stimmberechtigte Vertretung im Landesjugendamt.
  54. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung der Satzung des Landesjugendamtes der Rheinprovinz.
  55. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Neuwahl von Mitgliedern des Landesjugendamtes der Rheinprovinz.
  56. Antrag des II. Sachausschusses
    - a) zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Bekämpfung von Schmutz und Schund durch das Landesjugendamt;
    - b) zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Erhöhung des für die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur im Haushaltsplan eingesetzten Betrages.
  57. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Förderung des Lichtbildwesens.
  58. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage des Landesauschusses der Rheinischen Jugendverbände in Düsseldorf auf Bereitstellung eines Betrages von eventuell 250 000 RM zur Förderung der Erholungspflege für erwerbstätige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren.
  59. Antrag des V. Sachausschusses
    - a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über die Durchführung der landwirtschaftlichen Umschulungsaktion in der Rheinprovinz;
    - b) zu dem Abänderungsantrag der KPD.-Fraktion hierzu.
  60. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses über den derzeitigen Stand der ländlichen Wasserversorgung in der Rheinprovinz und die weitere Förderung von ländlichen Wasserversorgungsanlagen.
  61. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf weitgehende Förderung der Zusammenlegungen, Wasserleitungsbauten, Bodenverbesserungen und Straßenbaunterstützung in den Höhengebieten bei der in Aussicht stehenden Westhilfe.



62. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Uebernahme der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung für die Direktoren der selbständigen landwirtschaftlichen Gemüsebauschulen und für den Direktor der Gemüsebaulehranstalt in Straelen durch den Provinzialverband.
63. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Bewilligung einer Provinzialbeihilfe bis zu 40 000 RM für Erweiterung der Gärtnerschule in Friesdorf bei Godesberg zu einer Bollgartenbauschule.
64. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion auf Einstellung von 1 Million RM in den Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten zur Zinsverbilligung kleinbäuerlicher Kredite.
65. Antrag des V. Sachausschusses zur Entschließung der SPD.-Fraktion, betr. Aenderung des Wahlrechts zu den Landwirtschaftskammern.
66. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Einsetzung eines Betrages von 200 000 RM in den Haushaltsplan zur Unterstützung notleidender Kleinwinzer.
67. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion
- a) auf Erhöhung des Betrages für Viehseuchenentschädigung um 500 000 RM, aber nur an Kleinbauern in voller Höhe des Schadens,
  - b) auf Streichung der für die Provinzial-Weinbaulehranstalten und die Landfrauenschulen Oewig und Sobernheim vorgesehenen Beträge bzw. auf Verwendung dieser Beträge zugunsten notleidender Kleinwinzer.
68. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Uhrweiler für das Rechnungsjahr 1930.
69. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Landfrauenschule Oewig für das Rechnungsjahr 1930.
70. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Landfrauenschule Sobernheim für das Rechnungsjahr 1930.
71. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1930;  
in Verbindung hiermit:
- a) Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung des im landwirtschaftlichen Etat vorgesehenen Betrages für Meliorationen, Wasserleitungen und Umlegungen um 500 000 RM,
  - b) Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung des Fonds für genossenschaftliche und kommunale Flußregulierungen um 500 000 RM,
- c) Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung der unter Ausgabe II c des landwirtschaftlichen Haushaltsplans vorgesehenen Summe von 20 000 RM auf 120 000 RM für Zinsereicherungen für Meliorationsdarlehen,
  - d) Antrag der SPD.-Fraktion auf Verwendung der im landwirtschaftlichen Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben für Schulwesen und Versuchstationen für die Finanzierung der Meliorationen und Flußregulierungen zugunsten der notleidenden Kleinbauern in den Notstandsgebieten der Eifel usw.,
  - e) Antrag der SPD.-Fraktion auf Streichung der Ausgabenpositionen IV 1—2, V 1—6, VI 1—4 und VII 1—2 (a—k) im landwirtschaftlichen Haushaltsplan und Verwendung dieser Beträge zugunsten der Zinsverbilligungs- und Entschuldungsaktion kleinbäuerlicher Betriebe,
  - f) Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei auf Erhöhung des für das Tuberkulosefistulungsverfahren vorgesehenen Zuschusses von 10 000 RM um weitere 20 000 RM.
72. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Desdorf für das Rechnungsjahr 1930;  
in Verbindung hiermit:  
Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung des Betrages für Bekleidung und Unterbringung der Waisenknaben auf 3000 RM sowie auf Einsetzung von 5000 RM für tarifliche Entlohnung der Waisenknaben in den Etat des Rittergutes Desdorf.
73. Antrag des V. Sachausschusses
- a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Förderung der ländlichen Umsiedlung,
  - b) zu dem Antrag der SPD.-Fraktion hierzu.
74. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Provinzialgut Bylerward für das Rechnungsjahr 1930.
75. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Provinzialdomäne Lammersdorf für das Rechnungsjahr 1930.
76. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Gewährung von Zuschüssen an die Kadaververwertungsanstalt im Kreise Wipperfurth.
77. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Viehseuchenentschädigung für das Rechnungsjahr 1930.

#### Nachtrags-Tagesordnung.

78. Entschließung der SPD.-Fraktion zur Lage der rheinischen Landwirtschaft.



79. Entschließung der Fraktionen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft, der Wirtschaftspartei und der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei zur Lage der Landwirtschaft.
80. Antrag des V. Sachausschusses, betr. die Bildung einer neuen ständigen Provinzialkommission für Landwirtschaft und Weinbau und Wahl dieser Kommission mit den Neuwahlen zu den übrigen Provinzialkommissionen.
81. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu dem Antrag der K.P.D.-Fraktion, betr.
- a) Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Provinzialkommission von 8 auf 15 Mitglieder,
  - b) die Wahl eines Stellvertreters für jedes Mitglied.
82. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu dem Antrag des Abgeordneten Haas, betr. Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Provinzialkommissionen von 8 auf 11.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige Plenarsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Kenntnisnahme offen.

Schriftführer für die heutige Sitzung sind zunächst die Herren Dr. Dichgans und Hauck. Ist Herr Dichgans da? Sonst bitte ich Herrn Koenzgen vorläufig neben mir Platz zu nehmen.

Die Wortmeldungen bitte ich wieder an den Beisitzer zu meiner Rechten zu geben. Die Wortmeldungen von gestern gelten auch heute noch.

Es sind mehrere Anträge eingegangen, die Sie auf Ihren Plätzen im Umdruck finden. Es fehlt noch ein Antrag der Wirtschaftspartei, betreffend Aufwertung der Sparguthaben. Dieser Antrag wird im Laufe der Sitzung verteilt werden. Außerdem liegt noch eine Entschließung der kommunistischen Fraktion zum landwirtschaftlichen Etat vor. Auch dieser Antrag wird umgedruckt und verteilt werden.

Dann ist noch eingegangen ein Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses.

Der Herr Abgeordnete Haas hat mitgeteilt, daß er infolge seiner Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau sein Amt als Mitglied des Provinzialausschusses niederlegt. An seine Stelle ist der bisherige Stellvertreter im Provinzialausschuß, Herr Parteisekretär Pikard, zum Mitglied des Provinzialausschusses ausgerufen, und an die Stelle des Herrn Pikard ist entsprechend dem Willen der Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages der sozialdemokratischen Fraktion das Mitglied des Hauses, Herr Görlinger, getreten. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen. Es ist nunmehr Aufgabe des Plenums, morgen den stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses zu wählen.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, morgen die Wahlen alle gemeinschaftlich in einer Reihenfolge vorzunehmen, und zwar zunächst die Wahl, die Sie unter Nr. 10, 11 und 12 der heutigen Tagesordnung finden, also die Wahlen der Landesräte — eventuell kommt hier noch ein weiterer Antrag hinzu —, dann die Wahlen zu den ständigen Kommissionen und endlich die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialausschusses. Die Wahlvorschläge für die Wahl zu den ständigen Kommissionen müssen drei Stunden vor Beginn der morgigen Sitzung eingereicht sein. Die morgige Sitzung soll nach dem Vorschlage des Ältestenrates um 9½ Uhr beginnen. Praktisch werden also diese Wahlvorschläge bis heute abend auf dem Büro abzugeben sein. Zur Erleichterung und Vereinheitlichung des Verfahrens sind von dem Büro Formulare vorbereitet worden, von denen ich die Fraktionen bitte, Gebrauch machen zu wollen.

Wir würden dann heute die Punkte 10, 11 und 12 der Tagesordnung auf morgen zurückstellen. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, diese Wahlen morgen um 12 Uhr beginnen zu lassen. — Damit sind Sie einverstanden.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung ist Ihnen vorgelegt worden. Sie schließt sich an die gestrige Tagesordnung an. Infolgedessen gelten insbesondere auch die Beschlüsse auf Beschränkung der Redezeit, wie sie gestern von der qualifizierten Mehrheit des Hauses angenommen worden sind.

Ebenso bleiben die Verbindungen bestehen, wie sie gestern notiert worden sind. Sind noch Zweifel? Soll ich noch einmal wiederholen, wie die Verbindungen und die Redezeit sind, oder sind Sie im Bilde? — Ich glaube, es empfiehlt sich doch, daß ich Ihnen nochmals vorlese, wie Verbindung und Redezeit sein sollen:

Die Punkte:

2, 3 und 4 selbstständige Vorlagen	je 5 Minuten,
5—8 verbunden	15 "
9 selbständig	5 "
10, 11 und 12 vertagt bis morgen,	
13 und 14 verbunden	10 "
15, 16, 17, 18 selbständig	je 5 "
19 und 20 verbunden	10 "
21—23 verbunden	10 "
24 und 25 verbunden	10 "
26—32 verbunden	15 "
33—36 verbunden	10 "
37 und 38 verbunden	10 "
39 für sich selbständig	15 "
40, 41, 42 selbständig	je 5 "
43—48 verbunden	20 "
49—58 verbunden	30 "

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die sämtlich dann folgenden Punkte 59—77 zu verbinden mit einer Redezeit von 40 Minuten. Mit diesen Punkten sollen gleichzeitig verhandelt werden die Entschließung meh-

erer Fraktionen (Zentrum, Arbeitsgemeinschaft, Wirtschaftspartei, Christlicher Volksdienst usw.) zum landwirtschaftlichen Etat, sowie die eben von mir erwähnte Entschließung der kommunistischen Fraktion zum Landwirtschaftsetat; die würde damit verbunden werden. Die Drucklegung und die Verteilung erfolgen gleich. — Sie haben diesen Vorschlag gehört. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich darf also annehmen, daß die Dreiviertelmehrheit für die Festsetzung der Redezeit auch zu den zuletzt erwähnten Punkten vorhanden ist.

Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat hat sich soeben auch über die Geschäftsführung unterhalten und lebhaft zum Ausdruck gebracht, daß die störenden Unterbrechungen, die Störungen der Ordnung und die gegenseitigen Anfeindungen, wie sie in der gestrigen Sitzung zu beklagen waren, sich nicht wiederholen dürfen. Die Vorsitzenden sind ermächtigt und gebeten worden, von der Geschäftsordnung in vollem Umfange Gebrauch zu machen. (Bravo!) Ich mache davon Mitteilung, daß wir auch ein Abschweifen von der Sache nicht weiter durchgehen lassen und die Redner zur Sache rufen werden, falls dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wird. Nach dreimaligem Rufe zur Sache werden wir das Haus fragen, ob der Redner weiter gehört werden soll.

Ich muß ferner im Auftrage des Ältestenrats die Damen und Herren des Hauses dringend bitten, möglichst ihre Plätze einzuhalten und sie nicht ständig zu verlassen. Dadurch wird die Verhandlung gestört und den anderen Mitgliedern des Hauses die ihnen gebührende Anteilnahme und Beteiligung an der Sitzung erschwert. Ich bitte Sie also, das störende Verlassen der Plätze zu vermeiden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Ley. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Der Sünder hat das Wort!) Herr Abgeordneter Gerlach, vermeiden Sie auch die Zwischenrufe; wir wollen uns nicht gegenseitig reizen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Zwischenrufe sind gestattet!)

Abgeordneter Dr. Ley: Zur Geschäftsordnung möchte ich sagen, daß ich mich eben im Ältestenausschuß gegen diese Art der Geschäftsführung gewandt habe, und zwar mit vollem Recht.

Einmal ist zur Sache zu sagen, daß dieses Haus ein politisches Parlament ist und daß alle Dinge, die in diesem Hause behandelt werden, mit der Politik der Provinz zu tun haben. Es wurde eben im Ältestenausschuß gesagt, daß man, sobald man die politischen Hintergründe aufzeigen würde, zur Sache gerufen würde (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten) und daß einem nach dreimaligem Ruf zur Sache das Wort entzogen würde. Damit wird jede politische Debatte — und das ist ja wohl auch die Absicht — aus diesem Parlament herausgehalten. Damit ist natürlich unterbunden, daß eine Partei, die es ernst mit dem Wohle des Volkes meint (Lachen), ihre Meinung dazu sagen kann. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.)

Zweitens ist hier gesagt worden, daß die Plätze innegehalten werden müßten. In allen großen Parlamenten ist es üblich und ein Gewohnheitsrecht, daß die Abgeordneten sich im Saale frei bewegen können, wohin sie wollen. Im Reichstag und im Landtag ist es üblich, daß Abgeordnete um die Rednertribüne herumstehen. Namentlich ist es üblich, daß diese Leute tun, die schwerhörig sind. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ihr seid ja ein bißchen schwer von Begriff!) Den Kommunisten paßt scheinbar diese Geschäftsordnung außerordentlich. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Meine Damen und Herren! Ich weiß zum Beispiel, daß ein Mitglied dieses Hauses schwerhörig ist und aus diesem Grunde vorhin geht. Also dieser Fall ist tatsächlich vorhanden, es ist nicht etwa ein herbeigezogener Fall, sondern er ist da. Wollen Sie dem unterbinden, daß er an der Debatte teilnimmt, dann allerdings müssen Sie so verfahren.

Weiter wurde im Ältestenausschuß gesagt, daß die Abgeordneten nicht mehr in die Hände klatschen sollten, wenn sie ihren Beifall bezeigen wollen. Es wurde als Grund angeführt, daß, wenn wir in die Hände klatschten, die Tribüne angeregt würde, mitzuklatschen. Wir können nicht dafür, daß die Tribüne von unseren Ausführungen derart begeistert ist. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß es da einer besonderen Anregung nicht erst bedarf. Das einfache Volk in seinem klaren Instinkt weiß, was wir wollen. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten. Lachen links.)

Meine Damen und Herren! Ich wende mich vor allen Dingen gegen den Ton, der im Ältestenausschuß vorhin gegenüber einer großen Partei dieses Hauses angewandt wurde. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Wer ist denn die große Partei?) Wir Nationalsozialisten haben in diesem Hause bereits Fraktionsstärke und im Land und draußen ist der Widerfall weit größer, als er sich an diesen sechs Abgeordneten zum Ausdruck bringt. Wenn wir heute Wahl hätten, dann würden wahrscheinlich mehr Nationalsozialisten hierhin kommen, dann würden weit mehr Leute der wahren Stimmung im Lande hier Ausdruck geben. (Zuruf: Oder auch nicht!) Ich habe es deshalb nicht verstanden, daß die Parteien, mit Ausnahme der Wirtschaftspartei — das erkenne ich freudig an —, daß vor allen Dingen auch die Deutschnationalen . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung kann nur für fünf Minuten erteilt werden. Die fünf Minuten sind abgelaufen.

Abgeordneter Dr. Ley: Ich muß dann nur noch sagen: Wir protestieren gegen den Ton im Ältestenausschuß.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas. (Abgeordneter Haas befindet sich schon auf dem Wege zum Rednerpult.)

Abgeordneter Haas: Ich beantrage Schluß der Debatte nach § 22 der Geschäftsordnung über diese Geschäftsordnungsdebatte.



Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist Schluß der Erörterung beantragt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. Die Geschäftsordnungserörterung ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Herr Ley hat soeben die Vertreter der kommunistischen Fraktion im Meltestenauschuß angegriffen (Zuruf des Abgeordneten Haake: Das ist keine persönliche Erklärung, er ist persönlich gar nicht genannt worden, dagegen erheben wir gar nicht genannt worden, dagegen erheben wir Protest!) und geglaubt erklären zu müssen, daß der kommunistischen Fraktion diese Geschäftsordnung gefalle. Ich stelle fest, daß wir im Meltestenauschuß erklärt haben, daß wir damit, wie die Vorsitzenden vorgehen sollen, nicht einverstanden sind, daß wir uns aber auch nicht mehr gefallen lassen, uns von den Nationalsozialisten in einer solchen Art und Weise angegriffen zu lassen. Wenn das weiter geschieht, werden wir uns an einer anderen Stelle mit ihnen auseinandersetzen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Ich möchte feststellen, daß die Kommunisten endlich begriffen haben, daß unsere Auseinandersetzung nicht in diesem Parlament, sondern auf der Straße stattfindet. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Deshalb erscheinen Sie wohl so oft im Restaurant!) — Herr Abgeordneter Haake meldet sich zum Wort.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wozu wollen Sie das Wort? Ich kann nur zu einer persönlichen Bemerkung das Wort geben. Diese persönlichen Bemerkungen haben sich darauf zu beschränken, Angriffe zurückzuweisen oder eigene Ausführungen zu berichtigen.

Abgeordneter Haake: Ich wollte das Wort zur Festsetzung der Tagesordnung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Festsetzung der Tagesordnung Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Wir Nationalsozialisten protestieren gegen die Art und Weise, wie hier in diesem Hause die Tagesordnung festgesetzt wird. Auf der gestrigen Tagesordnung standen nicht weniger als 100 Punkte zur Behandlung, und auf der heutigen Tagesordnung stehen bereits wieder, wie wir sehen, 77 Punkte zur Debatte. Bei einer derartigen Ueberbelastung der Tagesordnung ist es natürlich vollständig ausgeschlossen, daß über zur Debatte stehende Dinge hier ausführlich gesprochen werden kann. Wir Nationalsozialisten haben die letzten Tage genau beobachtet können, daß nur einige wenige Minuten vor der Sitzung die Herren aus dem Meltestenauschuß in die Fraktionen strömen und dann, nachdem die Sitzung begonnen hat, für die einzelnen Herren keine Möglichkeit mehr besteht, sich für ihre Ressorts vorzubereiten. Wir Nationalsozialisten sind der Meinung, daß es vielleicht früher, in den Zeiten finanzpolitischer Sicherheit und wirtschafts-

politischer Ordnung, genügt hat, sich hier kurz über diese Dinge zu unterhalten, daß es aber in der heutigen Zeit, in den Zeiten der Tributlasten, die auf unserem Volke ruhen, in den Zeiten des ungeheuren Zinswuchers und des Kapital- und Geldmangels, in diesen Zeiten, die eine vollständige Umwandlung von altersther überkommener Begriffe mit sich gebracht haben, doch notwendig wäre, sich mit den einzelnen Fragen viel eingehender zu befassen, als es bisher geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Sie haben z. B. gestern bei den Ausführungen meines Parteifreundes Simon gelacht. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das werden wir immer tun!) Das kam daher, weil zur Aufrollung der Frage nicht die entsprechende Zeit vorhanden war und Sie darum nicht in der Lage waren, den Ausführungen in der notwendigen aufmerksamen Art und Weise zu folgen. (Abgeordneter Dr. Ley: Sehr richtig!) Die Schuld daran trägt auch natürlich einzig und allein nur der Mangel an Zeit, die hier zur Verfügung steht, um Ihnen die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme, wie wir Nationalsozialisten sie sehen, hier aufrollen zu können. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Wir Nationalsozialisten sind der Meinung, daß es bei einem Etat von über 130 Millionen, bei dem Sie ganze 60 000 RM für die Abgeordneten dieses Hauses auswerfen, keine Rolle spielt, wenn wir einige wenige Tage länger zusammen sind und einige zehntausend Mark mehr ausgeben, um zum Schluß eine Million im Etat gespart zu haben. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Das ist doch das Ausschlaggebende. Ferner scheint es uns Nationalsozialisten dringend geboten, daß uns und auch den anderen Parteien die Möglichkeit gegeben wird, noch eingehend auf die hochpolitische Rede einzugehen, die der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Herr Horion, hier gehalten hat. Das erscheint uns um so mehr erforderlich, als wir in den letzten Tagen haben feststellen können, welches Echo diese Rede in Berlin und im deutschen Osten gefunden hat. Wir Nationalsozialisten sind nicht hierhergekommen, um mit dem Kopf zu nicken und Ja zu sagen, sondern um uns in verantwortungsbewußter Weise über alle Fragen, die zur Debatte stehen, in diesem Parlament zu unterhalten. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung. Die fünf Minuten sind abgelaufen.

Abgeordneter Haake (fortfahrend): Wenn wir uns hier im Reden weiter derart beschränken sollen, so schlagen wir Ihnen vor: Geben Sie nach Hause und überlassen Sie die ganze Abwicklung des Haushaltes dem Landeshauptmann Horion, allein verantwortlich gegenüber der Staatsregierung. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir treten in die Tagesordnung ein.



Zu Punkt 2 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Bracht.

Abgeordneter Dr. Bracht: Meine Damen und Herren! Der I. Sachausschuß hat den Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft geprüft, hat keine besonderen Bemerkungen zu machen und empfiehlt Ihnen unveränderte Annahme.

Ich darf wohl gleich zu Punkt 3 übergehen?

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, die Punkte 3 und 4 damit verbinden zu dürfen.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Bracht: Auch der Haushaltsplan der Landesversicherungsanstalt ist bei der Prüfung unbeanstandet geblieben. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Lauter!) Machen Sie nicht soviel Lärm, dann geht es ganz gut. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Da muß man sich doch hier vorn hinstellen; hier kann man schon nichts verstehen, viel weniger da hinten!) Schreien Sie nicht so, dann geht es ganz schön.

Der I. Sachausschuß empfiehlt Ihnen, auch den Haushaltsplan der Landesversicherungsanstalt bezüglich der Befoldungen und anderen persönlichen Ausgaben unverändert anzunehmen.

Den gleichen Vorschlag hat er zu machen zu Punkt 4 der Tagesordnung bezüglich des Haushaltsplans für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Lauter! — Zuruf des Abgeordneten Haake: Schicken Sie doch einen anderen Redner Ihrer Fraktion vor!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Haake, unterbrechen Sie nicht immer.

Abgeordneter Dr. Bracht: Hören Sie doch zu und unterhalten Sie sich nicht; dann können Sie mich auch verstehen. Im übrigen nehme ich Weisungen nur von dem Herrn Vorsitzenden an. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!)

Auch hier waren Bemerkungen zu dem Haushaltsplan nicht zu machen. Es wird unveränderte Annahme empfohlen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zu den Punkten 2, 3 und 4 hat Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Die landwirtschaftlichen Genossenschaften unterscheiden sich grundsätzlich von den Konsumgenossenschaften. (Ironisches Sehr richtig! links.) Wir Nationalsozialisten bejahen die Berufsgenossenschaften, wie sie die Landwirtschaft hat, absolut. Sie könnten einen Stoa bilden für einen demaleinstigen Ständestaat. Diese Genossenschaften schützen den Beruf. Sie sind nicht zu vergleichen mit den Konsumvereinen von heute, die ja nur noch Geldunternehmungen sind, die nicht mehr wie früher etwa einem notleidenden Stande billige Nahrungsmittel geben, sondern einzig und allein dazu da sind, um als

eine Terrormassnahme der Mitglieder der politischen Parteien zu gelten. Wir stehen den Berufsgenossenschaften der Landwirtschaft ganz anders gegenüber. Gerade hier im Rheinlande stehen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, auch infolge der Initiative der Landwirtschaftskammer, die hier im Rheinland vorbildlich geführt wird, auf einer namhaften Höhe. Wir freuen uns dessen.

Meine Damen und Herren! Zu dem Haushaltsplan der Befoldungen der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz möchte ich auch noch einmal sagen, daß wir es als schmerzlich empfinden, wenn Kreise im Lande, Bürgermeister und Gemeindef sekretäre, sich an den Versicherungen beteiligen. Es wurde gestern schon zum Ausdruck gebracht, daß wir wünschen, daß hier arbeitslose Volksgenossen eine Existenzmöglichkeit finden.

Dann, meine Damen und Herren, gibt es eine Arbeits- und Berufsforschung. Ich möchte hier an den Großindustriekapitän in Amerika Henry Ford erinnern. Der Mann hat zweifellos vieles falsch gemacht, vor allen Dingen mit seinem laufenden Band, was natürlich nicht auf Deutschland übertragen werden kann und worin wir ein Grundübel der modernen Wirtschaft sehen. (Sehr richtig! links.) Aber das Arbeitsstudium in der wahren und richtigen Form kann dem Volke und der Wirtschaft großen Segen bringen. Der zukünftige moderne Staat, wie wir ihn aufbauen wollen (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Nach Mussolinis Art!), der mit allen Hilfsmitteln der Technik ausgerüstet ist, wird Arbeitshochschulen und Schulen errichten, wo festgestellt und dem Volke vermittelt wird, wie mit der geringsten Arbeitskraft die größtmögliche Arbeitsleistung vollbracht werden kann. Das Ziel unserer Wirtschaft muß die Produktionssteigerung sein, das ist das Maßgebende, alles andere ist falsch. Nicht allein die größte Verteilung der Mittel ist zu bejahen, denn wenn zu wenig vorhanden ist, hat das alles keinen Sinn. Erst muß eine Wirtschaft darauf hinausgehen, daß mehr produziert wird und mehr Werte geschaffen werden. Dazu ist das Arbeitsstudium außerordentlich wertvoll. Wir Nationalsozialisten werden demaleinst unsere Wirtschaft aufbauen auf dem Begriffe des Eigentums, auf dem Begriffe des menschlichen Geistes und der Initiative des einzelnen, vor allen Dingen dadurch, daß wir die Arbeit studieren, aber auch die Menschen an dem Ertrag dieser Arbeit teilnehmen lassen. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch gegen den Antrag des I. Sachausschusses erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß Sie den Anträgen des I. Sachausschusses zu 2, 3 und 4 auf unveränderte Annahme zustimmen. — Das ist der Fall.

Wir kommen zu den Punkten 5 bis 8. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Bracht.

Abgeordneter Dr. Bracht: Meine Damen und Herren! Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Haushaltsplan über die Förderung von Kunst und Wissenschaft unverändert anzunehmen.

Besondere Erörterung fand der Antrag der SPD. unter Titel V 1, den Betrag von 160 000 RM auf 100 000 RM herabzusetzen. Seitens der Antragsteller wurde zutreffend ausgeführt, daß den 160 000 RM die Positionen unter 2 und 3 desselben Titels mit 40 000 RM und 20 000 RM hinzuzurechnen seien, so daß insgesamt für diesen Zweck ein Betrag von 220 000 RM zur Verfügung stände, der die beantragte Kürzung um 60 000 RM angesichts der gesamten Notlage des Haushaltsplans doch vertragen könnte. Von der anderen Seite wurde demgegenüber hervorgehoben, daß die Aufwendungen der Rheinprovinz für die Zwecke von Kunst und Wissenschaft, insbesondere für die Denkmalspflege, außerordentlich gering sind, daß der Kopfbetrag sich etwa auf 18 Pf. beziffert gegenüber einem Kopfbetrag in anderen Provinzen, der zwischen 30 und 49 Pf. schwankt. — Nur ein Provinzialverband hat noch einen geringeren Kopfbetrag als die Rheinprovinz. — Er wäre auch verhältnismäßig gering im Vergleich mit den zahlreichen Kulturdenkmälern, die gerade in der Rheinprovinz einer pfleglichen Behandlung bedürften. Es käme endlich hinzu, daß auch der preussische Staat für die Zwecke der Denkmalspflege Mittel bereitstellte, deren Vergebung meist an die Bedingung geknüpft werde, daß seitens der Provinz ein entsprechender Betrag geleistet wird, und daß die Gefahr bestände, daß bei einer Verkürzung dieses Titels auch die Staatsmittel, mit denen die Rheinprovinz bisher bedacht worden sei, nicht mehr in dem gleichen Maße flüssig gemacht werden könnten. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß gerade im Preussischen Landtag seitens aller Parteien seit Jahren der Wunsch geäußert wird, gerade die Kulturmittel noch zu verstärken, und daß bisher nur beim Ausgleich des Haushaltsplans durch den engeren Haushaltsausschuß des Landtages in den letzten Jahren diese an sich von den Ausschüssen angenommenen Entschlüsse wieder rückgängig gemacht werden mußten, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Der Sachausschuß schlägt Ihnen in seiner Mehrheit aus den vorgetragenen Gründen vor, den Antrag abzulehnen, ebenso bittet er, den Antrag der SPD. abzulehnen, den Gesamttitel zu streichen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das können wir uns denken!)

Es wurde dabei insbesondere darauf hingewiesen, daß die anscheinend vorhandene Annahme, daß kirchliche Baudenkmäler aus diesem Fonds ganz oder überwiegend bedacht würden (Zuruf des Abg. Dunder: 99 Prozent!), sich ohne weiteres widerlegen lasse durch die Nachweisungen, die über die Verwendung gemacht werden, die auch eine interessante Erläuterung finden

durch das Handbuch über die Denkmalpflege, das Ihnen heute gerade auf den Tisch gelegt worden ist.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung bittet Sie der I. Sachausschuß um unveränderte Annahme.

Zu Punkt 8 ist folgendes zu bemerken: Der Antrag des Provinzialausschusses, betr. Veränderung des Reglements über die Leitung und Verwaltung der Provinzialmuseen, dient in der Hauptsache dem Zwecke, die Wahlzeit in Einklang zu bringen mit der Wahlzeit des Provinziallandtages. Auch hier wird unveränderte Annahme vorgeschlagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kelter.

Abgeordneter Kelter: Meine Damen und Herren! 160 000 RM sind zur Förderung von Kunst und Wissenschaft bewilligt worden. Die SPD. verlangt vollständige Streichung dieses Betrages, die SPD. eine Teilstreichung. Wir lehnen diese Anträge ab, weil wir überzeugt sind, daß das, was dort steht als Kantener Dom oder als Kölner Dom nicht nur irgendwelche steinerne Kästen sind, sondern lebendige Werte, an denen viele Millionen Menschen hier in der Rheinprovinz und im ganzen Reich ihre Erbauung finden. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wir sind überzeugt davon, daß noch lange nicht jeder Mensch, der durch die Misere der Zeit zum asozialen Wesen wird, sich dem Trunke ergibt und in die Trinkerheilanstalt kommt, sondern daß viele Millionen Menschen Erbauung finden an den Werten, die dort stehen. Sie, meine Herren von der SPD. und der SPD. haben jeden realen Wert verwirtschaftet; Sie haben jeden innen- und außenpolitischen Kredit verwirtschaftet. Wir lehnen es ab, auch diese kulturellen Werte noch von Ihnen verwirtschaften zu lassen, indem Sie nicht die Mittel zu ihrer Erhaltung bewilligen. Es liegt vollkommen in der Linie der SPD. und der SPD., daß man alle Zeugen einer großen Vergangenheit auf diese Art und Weise zu vernichten sucht. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wir denken gar nicht daran!) Sie haben in kleinlichem und engstirnigem Haß die Embleme und alles, was aus einer alten Zeit, die noch schöpferisch war, stammte, vernichtet. Sie glauben nun auch in diesem Falle dadurch, daß Sie diese Mittel nicht bewilligen, die letzten Reste einer großen Vergangenheit vernichten zu können. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Das liegt vollkommen in der Linie Ihrer Politik, das sage ich noch einmal. Das Gegenteil von dem, was hier unterstützt werden soll, unterstützen Sie. Ein George Groß beispielsweise ist Ihr Mann, ein Mann, der alle wirklichen Werte zerstückt, ein Jude, der nichts anderes kennt als das, was in uns lebendig ist, zu zerstören (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie machen mit den Juden gemeinsame Sache!), der Mann, der alles das, was heute im Volke zum größten Teil noch anerkannt wird, durch den Rot zieht. Das ist durch den Prozeß erwiesen, den wir in der letzten Zeit erlebt



haben. Wir wundern uns nur, daß das Zentrum nicht ganz entschieden abrückt von der Linken, auch von der SPD., die diesen Mann in Schutz nimmt.

Wir treten für die Bewilligung der Mittel ein. Wir würden gerne sagen: Es soll noch mehr bewilligt werden; aber es ist im Augenblick nicht anders möglich. Darum lehnen wir die Anträge der SPD. und der SPD. ab und treten voll und ganz für die Bewilligung der Mittel ein. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kuhnen.

Abgeordneter Kuhnen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die letzten Ausführungen des Herrn Kelter einzugehen und hier etwa eine Juden-Debatte heraufzubeschwören, habe ich nicht die Absicht. Ich nehme an, daß das Haus das, was ausgeführt worden ist, zu würdigen weiß.

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag gestellt, bei Kunst und Wissenschaft von den 160 000 RM 60 000 RM zu streichen. Warum hat sie diesen Antrag gestellt? Lediglich aus dem Grunde, weil sie sich sagt: Wenn wir in dieser Notzeit an allen Ecken und Kanten sparen sollen, sehen wir nicht ein, warum wir nicht auch bei diesem Etat irgendetwas einsparen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen, daß es Baudenkmäler gibt, die der Unterstützung der Provinz würdig sind. Die Dome zu Köln, Aachen und Xanten, vielleicht auch noch das eine oder andere Baudenkmal, sind es ohne Zweifel wert — das braucht auch nicht noch besonders hervorgehoben zu werden —, von uns und von der Provinz Unterstützung zu finden. Darüber hinaus aber sind unter den vielen Anträgen, die uns immer wieder vorgelegt werden, eine ganze Menge, auf die das nicht zutrifft. Der Herr Landeshauptmann und die Provinzialverwaltung verweisen in den letzten Jahren in den Berichten, die sie uns vorlegen, immer wieder darauf, daß sie sich mit einer Flut von Anträgen beschäftigen müssen, deren Sinn und Zweck nur der ist, zu versuchen, für die allgemeinen Verwaltungskosten von der Provinz oder sonstwie aus öffentlichen Mitteln Beihilfen herauszuschlagen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das verkehrt ist. Wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß für die Erhaltung dieser Baudenkmäler, ganz gleich, welcher Art, in erster Linie die Eigentümer verantwortlich sind. Darüber hinaus aber gibt es auch Baudenkmäler, an deren Erhaltung auch wir ein Interesse haben, bei denen auch wir sagen: Das sind wirkliche Kunstdenkmäler, dafür können von der Provinz Aufwendungen gemacht werden.

Nun hat der Sachausschuß die Ablehnung unseres Antrages beantragt. Daraus ist wohl die Schlussfolgerung zu ziehen, daß auch die Mehrheit dieses Hauses unseren Antrag ablehnen wird. Da wir damit rechnen, daß das wohl geschieht und daß die 60 000 RM nicht gestrichen werden, haben wir den Wunsch und die Bitte

an die Provinzialverwaltung und an den Herrn Landeshauptmann, nunmehr von den 60 000 RM, die nicht gestrichen werden, auch etwas für Volksbildungsbeförderungen, für die lebende Kunst und nicht nur für die tote Kunst zu tun. Wir sind der Ueberzeugung, daß speziell von der Rheinprovinz auf diesem Gebiete etwas mehr geschehen könnte. Ich nenne hier den Volksbühnenbund, den Bühnenvolksbund und den Rhein-Main-Verband; ich greife diese drei großen Verbände heraus, die ohne allen Zweifel wert sind, auch von der Provinz unterstützt zu werden. Wir haben also den Wunsch und die Bitte an den Herrn Landeshauptmann, aus einem Teil dieser Mittel die Bestrebungen der allgemeinen Volksbildung zu unterstützen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Wenn die Mittel vom Provinziallandtag für Denkmalspflege bewilligt werden, dann bin ich an den Beschluß des Provinziallandtages gebunden und kann sie nicht für Volksbildung verwenden. Im übrigen steht im Haushaltsplan auch ein Titel für Volksbildung Nr. 5: für Zwecke der Heimatmuseen und der Volksbildung, und zwar gleich der Betrag von 100 000 RM. Daraus ist es möglich, diese Bestrebungen zu fördern. Gerade die Einrichtungen, die eben von Herrn Abgeordneten Kuhnen genannt worden sind, werden auch von uns nach Maßgabe der uns zur Verfügung stehenden Mittel gern unterstützt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Simon.

Abgeordneter Simon: Wir Nationalsozialisten möchten bei der Beratung dieser Position des Haushaltsplans auf eine Geflogenheit hinweisen, die gerade in Künstlerkreisen schon viel Aergernis erregt hat. Es ist die Geflogenheit, bei der Unterstützung der Kunst hauptsächlich nicht Kunstwerke von Künstlern zu kaufen, die noch leben, sondern von solchen, die vielleicht schon hundert Jahre im Grabe modern. Dadurch können wir natürlich der Kunst nicht so dienen, wie es sein sollte. Gerade die lebenden Künstler — ich denke z. B. an die Maler, die in meiner Heimatstadt Koblenz stark vertreten sind — haben ein Interesse daran, daß auch Bilder von ihnen gekauft werden (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sehen Sie einmal nach, was im Haushaltsplan steht!), solange sie am Leben sind, und nicht erst dann, wenn ihre Bilder längst in die Erbschaft von Verwandten, Freunden und Bekannten übergegangen sind, wo sie nachher irgendein Museumsdirektor ausgräbt und dann solche Leute mit erheblichen Summen ausstatten muß, die gar nichts dafür können, daß früher einmal ein hervorragender Künstler gelebt hat. Wir fordern also von der Verwaltung die Unterstützung lebender Künstler. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)



Bei dieser Gelegenheit weisen wir weiter darauf hin, daß wir es nicht für im Sinne der Förderung der Kunst gelegen halten, wenn obere Beamte der Provinz oder der Städte hingehen und die aus öffentlichen Geldern gekauften Bilder für ihre Privatwohnung verwenden. Unsere Herren Oberbeamten — ich denke hier auch an den Herrn Oberpräsidenten Fuchs selbst — mögen doch ihre Privatwohnungen nicht mit solchen Bildern ausstatten, die der Allgemeinheit gehören. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Die Bilder, die die Allgemeinheit bezahlt, sollen auch der Allgemeinheit zugänglich sein. Sie gehören deshalb in Museen oder in sonstige entsprechende Gebäude und nicht in die Privatwohnung von Leuten, die Kulturbedürfnis genug haben müßten, um sich Bilder nach eigenem Geschmack selbst zu erwerben. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Weingarten.

Abgeordneter Dr. Weingarten: Meine Damen und Herren! Ich habe für die Wirtschaftspartei zu erklären, daß wir ebenfalls gegen den Antrag der Sozialdemokratischen Partei stimmen werden, den Betrag für Denkmalspflege von 160 000 RM auf 100 000 RM herabzusetzen. Wir stehen sicher nicht in dem Rufe, gegen irgendwelche Sparsamkeit zu sein, wo sie angebracht und berechtigt ist. Aber hier stehen meine Parteifreunde auf dem Standpunkt, daß es unsere Aufgabe sein muß, die alten Denkmäler, die Zeichen einer großen historischen Vergangenheit im Rheinlande unter allen Umständen zu erhalten.

Wenn eben hier schon einmal ausgeführt wurde, daß die Erhaltung dieser Denkmäler in erster Linie Aufgabe des Eigentümers sein muß, so ist das selbstverständlich richtig. Aber leider ist es doch heute so, daß die Eigentümer dieser großen Bau- und Kunstdenkmäler allein bestimmt nicht in der Lage sind, diese Werke so zu erhalten, daß sie auch noch einer späteren Zukunft das sind, was sie uns heute sind. Infolgedessen stehen wir auf dem Standpunkt, daß diese 160 000 RM für den Zweck, für den sie die Provinzialverwaltung angefordert hat, bewilligt werden müssen.

Etwas anders verhält es sich mit der Frage, ob es notwendig ist, daß ein so kostspieliges Jahrbuch hier gedruckt und verschenkt wird. Die Mittel für diesen Druck werden doch wahrscheinlich auch aus dem Fonds für die Denkmalspflege genommen. Viel richtiger wäre es, diese Mittel restlos der Erhaltung der Baudenkmäler zuzuführen und derartige unnütze Ausgaben aus diesem Fonds zu unterlassen. (Abgeordneter Dr. Stein: Sehr gut!)

Wir werden also den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ablehnen und in diesem Falle für die Verwaltungsvorlage stimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (Zuruf des Abgeordneten Dunder:

Herr Vorsitzender, ich habe mich gestern zu diesen Punkten gemeldet zu 42 und 45!)

Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Henrichs.

Abgeordneter Henrichs: Ich möchte nur namens der Zentrumsfraktion mit einem Wort den Wunsch unterstützen, daß Besucherorganisationen, insbesondere auch dem Bühnenvolksbund, aus den entsprechenden Etatsmitteln eine erhöhte Leistung gegeben wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Die kommunistische Fraktion lehnt den Etat für Kunst und Wissenschaft ab. Wenn wir diesen Etat ablehnen, so geschieht es nicht deshalb, wie es von verschiedenen Rednern hier ausgeführt wurde, um alte Baudenkmäler zusammenbrechen zu lassen, sondern es geschieht deshalb, weil wir der Auffassung sind, daß die Eigentümer dieser Baudenkmäler zunächst verpflichtet sind, ihr Eigentum selbst zu erhalten. (Abgeordneter Nohl: Sehr richtig!) Der größte Teil der Baudenkmäler, der unter diesen Haushaltsplan fällt, sind Kirchen und kirchenähnliche Gebäude. Gerade die Kirche ist eine Organisation, die man wohl als die reichste Organisation der Welt bezeichnen kann. (Abgeordneter Nohl: Sehr richtig!) Wenn eine solche Organisation, die ein Vermögen von mehreren Milliarden Mark besitzt, diese Baudenkmäler hat, dann soll diese Organisation auch hübsch selbst die Summen aufbringen, die erforderlich sind, um sie vor dem Verfall zu schützen.

Wenn in dem Zusammenhange auf Rußland hingewiesen wird, so möchte ich dazu nur einige Bemerkungen machen.

In Rußland hat man keine Kirchen zerstört. (Widerspruch und Lachen rechts und im Zentrum.) In Rußland hat man sie nur ihrer ehemaligen Zweckbestimmung entzogen. (Lachen rechts. Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Zur Sache!) Das ist zur Sache; Sie sind ja zu dumm, um zu begreifen, was zur Sache gehört und was nicht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dunder, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Dunder: Wenn in Rußland die Kirchen ihrer ehemaligen Zweckbestimmung entzogen werden und aus diesen prächtigen Gebäuden Erholungsheime für Kinder und Lungenheilstätten für Lungenkranke Proletarier errichtet werden, erfüllen die Kirchen einen besseren Zweck, als wenn sie noch ihrer alten Zweckbestimmung nachgingen. Die russische Regierung tut alles, um die alten Baudenkmäler zu erhalten. Auch wir werden in Deutschland, wenn hier einmal das Proletariat regiert, die Dome in Köln, Xanten und Aachen als Bauwerke vergangener Kunst erhalten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir haben aber kein Interesse daran, in der heutigen Zeit, wo Eigentümer nicht wir, sondern die kirchlichen Organisationen sind, Gelder dafür zur Verfügung zu stellen. (Abgeord-

meter Kohl: Sehr richtig!) Wenn wir bei der Provinzialverwaltung oder an anderen Stellen Anträge einbrächten, unsere Parteihäuser zu unterhalten, wenn sie vielleicht in irgendeinem alten Profanbau untergebracht sind, so würde man uns antworten: Unterhaltet Ihr Eure Gebäude hübsch selbst.

Wenn der Berichterstatter, Herr Dr. Bracht, vorhin gesagt hat, daß es nicht stimme, daß aus dem Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft überwiegend Kirchen und kirchenähnliche Gebäude unterstützt werden, so sei nur darauf hingewiesen, daß unter den 21 Punkten dieser Vorlage, für die 100 000 RM aufgewandt werden sollen, nur drei Profanbauten sind, und diese drei Profanbauten erfordern einen Zuschuß von 9000 RM. Die übrigen 91 000 RM sind für Kirchenbauten (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Hinzukommt ferner, daß im Etat für Kunst und Wissenschaft nicht nur die Positionen 2 und 3 für denselben Zweck verwendet werden, sondern auch die Positionen 4, 6 und 7 in Titel V des Haushaltsplans.

Im übrigen möchte ich bemerken, daß ich Mitglied der Kommission für die rheinische Denkmalspflege bin. Ich bin deshalb sehr gut im Bilde, weil von den Hunderten von Anträgen, die einlaufen, sich fast alle lebendig auf Kirchen beziehen; ich weiß, daß beinahe zu 99 Prozent kirchliche Bauten unterstützt werden. (Abgeordneter Kohl: Sehr richtig!)

Wenn nun die Sozialdemokratische Partei den Antrag gestellt hat, diese eine Position von 160 000 RM auf 100 000 RM zu senken, so sei nur darauf hingewiesen, daß im Etat noch weitere 40 000 RM für den Provinzialauschuß, 2000 RM für den Landeshauptmann, 50 000 RM für den Kölner Dom und 3500 RM für die Fortführung der Denkmälerstatistik und 2300 RM für die Herstellung des soeben kritisierten Jahrbuchs enthalten sind, also allein schon eine riesige Summe, die auch von dem sozialdemokratischen Parteivertreter bisher nicht beanstandet und nicht abgelehnt worden ist; vielmehr hat der sozialdemokratische Vertreter im Ausschuß der Denkmalspflege jegliche Mittel für „diese Kunst“ bewilligt. Die Nationalsozialisten haben deswegen gar keine Veranlassung, eine Parallele zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu ziehen, sondern die Sozialdemokraten handeln genau so, wie Sie handeln. Die Sozialdemokraten haben diese Mittel bewilligt.

Wenn der Redner der Wirtschaftspartei gegen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion polemisiert, so sei darauf hingewiesen, daß die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei einen Antrag gestellt hat, die Ausgaben des Haushaltsplans um 5 Prozent zu senken. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Alle Positionen!) D. h. die Wirtschaftspartei, die sich hier so darüber entrüstet, daß die sozialdemokratische Fraktion einen bescheidenen Antrag auf Streichung einiger Mittel gestellt hat, hat im Reichstag denselben Antrag eingebracht, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht auf

die einzelnen Positionen selbst Bezug nahm, sondern auf den Gesamthaushaltsplan, also auch auf den Haushaltsplan zur Förderung von Kunst und Wissenschaft. Es ist deshalb nur eitle Spiegelfechtereie, sich hierhinzu stellen und zu erklären, daß Sie diese Senkung nicht mitmachen, sondern daß diese Beträge erhalten oder nach Möglichkeit noch erhöht werden müßten. (Abgeordneter Wigler: Mißverständnis!)

Ich darf wohl darauf hinweisen, daß an allen Ausgaben, die für unsere Kranken, für die Fürsorge, für das Straßenbauwesen dringend notwendig sind, Abstriche in ungeheuerlichem Maße gemacht worden sind, daß aber auf der anderen Seite gerade der Etat für die Förderung von Kunst und Wissenschaft gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres um rund 70 000 RM gestiegen ist, d. h. daß bei der elenden Lage, in der wir uns befinden, und insbesondere bei den Sparmaßnahmen, die der Herr Landeshauptmann angekündigt hat, die sich auch zum Teil schon in den Heil- und Pflegeanstalten, in den Erziehungsanstalten und in den übrigen Anstalten der Provinz auswirken, ausgerechnet in dieser Position zur Subventionierung der kirchlichen Organisationen eine gewaltige Etatüberziehung gegenüber dem Voranschlag des vergangenen Jahres erfolgt ist.

Wenn wir dazu kommen, diese Mittel abzulehnen — ich habe ja die Begründung dafür vorhin gegeben —, so aus dem Grunde, weil wir fordern, daß diese Mittel zur Erhaltung der lebenden Baudenkmäler, und zwar der menschlichen Gestalt, verwendet werden sollen. Wie aber von der Kirche und ihren Vertretern da gehandelt wird, dafür haben wir schon genügend Beispiele angeführt, die ich heute noch durch eins ergänzen möchte. Die Rote Fahne bringt einen Brief eines ehemaligen Inspektanten eines Theaters, der sich an die Hedwig-Wrangels-Hilfe gewandt hat, die ja auch in Deutschland als die gepriesene Erleichterung des Loses der Gefangenen hingestellt wird und die ihr Hilfswert ausgebaut hat, um arme Menschen, die durch die heutigen Verhältnisse in soziale Not geraten, zu unterstützen. Diese Frau Wrangel antwortet dem betreffenden Künstler persönlich auf einer Postkarte folgenden Inhalts: „Ich kann gar nichts für Sie erreichen. Der Blick auf Jesus lehrt: Still sein, dulden, arbeiten und sterben!“ Und auf der Rückseite der Postkarte stand: Geldsendungen erbeten an Postcheckkonto 32 713. (Abgeordneter Kohl: Hört, hört!) Das ist eine Verhöhnung eines durch die heutigen Verhältnisse in soziale Bedrängnis geratenen Menschen, wo noch gerade diejenigen, die die Liebe des Nächsten predigen und die nach der Lehre des angeblich dagewesenen Christus die Menschheit beglücken wollen, solch einen Spott einem Menschen ins Gesicht schleudern. Ich glaube nicht, daß es Worte gibt, die eine solche Verhöhnung eines Menschen bezeichnen können.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Jansen.



Abgeordneter Janßen: Meine Damen und Herren! Es kann natürlich nicht in meiner Aufgabe liegen, mich mit den Ausführungen des letzten Redners, des Herrn Dunder von der SPD., zu beschäftigen. Mir scheint aber, daß schon eine sehr dreiste Stirn dazu gehört, Vorgänge in Rußland hier zum Kunstetat heranzuziehen, um zu behaupten, daß dort religiöse Kunstdenkmäler zwar erhalten, aber nur einem anderen Zwecke zugeführt würden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie haben doch vor dem Kriege die orthodoxe Kirche bekämpft!) Angesichts der Statistiken, die nachweisen, daß mit Dynamit Gotteshäuser in Rußland einem anderen Zwecke zugeführt werden, gehört dazu wirklich eine dreiste Stirn. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Im Kriege hat man mit Granaten und 42-cm-Geschützen Kirchen zerstört.)

Doch ich wollte mich auf diese Dinge zunächst nicht einlassen. Verwunderlich ist mir in etwa, daß die Herren von der SPD. den Antrag gestellt haben, den Kunstfonds von 160 000 RM auf 100 000 RM zu beschränken. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Das ist doch nicht verwunderlich.)

Meine Damen und Herren! Wenn der gesamte Provinzialetat von 1925 bis 1929 von 125 auf 164 Millionen gestiegen ist und zu gleicher Zeit die Beträge für die Kunst von 200 000 RM auf 160 000 RM herabgesunken sind, dann sollte man doch darin eine solche starke Beschränkung und Beschneidung der Mittel sehen, daß man diese 60 000 RM nicht auch noch wegfällen lassen sollte, zumal auch nach Auffassung der Herren Antragsteller sich die Anträge auf Beihilfen zur Unterhaltung von Kunstdenkmälern stark vermehrt haben.

Mir scheint auch in Ihrem Vorgehen eine starke Inkonsequenz zu liegen. Sonst bestreiten die Herren doch nicht die Wichtigkeit der vertretenen Auffassung, daß eine außerordentliche Verarmung eingetreten ist; dann dürften sie doch auch erkennen, daß auch auf Seiten der Unterhaltungsträger der Kunstdenkmäler eine solche Verarmung entstanden ist, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ein Kunstdenkmal zu erhalten, und daß darum die Provinz ersatzweise für sie einzutreten hat. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Kürzen Sie doch die Gehälter der Geistlichen!) Meine Damen und Herren! Man sagt: „Du sprichst vergebens viel, um zu versagen, der andere hört von allem nur das Nein!“ Man kann nur schwer zu der Auffassung gelangen, daß die Versicherung von der Liebe zu Kunst und Wissenschaft und von der Erhaltung der Dome und sonstigen Kunstwerken von dieser Seite aus ernst zu nehmen ist, wenn man hört, daß dieselbe Seite bei dieser gewaltigen Steigerung des Etats um viele Millionen 60 000 RM für Kunst und Wissenschaft streichen will. Wir haben davon abgesehen, zu verlangen, daß dieser Fonds wesentlich erhöht wird. Wenn man aber auf der linken Seite des Hauses weiter bestrebt sein sollte, diese Beträge zu kürzen, so würden

wir eventuell auch dazu übergehen, in Anbetracht der Notlage der Unterhaltungsträger der Kulturdenkmäler eine Erhöhung dieses Postens zu beantragen. Mir scheint, daß jeder hier im Hause, dem die Aufgabe zugefallen ist, das Rheinland mit seiner 2000jährigen Kultur- und kunstgeschichtlichen Vergangenheit zu vertreten, auch die große Verantwortung auf sich lasten fühlen muß, auch für die Erhaltung der alten Kunst entschieden einzutreten.

Es ist eine Selbstachtung der Rheinprovinz, wenn sie diese alten historischen Zeugen der Kunst und Bildung so erhält, wie es notwendig ist. Darum darf dieser Betrag nicht gekürzt, er muß erhöht werden. Sie finden uns immer bereit, für soziale Zwecke das zu leisten, was eben herausgeholt werden kann. (Zuruf links: Brotgetreide als Schweinefutter!) Aber für Kultur und Wissenschaft lassen wir uns die notwendigen Beiträge nicht streichen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Kultur des Scheiterhaufens!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stein.

Abgeordneter Dr. Stein: Meine Damen und Herren! Der Redner der kommunistischen Fraktion hat vorhin auf Sparanträge meiner Freunde im Reichstage Bezug genommen. (Zuruf links: Das sind ja gar nicht Ihre Freunde!) Es ist doch ein großer Unterschied, ob ich einen generellen Antrag auf Einsparung in gewissen Prozentsätzen im Reichstag stelle oder ob ich, wie es hier seitens der Kommunisten geschieht, beantrage, die Position überhaupt zu streichen, oder, wie es die Sozialdemokraten beantragen, einen ganz erheblichen Teil davon zu streichen. Ich glaube, es wäre an und für sich nicht nötig, diese Ausführungen hier zu machen, denn ich kann mir denken, daß die große Mehrheit dieses Hauses einsieht, daß dies ein Unterschied ist. Lediglich bei der kommunistischen Fraktion scheint diese Einsicht nicht zu bestehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit das, was mein Fraktionsfreund Dr. Weingarten gesagt hat, unterstreichen. Die Sache liegt tatsächlich so, daß es zweifellos einige Kirchengemeinden beider Konfessionen gibt, die Geld haben, und ihre Denkmäler selbst erhalten können. Aber diese werden von der Provinz auch nicht berücksichtigt. Die große Mehrzahl der Kirchengemeinden ist in außerordentlich bedrängten Verhältnissen, und, wenn die wertvollen Erinnerungen der großen Vergangenheit der Rheinprovinz erhalten werden sollen, so muß von allen Seiten, auch von Seiten der Provinz, eingegriffen werden. Letzten Endes hat die Sache doch auch eine nicht unerhebliche geldliche Bedeutung. Gerade die Erhaltung der alten Kunstdenkmäler fördert den Fremdenverkehr der Provinz in nicht unerheblichem Maße, und wir sind doch gerade in der Rheinprovinz auf die Hebung des Fremdenverkehrs besonders angewiesen.



Nicht zuletzt möchte ich den Wunsch äußern, daß alle Mittel, die unter dieser Etatsposition aufgewendet werden, so aufgewendet werden, daß nicht irgendwelche Veranstaltungen oder Sachen unterstützt werden, die irgendwie das Gefühl der großen Mehrheit unserer Bevölkerung verletzen könnten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Selbmann.

Abgeordneter Selbmann: Der Vertreter der katholischen Kirche hat vorhin auf Sowjetrußland hingewiesen und gegen die Sowjetunion geheßt. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß nach einem einzigen Bericht im Jahre 1914 in Belgien 37 Priester durch die deutsche Militärmarine erschossen wurden. Da hat der Papst kein Wort gesagt. Als im Kriege zehntausende Armenier von den Türken niedergeschossen wurden, hat der Papst ebenfalls kein Wort gesagt.

Wenn die Sozialdemokratie an diesem Etat 60 000 RM gestrichen haben will, so ist das lediglich eine Geste; im übrigen ist sie für die Bewilligung von 100 000 RM. Das bedeutet, daß Sie nach Ihrem Grundsatz: Religion ist Privatsache, Steuergelder für die Auffrischung kirchlicher Gebäude bewilligen. Sie werden nun sagen, wir seien kulturfeindlich. Wenn Sie aber angesichts der Not der Erwerbslosen heute 160 000 RM Steuergelder für die Auffrischung von Kirchen verwenden, so ist das schwärzeste Kulturreaktion. Sie geben Steine statt Brot!

Ferner sagen wir: für uns ist Religion nicht Privatsache! Wir sagen den Arbeitern draußen: Die Religion ist ein Mittel der Reaktion, um Euch in der Ausbeutung und Unterdrückung zu erhalten! Gegen diese Unterdrückung werden wir die Arbeiter mobilisieren. Wir werden dieses System beseitigen und ein wirklich freies Menschengeschlecht schaffen. Das ist wirkliche Kultur und hat mit Ihren Auffassungen nichts zu tun.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Wenn meine Freunde von der Arbeitsgemeinschaft auch zu diesem Punkt der Tagesordnung keine eingehenden sachlichen Äußerungen machen, so geschieht das nicht etwa deshalb, weil wir kein Interesse für die Pflege von Kunst und Wissenschaft haben. Im Gegenteil, wir freuen uns, daß ein Posten von wenigstens 160 000 Mark in unserem Etat steht, und wir würden für diese kulturellen Zwecke gern mehr aufwenden, wenn es nach der wirtschaftlichen Lage möglich wäre. Wir bedauern, daß dieser Punkt hier durch die Ausführungen der Linken auf ein so niedriges Niveau herabgezogen worden ist. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit für meine Freunde eine allgemeine Erklärung abgeben. Wir sind der Auffassung, daß wir daran festhalten wollen, — wie es auch in früheren Provinziallandtagen war — hauptsächlich in den Ausschüssen sachliche Arbeiten zu leisten,

nicht aber unsere Freunde — auch von den anderen Parteien — hier durch Reden aufzuhalten, die die Sache tatsächlich nicht fördern, sondern nur Zeit kosten. Ich nehme an, daß die große Mehrheit des Hauses diesen unseren Standpunkt verstehen wird. (Zustimmung bei der Mehrheit des Hauses.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Itter.

Abgeordneter von Itter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der letzte kommunistische Redner hat die Behauptung aufgestellt, daß zu Beginn des Krieges, als in Belgien auch katholische Priester erschossen worden seien, der Papst in Rom nicht protestiert habe. (Zuruf bei den Kommunisten: Er hat die Waffen gesegnet!) Durch Ihr lautes Geschrei beweisen Sie nichts für Ihre Behauptung. Es ist eine Tatsache, die Gott sei Dank nach dem Kriege in weitesten Kreisen anerkannt worden ist — auch in nichtkatholischen Kreisen —, daß niemand mehr als der Papst in Rom versucht hat, dem Kriege alles zu nehmen, was man grausam nennt (Lachen bei den Kommunisten), und daß er es in erster Linie gewesen ist, der den Frieden vorbereitet hat. (Widerspruch bei den Kommunisten.)

Wenn Sie glauben behaupten zu können, daß in Rußland die Belange des Christentums nicht gestört worden seien, dann kann ich Ihnen verraten, — und das wissen Sie besser als ich — (Zuruf bei den Kommunisten: Waren Sie da?), daß Sie längst auf dem Wege sind russische Gewohnheiten auf Deutschland zu übertragen. Darf ich Sie vielleicht auf das aufmerksam machen, was vor einigen Tagen drüben in Brentath geschehen ist? (Unerhört! bei den Kommunisten.) Das waren Ihre Leute. Darf ich Sie daran erinnern, daß vor einigen Wochen die Abgesandten Ihrer Partei, Schmierfinken schlimmster Sorte, uns in Krefeld sämtliche Kirchen besudelt haben! (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Hört, hört, Ihr Kulturträger! Zurufe bei den Kommunisten: Lüge!)

Meine Herren (zu den Kommunisten), ich will Ihnen noch einige überflüssige und lächerliche Scherze erzählen. Man hat geglaubt, mir von Ihrer Seite mit einem Briefe „Heil Moskau!“ drohen zu sollen, meine Kirche in die Luft zu sprengen und mich zu erschließen. Meine Herren, wir Katholiken sind soweit — und ich weiß, daß es im ganzen christlichen Lager so ist —, daß wir wissen, was wir von Ihnen zu erwarten haben; und wir stellen uns, wenn wir die christliche Liebe predigen, auch neben den Nazarener, der die Geißel geschwungen hat. Kommen Sie nur, wir erwarten Sie, auch mit den Waffen, und, wenn es nötig ist, mit dem Revolver, um unsere Kirchen zu beschützen. (Bravo! im Zentrum. Zuruf bei den Kommunisten: Schade, daß es keine Scheiterhaufen mehr gibt! Zuruf des Abgeordneten Renner: Es riecht nach Petroleum!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Erörterung ist geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Dunder das Wort.

Abgeordneter Dunder: Herr von Itter hat auf den Vorfall hingewiesen, der sich in Benrath abgespielt hat und hat in einer unerhörten Art (Sehr gut! bei den Kommunisten) diesen Vorfall den Kommunisten in die Schuhe geschoben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Mit vollem Recht!) Ich darf hier richtigstellen, daß am anderen Tage die Freiheit, das Organ der kommunistischen Partei Düsseldorf, von dieser Gemeinheit abgerückt ist und eine solche Tat verurteilt hat.

Vorsitzender Dr. Jarres unterbrechend: Herr Abgeordneter Dunder, ich muß Ihnen das Wort entziehen. Sie haben das Wort nur zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Dunder (fortfahrend): Meine Partei und ich sind von Herrn von Itter angegriffen worden. Wir haben auch in Düsseldorf ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kommunisten es ablehnen, mit solchen Methoden zu kämpfen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dunder, ich entziehe Ihnen hiermit das Wort.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Herr Dunder hat jetzt versucht, die schändlichen Missetaten seiner Partei auf andere abzuwälzen, das ist, gefinde gesagt, unerhört.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dr. Ley, ich entziehe Ihnen das Wort.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Haake das Wort.

Abgeordneter Haake: Die Angriffe des kommunistischen Abgeordneten Dunder haben sich selbstverständlich auch gegen mich gerichtet. Er hat behauptet, daß die Provokateure auf unserer Seite säßen. Ich stelle demgegenüber fest, daß es im Hinblick auf die immer wieder auftauchenden Gerüchte über die Beschädigungen jüdischer Friedhöfe notwendig ist, darauf hinzuweisen, daß vor kurzem in einem Prozeß der jüdische Vizepolizeipräsident von Berlin, Dr. Bernhard Weiß, vor Gericht unter Eid erklärt hat, daß, solange er Vizepolizeipräsident sei, ihm sowohl privat wie amtlich nirgendwo in seinem Amtsbereich noch in ganz Deutschland bekannt geworden sei, daß Nationalsozialisten jemals jüdische Friedhöfe geschändet hätten. (Zuruf bei den Kommunisten: Die Synagogen sind doch mit Satenkreuzen bemakt worden!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Erörterung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Antrag der kommunistischen Fraktion unter Druckache 81 abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse sodann über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu Druckache 52 abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann darf ich wohl annehmen, daß die Mehrheit des Hauses für Annahme der Sachausschuß-Anträge zu 5, 6, 7 und 8 ist. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle fest, daß diese Anträge des I. Sachausschusses angenommen sind.

Wir gehen über zu Punkt 9 der Tagesordnung. Berichterstatter ist Herr Dr. Bracht.

Abgeordneter Dr. Bracht: Der Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke enthält in Titel I eine eingehende Darlegung über die Verwendungszwecke im einzelnen, die dem I. Sachausschuß keinen Anlaß zu irgendwelchen Fragen, Anregungen oder Bedenken gegeben haben. Dagegen hat eine längere Erörterung über Titel 3 stattgefunden: Beihilfe an die Handwerkskammern zur Förderung des handwerklichen Nachwuchses. Dieser Titel ist erst im vergangenen Jahre neu eingestellt worden. Infolgedessen konnte auch der Geschäftsbericht für 1928/29 über die Verwendung noch nichts enthalten. Die hier gegebenen Auskünfte lauten wie folgt: Die Verwendung findet nur statt im engsten Benehmen mit den 6 Handwerkskammern des Bezirks, insbesondere wird auch durch Verhandlungen Vorsorge getroffen, daß diese Mittel nicht etwa dazu dienen, Aufwendungen der Handwerkskammern, die bisher geleistet worden sind, zu ersparen; es ist vielmehr gewährleistet, daß diese Mittel zusätzlich verwendet werden. Zu diesem Zwecke werden auch Berichte der Handwerkskammern eingefordert und erstattet, die die Aufwendungen der Kammern für diese Zwecke im einzelnen darlegen. Insbesondere — nicht erschöpfend — werden Kurse für die Meisterprüfung gefördert, vor allem auch Prämiiierung solcher Lehrmeister, die bei der Heranbildung von Lehrlingen ausgezeichnete Erfolge erzielt haben, um damit den anderen Berufskollegen einen Anreiz zu geben. Dann wurden auch Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten usw. mit diesen Mitteln unterstützt.

Die Auskünfte haben den Ausschuß in seiner Mehrheit befriedigt. Es wird Ihnen unveränderte Annahme des Haushaltsplans vorgeschlagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen zu diesen Punkte liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben; ich stelle fest, daß Punkt 9 entsprechend dem Antrag des I. Sachausschusses beschlossen ist. Die folgenden Punkte 10, 11 und 12 werden auf morgen vertagt.

Wir gehen über zu Punkt 13 und 14. Berichterstatter zu 13 ist Herr Abgeordneter Marx, zu 14 Herr Abgeordneter Vielhaber.

Abgeordneter Marx: Der I. Sachausschuß empfielt Ihnen, diesen Antrag aus folgendem Grunde dem Provinzialausschuß zu überweisen. Es dürfte den Herren Abgeordneten bekannt sein, daß innerhalb des Haushaltsplans der Landesversicherungs-Anstalt ganz gewaltige Summen vorhanden sind, die diesem Zwecke dienen. Nun noch einen weiteren Topf zu schaffen,



auss dem geschöpft werden kann, hielt der I. Sachausschuß nicht für angängig. Deshalb empfiehlt er Ihnen, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Dr. Vielhaber als Mitberichterstatter verzichtet.

Dann erteile ich das Wort in der Aussprache der Abgeordneten Fräulein Otto.

Abgeordnete Fräulein Otto: Die kommunistische Fraktion hat den Antrag gestellt, zur Bekämpfung der Tuberkulose im Rheinland 500 000 RM zur Verfügung zu stellen. Wir haben das deswegen getan, weil im vorigen Jahre der Abgeordnete Creuz — der es als Landrat von Aidenau ja besonders gut wissen muß — erklärt hat, daß die Not gerade auf diesem Gebiete in der Eifel ungeheuer groß ist. Er hat uns hier Schilderungen von Zuständen in den Familien in der Eifel gegeben, die geradezu katastrophal waren. Wir haben erwartet, daß man nach diesen Worten des Herrn Abgeordneten Creuz über die große Notlage in den Eifelgebieten und überhaupt in den Gebieten dort oben dazu übergehen würde, eine größere Summe zur Bekämpfung der Tuberkulose in den Haushaltsplan einzusetzen. Der Herr Minister für Volkswohlfahrt hat in diesem Jahre in seiner Rede im Preussischen Landtag erklärt, daß im letzten Jahre 34 927 Personen an Tuberkulose und 22 971 Personen an Kehlkopf-Tuberkulose gestorben sind. Das sind 5,9 auf 10 000 Einwohner, also eine ganz ungeheure Zahl.

Aber diese Durchschnittszahlen besagen an sich gar nichts, denn es gibt Gebiete bei uns in Preußen und in Deutschland, die in dieser Beziehung geradezu katastrophal dastehen, wo bis zu 30 Prozent der Bevölkerung an Tuberkulose erkrankt sind. Wir haben z. B. festgestellt, daß im Koblenzer Gebiet bei einer Untersuchung von Kleinkindern unter 297 dieser kleinen Kinder nur 100 gesund und der größte Prozentsatz an Tuberkulose erkrankt war. Bei einer Untersuchung der Kinder in Köln wurde festgestellt, daß gerade die Fünffährigen besonders schwach waren.

Die Tuberkulose ist also nicht im Rückgang begriffen, sondern schreitet vorwärts. Gerade bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, bei dem Abbau der Sozialversicherung müssen wir feststellen, daß man in Preußen ganze 800 000 RM für die Bekämpfung dieser Krankheit eingesetzt hat, daß man es aber für ganz recht erachtet, wenn man für die Einführung eines englischen Vollenbluthengstes 750 000 RM ausgibt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) 800 000 RM werden zur Bekämpfung der Tuberkulose, 12 Millionen RM für die Rennstallbesitzer und Rennpferde eingesetzt! Das ist das Gesicht einer Gesellschaft, die wohl davon redet, daß es schlecht ist, und daß wir alles tun müssen, um die Tuberkulose zu be-

kämpfen, die aber nur schöne Worte dafür hat und nichts dafür tun will.

Eben ist hier von steinernen Denkmälern gesprochen worden, die unter allen Umständen erhalten werden müßten. Wir reden von den lebendigen Denkmälern, die Sie die Tempel des Heiligen Geistes nennen. Sie können es vor Ihrem Gewissen verantworten, diese Tempel des Heiligen Geistes zugrunde gehen zu lassen, während Sie Unsummen zur Erhaltung der steinernen Denkmäler ausgeben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man zuerst diese Tempel des Heiligen Geistes erhalten muß, damit sie das von Ihnen Vorgeschiedene tun können. Aber wir sind nicht der Meinung, daß man diese Unsummen dafür ausgeben muß.

Der Antrag der Nationalsozialistischen Partei besagt gar nichts; er sagt nur, daß man eine größere Summe bereitstellen solle. Was bedeutet das? Es bedeutet, wie der Herr Berichterstatter eben schon gesagt hat, daß der Provinzialausschuß der Auffassung ist, daß auf diesem Gebiete genug getan wird. Sie gehen eben mit demagogischen Märschen dazu über, den Leuten Sand in die Augen zu streuen und wissen ganz genau, daß Sie in Wirklichkeit absolut nichts machen wollen. Gerade Sie fragen immer: Woher sollen wir die Mittel nehmen? Dabei sagen Sie doch andauernd, daß genug Geld da sei. Dann nehmen Sie doch das Geld! Herr Abgeordneter Dr. Ley, Ihnen möchte ich eine ganz besonders feine Geschichte erzählen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Aha!) Also diese Geschichte, Herr Dr. Ley, können Sie sich besonders merken.

Ein berühmter Schriftsteller hat eine Geschichte geschrieben, in der er die österreichischen Zwodels veräppelt. Er erzählt dort, daß ein Professor Gehirne fabrizierte. Der Professor wollte diese Gehirne an den Staat verkaufen, der Staat konnte aber keine Gehirne brauchen. Da verkaufte er sie für 10 Pf. an einen Metzger, und dieser klagte ihn dann an, daß er dem Staat Steuer hinterziehe. Der Staat wollte natürlich die Steuer einziehen, und ein Offizier mit 10 Mann wurde abkommandiert, um die Gehirne zu beschlagnahmen. Der Offizier setzte dann seinen Helm auf ein Gehirn, als er den Helm später wieder abnahm, war das Gehirn nur noch ein großes Maul. (Bravo! bei den Kommunisten. Gelächter.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Nach den Ausführungen der kommunistischen Rednerin Fräulein Otto können wir ihr nur sagen, daß es nach unserer Auffassung und der Auffassung des Hauses allerhöchste Zeit ist, daß sie nach Oesterreich hingeht, um sich ein Gehirn zu holen, damit sie nicht mehr solche Anfälle geistiger Unnachtung zeigt, wie sie sie eben hier bekommen hat. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten. Zurufe bei den Kommunisten.)



Wir Nationalsozialisten erblicken in der Entwicklung seit 1918 bis heute in Deutschland, in diesem angeblich freiheitlichsten Staate, diesem angeblichen demokratischen Volksstaate, daß nicht nur unsere Wirtschaft vollständig zusammengebrochen ist, sondern wir sehen auf der anderen Seite auch gerade in diesem durch den Marxismus errichteten Volksstaat eine ungeheure Verelendung und ungeheure Not (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten), eine Erkrankung der weitesten Kreise unseres Volkes, wie es im damaligen deutschen Staate niemals der Fall gewesen ist. Diese Verelendung ist auf der einen Seite durch die unverantwortliche Erfüllungs- und Tribut-Politik, wie sie im Reiche von den Abgeordneten der Koalitionsparteien betrieben wird, bedingt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr gut!) Diese Verelendung ist ferner bedingt durch die Tatsache des immer weiteren Umsichgreifens der Arbeitslosenziffer. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Heute haben wir in Deutschland statistisch nicht allein 3 Millionen Arbeitslose, sondern Sie müssen sich darüber klar sein, daß auch die Frauen, die Kinder, daß ganze Familien dieses ungeheuren Arbeitslosenheeres da draußen verelenden und verhungern. Das ist natürlich die Basis, auf der die Tuberkulose und sonstige Erkrankungen in so ungeheurem Maße um sich greifen konnten. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Wir Nationalsozialisten haben in dem Antrage, den eben auch Fräulein Otto erwähnte, verlangt, zur Bekämpfung der Tuberkulose in der Rheinprovinz eine größere Summe bereit zu stellen. Wir sind dabei von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß der Landeshauptmann der Rheinprovinz in Anbetracht der ungeheuren Erkrankungsverhältnisse gerade in dieser Provinz uns entsprechende Vorschläge gemacht hätte. Das hat er bis heute nicht getan. Wir sind trotzdem mit der Ueberweisung an den Ausschuß einverstanden, um damit auch den übrigen Parteien Gelegenheit zu geben, nun einmal endlich darauf zu drängen, daß in dieser Beziehung Maßgebendes für das Rheinland getan werde. Wir sind zu diesem Antrag vor allem durch die ungeheuerliche Tatsache veranlaßt worden, daß die Regierung des preussischen Staates — also eine Regierung, die sich zusammensetzt von der Sozialdemokratischen Partei bis zum Zentrum und zur Deutschen Volkspartei — es gewagt hat, nicht mehr als 800 000 RM zur Bekämpfung der Tuberkulose in ganz Preußen einzusetzen. Wie ungeheuerlich das in Wirklichkeit ist, geht daraus hervor, daß dieser selbe preussische Landtag und diese selbe preussische Staats- und Koalitionsregierung sich bereit gefunden hatte, für die Einrichtung der Wohnung eines höheren Beamten hier im Westen 150 000 RM einzusetzen. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.)

Wir Nationalsozialisten meinen: es ist möglich, daß ein Staat einmal zusammenbrechen kann, daß ein

ganzes Volk für eine Zeit lang verflobt wird, daß die Wirtschaft eines Staates und eines Volkes vernichtet wird, aber wir meinen auch, daß das alles nichts ist gegen die Tatsache, daß wir in Deutschland heute ein krankes und sterbendes Volk sind. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wir sind der Meinung, daß ein Volk, das rasse- und blutmäßig gesund ist, immer wieder einmal in der Entwicklung seiner Geschichte dazu übergehen kann, alles, was es verloren hat, wieder aufzurichten, sich wieder die Freiheit des Staates und der Nation zu erkämpfen, während wir ganz klar sehen, daß andererseits ein Volk, das degeneriert, verseucht und erkrankt ist, allerdings vom Schicksal verurteilt ist, zugrunde zu gehen. Weil wir Nationalsozialisten die Pflicht haben, alles zu tun, um unser Volk, unseren Staat und unsere Nation wieder groß zu machen, darum werden wir alles daran setzen, die Gesundheit unseres Volkes zu verbessern, darum werden wir auch dem Antrag auf Erhöhung der Tuberkulosenbeihilfe auf 500 000 RM unsere Zustimmung geben. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Selbmann.

Abgeordneter Selbmann: Ich möchte noch einige Worte zu dem von uns eingebrachten Antrag sagen. Wir haben vorher gesehen, daß man bei der Bewilligung der Gelder für Kunst und Wissenschaft — dieser Etatposten hat, nebenbei bemerkt, mit Kunst und Wissenschaft sehr wenig zu tun, sondern bedeutet lediglich eine Subventionierung der Kirche — bei den Mehrheitsparteien dieses Hauses nicht auf Widerstand gestoßen ist. Dagegen jetzt, wo von uns die konkrete Forderung auf Einsetzung eines nennenswerten Betrages zur Bekämpfung der Tuberkulose gestellt ist, wenden sich die Parteien der Mehrheit dieses Hauses, wie sie es auch bereits im Ausschuß getan haben, gegen die Bewilligung dieser Forderung.

Sie reden hier, und haben es bereits die ganze Woche getan, über die Not des Volkes, über die Not der Landwirtschaft, der Erwerbslosen, der Kranken und sozial Bedrängten. Aber wir sagen, daß mit all diesen Reden am Elend und an der Not der breiten Bevölkerung kein Zota geändert wird. Die Verhandlungen in dieser Woche, Ihre Reden über das Elend und die Not und gleichzeitig die Ablehnung konkreter Anträge, die wenigstens etwas zur Bekämpfung dieses Elends tun wollen, das wird den Arbeitern, den breiten werktätigen Massen draußen immer mehr zeigen, daß durch dieses parlamentarische System ihre Not und ihr Elend nicht beseitigt werden kann.

Der Herr Abgeordnete Haake hat davon gesprochen, daß in Sowjetrußland (Zuruf des Abgeordneten Haake: Davon habe ich kein Wort gesagt!) Natürlich haben Sie das gesagt (Zuruf rechts: Das war gestern!) — daß in Sowjetrußland ebenfalls Krankheiten um sich greifen und das Volk gesundheitlich immer mehr

geschädigt wird. Ich möchte dazu folgendes sagen: Gerade die Politik in Sowjetrußland auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose und der Volksseuchen könnte — das bestätigen selbst bürgerliche Gelehrte, die Sowjetrußland besucht haben — vorbildlich sein für die Sozialpolitik aller anderen Länder.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle (unterbrechend): Ihre Zeit ist um.

Abgeordneter Selbmann (fortfahrend): Wir haben in Sowjetrußland zu verzeichnen, daß in allen Fabriken und Betrieben Stationen zur Bekämpfung der Berufsfrankheiten und der Tuberkulose eingerichtet sind. Suchen wir uns in Deutschland einen Betrieb, der solche Tuberkulosedispensarien hat, wie Sowjetrußland sie in seinen Betrieben hat. Wir sagen deshalb: wenn wir uns vor Ihnen gewehrt und die Angriffe abgewehrt haben, die von den Vertretern der katholischen Kirche gegen Sowjetrußland gerichtet worden sind, so deshalb, weil gerade die Sozialpolitik in Sowjetrußland ein Zeichen dafür ist, wie das Proletariat, wenn es die Macht haben wird, Volksseuchen und soziale Not und soziales Elend bekämpfen kann. Im Kapitalismus wird das selbst bei dem schönsten und besten Parlament nicht möglich sein, sondern nur in einem proletarischen Staat. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Die Aussprache ist geschlossen. Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Fräulein Otto bin ich außerordentlich dankbar, daß sie mir gezeigt hat, wo man neue Gehirne bekommen kann. Wenn ich dermaleinst auf dem Tiefstand der Intelligenz von Fräulein Otto angelangt bin, werde ich davon Gebrauch machen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Renner: Vorläufig können Sie Ihren Geist noch durch Alkohol erfrischen!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wir kommen zur Abstimmung. Bei Punkt 13 wird vom Sachausschuß Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt. Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu Punkt 14. Der Antrag des Sachausschusses lautet auf Ablehnung des Antrages der SPD. auf Drucksache 115. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Ich habe über den Antrag des Sachausschusses abstimmen lassen. (Zuruf rechts: Das ist die Minderheit! Abgelehnt!) Ich bitte um die Gegenprobe. (Zurufe links: Mehrheit! Auszählen!) Der Sitzungsvorstand ist der Meinung, daß jetzt die Minderheit steht. (Zuruf des Abgeordneten Selbmann: Wir zweifeln den Beschluß an. — Zuruf des Abgeordneten Haake: Wir bezweifeln die Beschlußfähigkeit des Hauses!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Selbmann.

Abgeordneter Selbmann: Wir zweifeln den vom Vorsitzenden verkündeten Beschluß an. Wir bezweifeln, daß das letztere die Minderheit war und sind der Auffassung, daß es die Mehrheit gewesen ist. In einem solchen Falle ist Auszählung der Stimmen erforderlich. Wir beantragen daher beim Sitzungsvorstand, daß das vorgenommen wird. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ausgeschlossen ist natürlich, daß das Zentrum jetzt zuströmt!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: § 30 unserer Geschäftsordnung lautet: „Bleibt der Sitzungsvorstand auch nach der Gegenprobe über das Ergebnis der Abstimmung uneinig, oder wird es von 10 anwesenden Abgeordneten verlangt, so erfolgt die Zählung der Stimmen durch zwei vom Vorsitzenden bestimmte Abgeordnete. Die übereinstimmende Feststellung dieser Zähler kann nicht angezweifelt werden.“ Ich frage, ob die Anzweiflung der Beschlußfähigkeit von 10 anwesenden Mitgliedern des Provinziallandtages unterstützt wird. (Zuruf bei den Kommunisten: Jawohl, es waren mehr!) Wir kommen jetzt zur Auszählung. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Jetzt ist es gegenstandslos geworden; jetzt ist alles vom Zentrum wieder da!)

Ich bitte die Herren Abgeordneten Steinbüchel und Büchsenhüh, die Auszählung vorzunehmen. Ich bitte nun diejenigen, die dem Antrage des Ausschusses auf Ablehnung des Antrages der SPD. auf Drucksache 115 die Zustimmung erteilen wollen, sich zu erheben. (Zuruf aus der Mitte: Das ist die Mehrheit. — Zuruf des Abgeordneten Renner: Auf einmal ist alles wieder schwarz!) Wird jetzt die Auszählung noch verlangt? (Zurufe: Nein, nein!) Der Antrag auf Auszählung wird zurückgezogen.

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Marx.

Abgeordneter Marx: Bei Punkt 15, Drucksache 6, empfiehlt der I. Sachausschuß unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Die kommunistische Fraktion lehnt es ab, dieser Vorlage betreffend gutachtlicher Äußerung des Provinziallandtages auf Verleihung des Städterechts an die Gemeinde Rheinhäusen ihre Zustimmung zu geben. Uns ist es gleichgültig, wie im kapitalistischen Staate die Titel für die einzelnen Gemeinden lauten, ob sie sich Stadtgemeinde, Landgemeinde oder Bürgermeisterei nennen, sondern wir Kommunisten erstreben die Sowjetverfassung.

Wir lehnen aber auch das Gutachten ab, schon allein wegen der Erweiterung der Rechte einer einzelnen Person, die in der Stadt gegeben ist, insbesondere im Hinblick auf die Begründung, die der Vorlage zugrunde liegt. Im 6. Absatz wird nämlich gesagt:

„Drei Gründe sprechen noch für den Antrag der Gemeinde Rheinhäusen, nämlich die in den Augen



der Geldgeber höhere Kreditfähigkeit einer Stadt, die für das sich in rascher Aufwärtsentwicklung befindliche Rheinhausen mit seinem notwendig sehr großen Geldbedürfnis wünschenswert wäre und größere Unabhängigkeit des Bürgermeisters nach der Städteordnung in der Aufstellung der Beamten, die für eine politisch und wirtschaftlich so schwierige Gemeinde von Bedeutung ist, und die durch das Gesetz vom 27. Juli 1927 geänderte Stellung des Gemeindevorstehers, wodurch Hemmungen in der Verwaltung einer so großen Gemeinde eintreten können, wenn es zu Unstimmigkeiten zwischen dem Bürgermeister und dem Gemeindevorsteher kommt."

Wir haben gar keine Veranlassung, unsere Zustimmung dazu zu geben, daß ein Gegensatz zwischen zwei Vertretern ein und derselben Gesellschaftsordnung ausgeglichen wird. Man wird nachher antworten, daß der Beschluß in der Gemeinde durch alle Fraktionen gefaßt wurde und auch die kommunistische Fraktion ihre Zustimmung gegeben hat. Ich verweise zunächst darauf, daß die Unterlagen, die bei der Beratung in der Gemeinde selbst vorhanden waren, nicht der Begründung entsprechen, wie sie heute in dieser Vorlage zur Geltung kommt, und daß, wenn die Begründung für die Erhebung der Gemeinde Rheinhausen zur Stadt im Jahre 1924 so gelegen hätte, wie es heute der Fall ist, die damalige kommunistische Fraktion dieser Vorlage ihre Zustimmung auch nicht gegeben haben würde.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heger.

Abgeordneter **Heger**: Meine Damen und Herren! Ich glaube im Auftrage des gesamten Kreises Mors und sämtlicher Parteien der Gemeinde Rheinhausen zu sprechen (Zuruf des Abgeordneten **Selbmann**: Außer der SPD!), wenn ich Sie hiermit dringend bitte, dem Wunsche aller Bewohner, den ich hier vor mir liegen habe, zu entsprechen. Ich verweise hierzu auf Drucksache Nr. 6, Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die gutachtliche Stellungnahme zu dem Antrag der Gemeinde Rheinhausen auf Verleihung der Städteordnung. Danach sind alle Parteien ohne Ausnahme dafür, daß Rheinhausen in Folge der großen Bedeutung, die es durch die Entwicklung des Krupp'schen Werkes sowie durch seine gesamte Struktur erlangt hat, das Stadtrecht verliehen wird. Deshalb möchte ich Sie nochmals dringend bitten, diesem Antrage stattzugeben.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zu 15 auf unveränderte Annahme zustimmen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Wir kommen zu 16. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Marx**.

Abgeordneter **Marx**: Zu Punkt 16, Drucksache 9, empfiehlt der I. Sachausschuß ebenfalls unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Abgeordneter **Selbmann**.

Abgeordneter **Selbmann**: Die kommunistische Fraktion lehnt die Bereitstellung der Mittel für die Uebernahme von etwa 100 000 RM Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes ab.

Ich möchte dazu einige Worte der Begründung sagen. In der Vorlage wird davon gesprochen, daß die Uebernahme dieser Aktien geschehen soll, um das Stimmrecht der Kommunen im RWG. zu erhalten. Diese Begründung hat Ähnlichkeit mit der Begründung, die die Sozialdemokraten für ihre Zustimmung zur Bewilligung von Mitteln an der Beteiligung solcher Unternehmen wie RWG., also gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, geben. Die Sozialdemokraten vertreten die Theorie der Wirtschaftsdemokratie, das heißt, sie sagen: Durch das Hineinwachsen in kapitalistische Unternehmungen, durch die Beteiligung von Arbeitern an der Leitung dieser Unternehmen, durch die Kontrolle des Staates über solche Unternehmungen und infolgedessen durch die Möglichkeit der Einwirkung auf die Leitung dieser Unternehmungen auf dem Wege der politischen Demokratie werde eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse erreicht. Diese Theorie der Wirtschaftsdemokratie, die nebenbei bemerkt natürlich vollkommen unmarxistisch ist, lehnen wir Kommunisten selbstverständlich ab. Es ist vollkommen falsch und irrig zu glauben, daß die Arbeiter im Kapitalismus an der Führung und Leitung der Wirtschaft irgendwie nennenswert beteiligt werden könnten, oder daß durch die Wirtschaftsdemokratie das Elend und die Ausbeutung im Kapitalismus überwunden werden könnte.

Aber wie liegen die Dinge beim RWG.? Das RWG. ist ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen, in dem zwar die Kommunen und Kommunalverbände nominell die Mehrheit des Stimmrechts haben. (Zuruf des Abgeordneten **Hoffmann**: Sollen sie auch behalten!) Aber die Politik der Leitung des RWG. ist eine vollkommen privatkapitalistische; denn entscheidenden Einfluß haben hier nicht die kommunalen Wähler, sondern die schwerkapitalistischen Aktienbesitzer, und die Preispolitik des RWG. wie auch die Lohnpolitik ist eine vollkommen schwerkapitalistische Privatpolitik. Ich weise darauf hin, daß in einer ganzen Reihe von Gemeinden, die in den letzten Jahren dem Stromnetz des RWG. angeschlossen worden sind, durch diesen Anschluß der Strompreis nicht verbilligt, sondern verteuert worden ist. Ich weise ferner darauf hin, daß beim RWG. wie bei keinem anderen Elektrizitätswerk in Rheinland und Westfalen die Spanne zwischen den Preisen für Großabnehmer und Kleinabnehmer bedeutend größer ist, als in irgend einem anderen Stromerzeugungsinstitut.



Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß die kleinen Stromabnehmer außerordentlich hohe Strompreise zu zahlen haben, während die großen Stromabnehmer, die Industrie, außerordentlich geringe Beträge zu zahlen haben.

Genau so verhält es sich mit der Lohnpolitik. Auch in diesen Betrieben wird die kapitalistische Rationalisierung durchgeführt, wird abgebaut, wird der Lohn gedrückt, werden Arbeiter hinausgeworfen. Die Lohnpolitik unterscheidet sich in nichts von der Lohnpolitik der Privatindustrie. Wir sehen ja auch bei den kommunalen Betrieben, daß sie immer mehr aus Versorgungsinstituten zu Ueberschußinstituten gemacht werden. Der Vorsitzende unseres Landtages, Herr Dr. Jarres, ist es gewesen, der auf dem Städtetag in Frankfurt selbst gesagt hat, daß im letzten Jahre bereits 18 Prozent des gesamten Zuschußbedarfes der Gemeinden aus den Ueberschüssen der Versorgungsbetriebe herausgeholt worden sind. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) 18 Prozent des Zuschußbedarfes der Gemeinden sind durch die Ausbeutung der Gemeindearbeiter, der Kommunalarbeiter aufgebracht worden. Wir sagen deshalb: zwischen diesen Kommunalbetrieben und den reinprivatkapitalistischen Betrieben besteht in bezug auf die Arbeiter absolut kein Unterschied. Die Politik im RWG. ist rein kapitalistisch und die Uebernahme dieser Aktien stellt weiter nichts dar, als eine Subventionierung der schwerkapitalistischen Kreise, die im RWG. vertreten sind und dort das Zepter schwingen. Aus diesem Grunde lehnen wir die Zustimmung zur Uebernahme der Aktien ab. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Gcht kommunistisch! Gcht marxistisch!)

Stellvertretender Vorsitzender **G e r l e**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Steinbüchel.

Abgeordneter **S t e i n b ü c h e l**: Meine Damen und Herren! Als ich hörte, daß die Kommunisten die Uebernahme neuer Aktien durch die Provinzialverwaltung im Ausschuß ablehnen wollten, habe ich mich gefragt, ob man die Kommunisten noch zu den Sozialisten, ja, ob man sie auch noch zu den Arbeitervertretern rechnen kann. Denn wenn sie das wären, würden sie diesem Vorschlage mit Rußhand zugestimmt haben.

Worum handelt es sich? Infolge der Erweiterung des RWG. müssen 60 Millionen RM neuer Aktien geschaffen werden, davon werden 30 Millionen den Kommunen wieder angeboten, damit diese mindestens ihren gegenwärtigen Besitzstand erhalten, das heißt, in keiner Weise irgendwie in ihrer Machtposition ins Hintertreffen kommen. Das wird in allen Städten durchgeführt und wird auch in der Provinzial-Verwaltung durchgeführt.

Das RWG. ist ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen, wir haben selbstverständlich das größte Interesse daran, die Macht der öffentlichen Hand in diesem Unternehmen nach Möglichkeit nicht nur zu erhalten, sondern auch noch zu stärken. Das ist dadurch möglich,

daß die Kommunen am freien Markt noch möglichst viel Aktien ankaufen, wie es ja von der Stadt Düsseldorf aus seinerzeit einmal geschehen ist, die 10 oder 12 Millionen RM mit einem Schläge gekauft hat.

Es ist sicher, daß beim RWG. nicht alles ideal ist. Aber das besagt dann doch höchstens, daß wir unsere Machtposition, das heißt die der öffentlichen Hand, stärken müssen (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr richtig!), um noch mehr für die Arbeiter und vor allem auch für die Kommunen erreichen zu können. Es ist zweifellos, daß noch manche Mängel vorhanden sind, daß insbesondere, wie Herr Selbmann mit Recht gesagt hat, die Großabnehmer zu niedrige Tarife zahlen, während die Kleinabnehmer noch recht hoch belastet sind. Aber auch hier ist man auf dem Wege zur Verbesserung, indem augenblicklich ein Tarif eingeführt worden ist, der auch für Kleinabnehmer bis auf 9 Pf. heruntergeht. Auch dieser Tarif ist mir noch nicht ideal genug und dann müssen wir, eben um etwas mehr erreichen zu können, die Macht der öffentlichen Hand stärken. (Zuruf bei den Kommunisten: Graue Theorie!)

Wenn aber nun Herr Selbmann sagt, die Lohnpolitik des RWG. unterscheide sich in nichts von der der privatkapitalistischen Hand, so möchte ich ihm den Tarifvertrag des RWG. entgegenhalten. Sicher kann da noch manches erreicht werden, aber wenn man diesen Vertrag mit dem vergleicht, was etwa in Privatbetrieben — Krupp, Gute Hoffnungshütte usw. — gezahlt wird, so sind da auch wesentliche Vorteile vorhanden. Ich betone, daß der Tarif zwischen dem Metallarbeiterverband, dem Christl. Metallarbeiterverband, dem Zentralverband der Arbeitnehmer, den Hirsch-Dunderschen usw. abgeschlossen worden ist. Sie finden darin, daß grundsätzlich eine 48stündige Dienstzeit besteht. Ueberstunden werden je nachdem, ob es sich um Sonntags- oder Nachtstunden, hohe Feiertage und dergleichen handelt, mit bis zu 125 Prozent Zuschlag bezahlt. Die gesetzlichen Feiertage werden sämtlich bezahlt, auch die Oster-, Pfingst- und Weihnachtstage, was man in der Regel doch auch nicht in einem privatkapitalistischen Betriebe findet. (Zuruf links: Eine Frage: Ist das RWG. ein kapitalistischer oder sozialistischer Betrieb?) Darüber habe ich ja soeben gesprochen. — Das Krankengeld wird an Unverheiratete in Höhe von 85 Prozent des Lohnes gezahlt; bei Verheirateten in Höhe von 90 Prozent des Lohnes. Urlaub gibt es bis zu 17 Tagen, bei Personen über 45 Jahre 20 Tage. Ich könnte diese Liste noch fortsetzen. Wir sehen daraus ebenfalls, daß die öffentliche Hand einen gewissen Vorteil für die Arbeiterschaft bedeutet.

Wenn Herr Selbmann sagt, das seien keine Unterschiede, so ist das vollkommen verfehlt. Vergleichen Sie diesen Tarif mit den Verhältnissen bei Krupp auf den Bechen, so werden Sie gewiß Vorteile finden; wir werden bestrebt sein, noch mehr als bisher auf dem

Wege, der hier vorgeschlagen ist, für die Arbeiterschaft und die Konsumenten zu erreichen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Sachausschusses auf unveränderte Annahme zustimmen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Zu 17 liegen keine Wortmeldungen vor, und da der Herr Berichterstatter verzichtet. (Zuruf des Abgeordneten **Streb**: Bitte schön, gestern habe ich die Wortmeldung eingereicht!) Wir sind jetzt bei 17. Jeder Punkt wird für sich behandelt. Wollen Sie zu 17 reden? (Abgeordneter **Streb** bejaht.)

Ich kann Ihnen das Wort jetzt nicht mehr erteilen, weil die Stunde längst verstrichen ist.

Wortmeldungen liegen zu 17 nicht vor. Ich darf wohl ohne besondere Abstimmung feststellen, daß Sie dem Antrage des Sachausschusses auf unveränderte Annahme zustimmen. (Zustimmung.)

Dann kommen wir zu 18. Hierzu ist Berichterstatter Herr Abgeordneter **Marx**.

Abgeordneter **Marx**: Zu Punkt 18, Druckfache 38, wird vom I. Sachausschuß ebenfalls Ueberweisung an den Provinzialausschuß beantragt. Ich bitte, demgemäß zu beschließen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Dr. Ley**.

Abgeordneter **Dr. Ley**: Da wir in dieser Institution nicht vertreten sind, muß ich hier kurz unsere Stellungnahme dazu sagen.

Der Rhein-Machen-Kanal ist bereits Gegenstand der Verhandlungen des Preussischen Parlaments vor einigen Wochen gewesen. Er ist von da an das Reich verwiesen worden. Er ist ferner schon seit Jahren Beratungsgegenstand von Vertretern der anderen Parteien, vor allem vom Zentrum gewesen. Herr Oberbürgermeister **Jarwick** aus Aachen ist geradezu Fachmann auf diesem Gebiete. Leider ist bisher nichts getan worden, und das ist sehr bedauerlich für die Bevölkerung des Aachener Gebietes; denn wir sehen, daß im Aachener Gebiet ein Betrieb nach dem anderen — rote Erde zum Beispiel — in ausländisches Kapital überführt wird. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Hört, hört!) Die Franzosen holen sich dort einen Betrieb nach dem anderen, weil die Deutschen die Betriebe einfach nicht mehr halten können. Tausende von Arbeitern fliegen auf die Straße. Das Gebiet verarmt und, was vielleicht das bedeutungsvollste ist: es sind jetzt Bestrebungen politischer Art im Werke. Holland bemüht sich, einen Aachen-Maas-Kanal zu bauen. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Holländische Kreise sind es auch, die das Geld aufbringen wollen und damit den Aachener Industriebezirk wirtschaftlich nach Holland hinüberziehen werden. Wir wissen, daß die Tonne holländischer Kohle in Mannheim um 3 RM billiger ist als unsere eigene Kohle, die auf dem Eisenbahnwege geführt wird.

Deshalb ist dieses Problem nicht allein wirtschaftlicher, sondern höchst politischer Art. Es wird sich allmählich notgedrungen ein Wirtschaftsseparatismus herausbilden, der nach Holland hingeht; und wenn das Rheinische Parlament nicht acht gibt, dann wird es vor einer höchst politischen Auswirkung dieser Dinge stehen. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Deshalb lenken wir die Aufmerksamkeit des Rheinischen Parlaments auf diese überaus wichtige Frage und hoffen, daß bei allen Parteien Verständnis dafür vorhanden sein wird; nicht aber, daß dieser Antrag begraben wird und man dann sagt, man habe etwas getan, sondern daß jetzt auch wirklich geholfen wird.

Sie sagen, der Kanal wird viel zu teuer werden und unrentabel sein. Herr Oberbürgermeister **Jarwick** hat bereits eine Rechnung aufgestellt, wonach dieser Kanal mit sehr geringen Zuschüssen arbeiten kann. Aber wie ich gestern schon beim Begebau betonte: auch hier ist wieder die Erfüllungspolitik im Wege, weil eben Politiker der Demokratischen Partei es so machen, wie der Abgeordnete **Niedel**, der im Landtage sagte: „Man darf der Eisenbahn keine Konkurrenz machen, sonst kann sie ihre Lasten durch die Erfüllungspolitik nicht tragen.“ Deshalb greift hier höchste Politik ein, und wir wissen auch aus dem Ausschuß im Landtage, daß der Reichstag sich bereits seit zwei Jahren damit abgibt. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Auch da schläft der Antrag, und wir bitten doch das Zentrum, sich einmal damit zu befassen. Wir werden in Aachen und Umgebung unser Hauptaugenmerk darauf lenken und der Bevölkerung sagen, wer daran schuld ist, wenn sie sagt, es werde ihr gar nicht geholfen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Dr. Losenhausen**.

Abgeordneter **Dr. Losenhausen**: Meine Damen und Herren! Bei dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit hat es wirklich keinen Zweck, hier eine große Kanaldebatte hervorzurufen. (Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Die Dinge sind durchaus intensiv behandelt worden. (Zuruf des Abgeordneten **Haake**: Da, ha, seit zwei Jahren schläft sie schon!) Es handelt sich nur um ein recht schwieriges Problem. Genau denselben Antrag, den Sie hier vorbringen, meine Herren von der Nationalsozialistischen Partei, haben Sie auch im Preussischen Landtag eingebracht, und dort ist Ihnen vom Herrn Regierungsvertreter genaue Auskunft über den gegenwärtigen Stand des Verfahrens gegeben worden. Es steht fest, daß der Sachverständigenausschuß in wenigen Wochen seine Arbeiten beendet haben wird, falls nicht noch eine von der Industrie- und Handelskammer in Stolberg beantragte und nach meinem Dafürhalten erforderliche ergänzende Beweisaufnahme einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen sollte. Mit den fortwährenden Einwirkungsanträgen, deren Zahl nun nachgerade Legion geworden ist, muß



nun endlich mal Schluß gemacht werden. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Muß endlich mal angefangen werden!)

In absehbarer und jetzt übersehbarer Zeit haben die einzig und allein zuständigen Stellen, nämlich die Reichsregierung und der Reichstag das Wort. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Seit zwei Jahren!) Beide wissen ganz genau, was die Aachener Bevölkerung geschlossen ohne Unterschied der Parteirichtung verlangt. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Und trotzdem!) Beide wissen ebenso genau, welchen Standpunkt das Preussische Parlament in dieser Frage nahezu einmütig einnimmt. Beide kennen die Verhältnisse unmittelbar hinter Aachen auf holländischem Gebiet, das Emporblühen der holländischen Kohlewirtschaft in einem Ausmaße, das man nur mit dem Emporblühen der Ruhrkohlewirtschaft im vorigen Jahrhundert vergleichen kann. Sie werden eine Lösung suchen und finden müssen, die dieses notleidende Aachener Gebiet vor der wirtschaftlichen Verjagung bewahrt und ihm neue Lebensmöglichkeiten eröffnet. Finden sie diese Lösung nicht, so hat Deutschland wirtschaftlich einen Teil dessen verloren, was ihm der Erbfeind politisch nicht zu nehmen vermochte. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Das sagen wir ja grade! In der Beziehung bin ich ja vollkommen mit Ihnen einverstanden.)

Dann möchte ich noch ein allgemeines Wort zur Grenzlandpolitik sagen: Die Grenzlandpolitik ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Sie erfordert Opfer Sinn und äußerste Kraftanstrengung des einzelnen Volksgenossen. Ein Volk aber, welches absolut untätig zusieht, wie im Grenzland ein haltbarer Stützpfeiler seiner Wirtschaft zertrümmert wird, wird die Folgen dieser Passivität an allen seinen Teilen sehr bitter zu spüren bekommen. (Zustimmung rechts.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **S t r e b**.

Abgeordneter **S t r e b**: Gerade die Lage des Aachen-Rhein-Kanals und der Grenzgebiete ist heute morgen Anlaß gewesen, hier eine kurze Besprechung abzuhalten. Wenn der Vorredner eben gesagt hat, daß die Preussische und die Reichsregierung alles tun würden, was in ihren Kräften steht, so möchte ich ihm folgendes antworten: Vor einigen Jahren kam der Verkehrsausschuß von Berlin und hat das Grenzgebiet abgefahren. Aus den Autos heraus hat man die Notlage des Grenzgebietes betrachtet, und als man einige Stunden im Auto herumgeondelt war, ging man zu einem großen Festessen, und damit war die Notlage der Grenzbevölkerung erledigt.

Lediglich die kommunistischen Abgeordneten, die dabei waren, haben eine große Kundgebung in Aachen veranstaltet und schon damals der Grenzbevölkerung gesagt, wie es mit dem Bau des Aachen-Rhein-Kanals aussieht. Was sie gesagt haben, ist eingetreten. Ich will Sie nur kurz darauf aufmerksam machen, daß mit dem 31. März die Vorarbeiten zum Aachen-Rhein-Kanal in

Aachen aufgehoben und sämtliche Arbeiter und Angestellte entlassen worden sind. Wenn man heute hier Phrasen macht und sagt, wir müßten uns von hier aus an die Reichsregierung wenden, um das wieder frisch zu machen, was bereits verdorben war, so sage ich, daß das eben eine leere Phrase ist. Wenn heute hier darüber gesprochen wird, so sieht das ganz so aus, als ob man einen Wolf als Aufpuffer zu einer Herde Schafe stellt.

Also, meine Damen und Herren, geben Sie sich keinen Illusionen hin, daß wir hier in diesem Parlament etwas zur Förderung eines Aachen-Rhein-Kanals tun könnten, wenn wir nicht an die maßgebenden Stellen herangehen können.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **E r n s t**.

Abgeordneter **E r n s t** (Herzogenrath): Ich glaube nicht, daß die Aachener Bevölkerung irgendwelche politischen Belehrungen bezüglich ihrer Einstellung zu den Fragen des Aachen-Rhein-Kanals notwendig hat. Die Aachener Bevölkerung hat schon seit Jahren gewußt, was notwendig ist, und hat sich auch seit Jahren bemüht, darauf hinzuwirken, daß Staat und Reich dafür sorgen, daß den Verhältnissen im Aachener Gebiet endlich Rechnung getragen wird. Wir von der Zentrumsfraktion und den übrigen Parteien, die die Regierungsgeschäfte im Reich und Staat maßgeblich beeinflusst haben, haben seit jeher gemeinsam gearbeitet, um die Dinge vorwärts zu bringen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Seit 2 Jahren!) Ich halte auch noch heute dafür, daß die Fragen des Aachener Wirtschaftsgebietes und der Aachener Grenzlandnot nicht etwa Fragen einer einzelnen Partei sind, sondern daß es darauf ankommt, bei allen Parteien wirkliche Grenzlandpolitik zu betreiben. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Wenn heute die Nationalsozialistische Partei herkommt und sagt: Wir wollen dem Volke endlich die Augen öffnen!, so ist das leere Demagogie, die unter allen Umständen zurückgewiesen werden muß. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Ihr sitzt doch in der Regierung drin!) Die Aachener Bevölkerung hat genügend Verständnis dafür, daß ein Projekt wie der Aachen-Rhein-Kanal auf seine Wirtschaftlichkeit hin geprüft werden muß. Sie hat auch Verständnis dafür, daß andere Fragen dabei zu prüfen sind, ob nicht etwa eine andere Lösung gefunden werden kann, die den gleichen Zwecken ebenso gut dient (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Holland!), und diese Prüfungen sind bisher noch nicht abgeschlossen.

Was nun die weitere Frage anlangt, ob ein Maas-Aachen-Kanal gebaut werden soll — entschuldigen Sie, davon ist mir nichts bekannt. Ich glaube auch nicht, daß der Aachener Bevölkerung etwas darüber bekannt ist. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Beginnen Sie sich etwas dafür zu interessieren!) Ich glaube nicht, daß Sie in den Aachener Kreisen dafür großes Ver-



ständnis finden werden; denn ich halte die Mächener für viel zu vernünftig, als daß sie einer derartigen Regelung irgendwie zustimmen würden, und ohne die Mächener Bevölkerung wäre eine derartige Regelung nicht durchzuführen. Also überlassen Sie es gefälligst den übrigen Parteien (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Dem Zentrum, damit die Sache weiter schlafen kann!), die bisher auch für die Fragen des Mächener Rhein-Kanals und die Bedeutung der Grenzlandnot eingetreten sind. Ich glaube, daß wir dann auf dem richtigen Wege sind.

Meine Damen und Herren, daß die Frage der Mächener Grenzlandnot von großer Wichtigkeit ist, und daß ihr deshalb besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, dafür ist in allen Parteien dieses Hauses, die an der Erledigung der Geschäfte tätig sind, Verständnis vorhanden. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Jetzt werden die Ausschüsse zwei Jahre lang weiter schlafen!)

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Ruhnen**.

Abgeordneter **Ruhnen**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die sozialdemokratische Fraktion habe ich zu erklären, daß wir selbstverständlich damit einverstanden sind, daß der Antrag dem Provinzialausschuß überwiesen wird. Darüber hinaus habe ich noch hinzuzufügen, daß es des Antrages der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei absolut nicht bedurft hätte, um zu tun, was notwendig ist. Wenn wir auch nicht mit allem, namentlich mit dem Fortgang der Angelegenheit zufrieden sind, so müssen Sie sich doch gesagt sein lassen, daß die maßgeblichen Parteien im gesamten Mächener Regierungsbezirk schon die ganze Zeit hindurch alles das getan haben, was nur irgend möglich ist. Es hätte also Ihres Antrages (zu den Nationalsozialisten) nicht mehr bedurft. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Es war die höchste Zeit, daß er gekommen ist!)

Herrn **Streb** von der Kommunistischen Partei ist zu sagen, daß, wenn das Kanal-Vorbereitungsamt in letzter Zeit aufgelöst worden ist, so deswegen, weil die Arbeiten abgeschlossen sind, und sich nunmehr Reichs- und Staatsregierung damit beschäftigen. Es ist schon so, wie vorhin ausgeführt worden ist, daß demnächst die Entscheidung fallen muß. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sie wird bestimmt nicht fallen, das steht fest!)

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag des Ausschusses auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß zustimmen wollen, sich zu erheben. Das ist die große Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu 19 und 20. Berichterstatter zu beiden Punkten ist Herr Abgeordneter **Bongarb**.

Abgeordneter **Bongarb**: Meine Damen und Herren, der I. Ausschuß sieht sich nicht in der Lage, diese Anträge zu behandeln, da sie nicht zur Zuständig-

keit der Provinzialverwaltung gehören. Er beantragt deshalb, sie abzulehnen. Dabei sind jedoch im I. Ausschuß sehr starke Sympathien mit dem Inhalt des ersten Antrages, Nr. 10, zum Ausdruck gekommen, und ich möchte das hier im Plenum offiziell mitteilen.

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Abgeordneter **Hennes**.

Abgeordneter **Hennes**: Meine Damen und Herren, ich kann nur unserm Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Ausschuß geglaubt hat, wegen Unzuständigkeit des Provinziallandtages unseren Antrag ablehnen zu sollen. Wir baten ja nicht um Gesetze, sondern wir baten nur darum, geeignete Schritte zu tun, um Vereinbarungen zwischen den beiden großen Konfessionen zu unterstützen und zu fördern. Weiter haben wir nichts erbeten, und ich glaube, daß man diese geeigneten Schritte vom Provinziallandtag aus wohl unternehmen könnte. Ein solcher geeigneter Schritt ist vor allem das Vorbild selbst, und ich möchte darum bitten, daß die Vertreter der Städte und Kreise, die hier anwesend sind, sowie die Vertreter der Provinz mit gutem Beispiel vorangehen und in gemischt-konfessionellen Gegenden an den beiden genannten Feiertagen Karfreitag und Fronleichnamstag keine öffentlichen Arbeiten verrichten lassen. Wenn diese Kreise mit gutem Beispiel vorangehen, werden sich wohl auch bald andere Wege finden, um Vereinbarungen zwischen den beiden Konfessionen wirksam zu machen.

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Rohl**.

Abgeordneter **Rohl**: Wir Kommunisten können die Sympathien des I. Ausschusses für diesen Antrag des Christlichen Volksdienstes verstehen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Oho!) Wir müssen aber unsererseits unsere schärfste Antipathie zum Ausdruck bringen, weil es sich hier darum handelt, daß kirchliche Organisationen Sonderrechte fordern, die ihnen gar nicht zustehen. Von der Arbeiterschaft haben bereits Hunderttausende — auch im Rheinlande — der Kirche den Rücken gekehrt, und diese Arbeiter wissen, daß sie, wenn eine solche Regelung Platz griffe, wieder einen verschärften Lohnausfall haben würden. Die Arbeiter bekommen für die ausgefallene Arbeitszeit keinen Lohn. Wenn die Leute, die hier verlangen, daß auch die dissidentischen Arbeiter, die Freidenker, an diesem Tage feiern, sich verpflichten würden, von ihren Pfrorgehältern den notwendigen Arbeitsausfall zu ersetzen, so ließe sich über diese Art der Arbeitsruhe reden. Aber wir glauben nicht, daß das im Sinne der Antragsteller liegt, und aus diesem Grunde haben wir alles Interesse daran, dagegen Stellung zu nehmen.

Wir sind der Auffassung, daß die Kirche gar kein Recht hat, innerhalb des Staates zu verlangen, daß ihre Feiertage durch Arbeitsruhe begangen werden. Wir sind der Meinung, daß es gerade genug ist, wenn

die Arbeiter an all diesen Feiertagen zwangsweise feiern müssen, daß sie am Karfreitag in jenen Gegenden, wo keine starke katholische Bevölkerung ist — oder umgekehrt am Fronleichnamstage in jenen Gegenden, wo keine starke evangelische Bevölkerung ist —, durch den Druck der sogenannten öffentlichen Meinung, die durch die Presse repräsentiert wird, terrorisiert werden, an diesen Tagen nicht zu arbeiten. Ich stelle die Frage, wie sich jene sogenannte öffentliche Meinung einstellt, wenn die Arbeiter ihren Feiertag begehen, den 1. Mai, den Weltfeiertag. Dann speit diese ganze Presse Gift und Galle; dann registrieren auf den Lohnbüros die Agenten des Schwerkapitalismus die Namen derjenigen, die sich herausnehmen, trotz des Terrors, diesen Feiertag zu begehen. Dann heßt nicht nur die Presse und die Kirche gegen diese Arbeiter, sondern dann wird die Polizeigewalt auf die Arbeiter losgehetzt, dann lassen sozialdemokratische Polizeipräsidenten „im Namen des Proletariats“, im Namen ihrer Partei, der Sozialdemokratie, die vor dem Kriege selbst den 1. Mai feierte, Arbeiter erschießen, darum muß man an diese Dinge erinnern.

Zu dem Antrage des Christlichen Volksdienstes stellen wir objektiv fest, daß, wenn die Arbeiterklasse einmal die Herrschaft hat, sie genau so wie in Sowjetrußland Gelegenheit geben wird, mehr als bisher in der Woche zu feiern, eine längere Arbeitsruhe einzuführen. Die russischen Arbeiter haben die zweitausendjährige Theorie der Christlichen, daß die Welt in sieben Tagen gemacht ist, vor der gesamten Welt dadurch angegriffen, daß sie den siebten Tag, den Sonntag, als Feiertag abgeschafft und dafür jeden vierten Tag in der Woche als Ruhetag eingeführt haben. Die Arbeiter haben dadurch die Möglichkeit, ihre Knochen siebzig Stunden in der Woche auszuruhen, während der Kapitalismus in Westeuropa den Arbeitern noch nicht einmal jeden siebten Tag Ruhe gibt, sondern obendrein verlangt, daß ohne Ueberstundenzuschüsse Sonntagschichten verfahren werden. So sieht die „Heilighaltung des Sonntages“ bei jenen Leuten aus, die ihre Anträge angeblich im Interesse der werktätigen Bevölkerung stellen. Wir behaupten, daß der „Christliche Volksdienst“ den Arbeitern mit diesem Antrage einen Bärendienst erweisen wird. Ebenso verhält es sich mit dem Antrage auf Durchführung eines 20minütigen Rundfunkvortrages an jedem Tage. Wir müssen schon sagen, daß in dieser Beziehung schon längst zuviel des Guten getan wird. Das trifft besonders auf den Langenberger Sender zu. Tausende und aber Tausende der Hörer sind Proletarier, die es satt haben, daß an Feiertagen, wie Weihnachten und Ostern, von morgens früh bis abends spät die Choräle durch den Hörer gejagt werden, daß nur die Reden der Pfarrer zu hören sind, nicht aber die Reden derjenigen, die die Proletarier hören wollen. Die Proletarier haben es satt, daß unter sozialdemokratischer Aufsicht eine Rundfunk-

zensur schlimmster Sorte gegen die werktätigen Hörer durchgeführt wird.

Es ist schon so, daß die Kirche sich im Rheinland ein Monopol auf schwarze Wellen erobert hat. Daß wir damit nicht einverstanden sind, ist ganz klar, und an jene Leute, die Toleranz predigen, richten wir die Frage: Wo bleibt die Toleranz in bezug auf die Hunderttausende von Freidenkern, wenn diese den Antrag stellen, ihre Jugendweihen, ihre proletarischen Morgenfeiern in den Rundfunk aufzunehmen? Dann kommt die Rundfunkzensur, dann wird das Manuskript angefordert, dann wütet der Rotstift dazwischen, daß nichts mehr übrig bleibt von dem Geiste, der durch den Sender an jene Hörer übertragen werden soll, die nichts mit Euch zu tun haben wollen, die es satt haben, sich von der Kirche ihre Meinung vorschreiben zu lassen. Aus diesem Grunde werten wir den Vorschlag des Christlichen Volksdienstes als einen Vorstoß der schwärzesten Kulturreaktion.

Gerade das rheinische Zentrum hat in bezug auf reaktionäre Auffassung, die gerade im Rheinland ihre schwärzesten Triumphe feiert, fast Weltgeltung erhalten. Wenn Sie Angst haben, daß die Leute nicht mehr in die Kirche kommen, und es besser ist, daß sie im Klubessel oder im Lehnstuhl sitzen, und sich den Hörer umschalten um Ihren Gottesdienst abzuhören, schlage ich Ihnen vor: Hängen Sie doch Ihre Lautsprecher über die Kanzeln! Dann können Sie Pfarrgelder ersparen und diese Summen einsetzen zur Unterstützung der Erwerbslosen. Das wäre ein sozialer Vorschlag, aber er würde ja Ihre Kirchenbetriebe schädigen. Wenn Sie morgens und abends einen 10minütigen Rundfunkvortrag über die Kirche halten wollen, so geben Sie in diesen 10 Minuten einmal durch, was die höheren kirchlichen Behörden an Gehälter bekommen, was ein Kardinal, was ein Pfarrer, ein Dechant bekommt, was demgegenüber ein Erwerbsloser bekommt und wieviel für einen Polizeihund in Preußen ausgegeben wird, und daß für einen Polizeihund mehr ausgegeben wird pro Tag, als für einen Erwerbslosen. Diese Tatsachen können Sie den Arbeitern in den 10 Minuten jeden Tag einprägen. Wir sind überzeugt, daß dann die Zahl derer, die sich mit uns dagegen wendet, daß die Kirche ein Monopol auf schwarze Wellen bekommt, immer größer wird.

Wir fordern im Auftrage der Freidenker des Rheinlandes, daß der Sender nicht die Kanzel der schwärzesten Reaktion werde, sondern daß alle Sender in Deutschland Kanzeln des Proletariats werden. Wir sind überzeugt, daß dann der Tag auch in Deutschland nicht mehr fern ist, wo die Botschaft, die am 7. November 1917 von Petrograd: „An Alle!“ in die ganze Welt hinausging, auch durch diese Sender einmal verbreitet wird, und daß dann die roten Wellen die schwarzen Wellen verdrängen werden. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)



Stellvertretender Vorsitzender **Berle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. **Levy**.

Abgeordneter Dr. **Levy**: Wir von der Nationalsozialistischen Partei freuen uns außerordentlich, daß dieser Antrag hier eingebracht worden ist, um an Hand dieses Antrages einmal an das tiefste Uebel der heutigen Zeit herangehen zu können. Leider stehen bloß zehn Minuten für dieses außerordentlich wichtige Problem zur Verfügung, nämlich auf der einen Seite der organisierte Materialismus und Liberalismus, der im Marxismus und endlich im Bolschewismus ersticken muß, und auf der anderen Seite das Problem der göttlich-organischen Welt. Diese Dinge haben seit Jahrhunderten, ja seit Jahrtausenden miteinander gerungen, aber nie so klar und nie so furchtbar, wie gerade in unserem jetzigen Zeitalter. Seit der französischen Revolution ist dieser liberalistische Gedanke in seiner klarsten Form in die Völker hineingetragen worden, und zwar mit der Göttin Vernunft. Dann hat im vorigen Jahrhundert gerade die katholische Kirche mit aller Schärfe den Kampf aufgenommen, und wir hoffen, daß auch heute diese Zeit wieder kommen wird. Wir haben ja von einem Seelsorger gehört, daß er sagte: Wenn es sein muß, verteidigen wir unsere Kirche mit dem Revolver. Wir hoffen, daß der Endkampf zwischen diesen beiden Welten kommt, und er wird nicht fern sein, darüber sollten Sie alle sich im Klaren sein.

Meine Damen und Herren! Nicht um die paar Bahlen handelt es sich; nicht darum, ob ein Weg, ein Kanal oder etwas derartiges gebaut wird, sondern heute geht es um Sein oder Nichtsein der Kirche und der Religion. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wer das als Katholik oder Protestant nicht begriffen hat, der wird in diesem bolschewistischen Sumpfe untergehen müssen.

Im Landtag habe ich, als Kultusminister Grimme von der Toleranz sprach, zu ihm gesagt: Herr Minister, für uns Nationalsozialisten gibt es hier keine Toleranz! Entweder wird die göttlich-organische Welt siegen oder der Marxismus! entweder siegt der Wahnsinn oder die göttliche Gesetzmäßigkeit. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Deshalb freuen wir uns, daß dieser Antrag gekommen ist. Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Boden des positiven Christentums, wir bejahen es. Wir sehen darin unsere letzte Mission. Wir bejahen die göttliche Gesetzmäßigkeit, wir bejahen Gott. (Zuruf des Abgeordneten **Kirch**: Sie frommer **Levy**!) Das wird der letzte Kampf sein, dafür treten wir dereinst mal auf die Barrikaden. (Schallende Heiterkeit bei den Kommunisten. Zuruf des Abgeordneten **Gerlach**: Herr **Levy** auf der Barrikade!)

Meine Damen und Herren, es ist tief bedauerlich, daß der Landtag hier nicht zuständig sein soll. Wir glauben das nicht. Wir wissen, wie ungeheuer unser Volk darbt, und es wird notwendig sein, ihm allein in seinem materiellen Hunger zu helfen. Denn in dem

heiligsten Gebete, das die Christenheit hat, steht der Satz: „Herr Gott, unser tägliches Brot gib uns heute.“ Wenn wir das Brot nicht haben, so wissen wir, daß auch der Geist kaputt gehen muß.

Aber wir verlangen, daß über diese materiellen Dinge hinaus das Höchste und Letzte, die Seele unseres Volkes, erhalten bleibt. Deshalb wollen wir, daß diese Seele des Volkes Ruhe- und Feiertage hat. Sie meinen, wir seien kleinliche Antisemiten irgendwelcher Art. (Zuruf links: Jawohl!) Der Jude interessiert uns nur soweit, als er als Rasse unsere Rasse zerstört. Weiter interessiert er uns nicht! Wir führen keinen konfessionellen Kampf. Man kann dem Katholiken und Protestanten nicht ansehen, welche Religion er hat, solange er zur deutschen Rasse gehört, ist er unser Freund. Wir wollen, daß die Konfessionen sich gegenseitig achten lernen. Der Protestant soll den Katholiken, der Katholik den Protestanten achten lernen. Aber alle zusammen sollen sie erkennen, daß das Christentum der letzte Halt der hohen deutschen Rasse sein wird. (Bravo! bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten **Renner**: Seit wann fehlt denn bei Ihnen das „B“ in Ihren Namen?)

Stellvertretender Vorsitzender **Berle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Zanzen**.

Abgeordneter **Zanzen**: Meine Damen und Herren! Wir sind mit den bereits gemachten Ausführungen durchaus einig darin, daß es sich in der gegenwärtigen Zeit um den Bestand und um den Kampf für das Bestehen oder Nichtbestehen der christlichen Kirche handelt. Darauf braucht uns niemand aufmerksam zu machen. In der Beziehung sind die Vertreter der christlichen Kirche jederzeit auf der Hut gewesen. Ich glaube auch, daß es keinen christlich eingestellten Menschen hier im Hause gibt, der nicht mit ganzem, frohem Herzen der Tendenz dieses Antrages des Christlichen Volksdienstes zustimmt. Die weitaus größte Mehrheit dieses Hauses vereinigt sich auf den Wunsch, es möchte sich allerorts, wo die Konfessionen gemischt sind, eine Regelung finden lassen, die beiden Interessen wahrhaft dient.

Aber die Materie ist bereits gesetzlich geregelt, wenn auch nicht soweit, wie der Herr Antragsteller das gewünscht hat. Die zuständigen Behörden sind heute die Polizeibehörden. Sie haben örtlich festzustellen, wie die äußere Heilighaltung dieser beiden Tage durchgeführt werden soll. Was darüber hinaus verlangt wird, geht über die Zuständigkeit der Polizeibehörde, geht aber auch über die Zuständigkeit der Provinzialverwaltung. Die Provinzialverwaltung ist zweifellos keine Polizeibehörde und keine gesetzgebende Behörde, um diese Materie so regeln zu können, wie wir es alle wünschen.

Man kann sogar der Auffassung sein, es wäre wünschenswert, daß die Provinzialverwaltung von der Mehrheit des Hauses beauftragt würde, mit den einzelnen Kommunen und dem Oberpräsidenten zu über-



legen, wie den Wünschen wirksam Rechnung getragen werden solle. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Bitte!) Man kann dieser Auffassung sein, sehr verehrter Herr Kollege. Aber weil die Provinzialverwaltung eben nicht die zuständige Stelle ist, möchte ich dem letzten Satz des Antrages nicht zustimmen, damit wir uns grundsätzlich aus Unzuständigkeiten heraushalten. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Sehr richtig!) Hier liegt nämlich eine sehr große Gefahr vor: wenn wir uns einmal in einem Punkte, wo wir uns in der großen Mehrheit des Hauses in der Tendenz vollkommen einig sind, auf ein Gebiet wagen, das der Zuständigkeit wegen gefährlich ist, so kommen wir nachher in vielen anderen Fällen dazu, wo die Sache mehr zweifelhaft ist, wo vielleicht um eine Mehrheit im Hause gerungen wird; und da könnte uns auch eine Zuständigkeit übertragen werden, deren Uebertragung wir nachher tief bedauern würden.

Darum wäre es mir am liebsten gewesen, — augenblicklich war das nicht mehr möglich — wenn Sie Ihren Antrag zunächst zurückgezogen hätten, um in gemeinsamer Arbeit eine Formulierung zu finden, die auch der Zuständigkeit Rechnung trüge. Dann würden wir alle in diesem Hause dem Antrage ohne weiteres zugestimmt haben. So möchten wir uns der Zuständigkeitsfrage wegen enthalten. Aber vielleicht ist auf dem Wege auch eine Einigung zu finden.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Wizler**:

Abgeordneter **Wizler**: Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspartei lehnt es selbstverständlich ab, bei einer solchen Gelegenheit in eine Polemik mit den Herren von der Kommunistischen Partei einzutreten. Es trennt uns eine zu große Kluft, als daß eine Brücke darüber führen könnte.

Die Anträge, die hier in Frage kommen, haben wir mit rückhaltloser Genugtuung begrüßt. Wir können nicht unterlassen zu erklären, daß uns der Einwand der Unzuständigkeit des Provinziallandtages wie eine sehr wenig erfreuliche Ausrede vorgekommen ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Sehr gut!) Die Einwendungen, die Herr Abgeordneter **Kanonikus Zansen** soeben gemacht hat, haben mich persönlich allerdings ein wenig in dieser Meinung erschüttert; aber trotzdem glaube ich, daß bei den meisten Freunden dieser Anträge zunächst doch das Gefühl vorgeherrscht hat, es handle sich darum, die ganze Sache mit diesem Vorwande zunächst einmal auf die Seite zu schieben. Die Anträge atmen soviel Versöhnlichkeit, soviel friedvollen Geist (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Sehr gut!), soviel Rücksicht und Achtung auf die ehrliche Ueberzeugung der anderen Konfession, daß wir geglaubt haben, schon im Interesse des konfessionellen Friedens dafür eintreten zu sollen, daß man diesen Anträgen das Wort redet.

Wenn man glaubt, daß nur eine kleine Aenderung in der Formulierung einzutreten brauche, so gebe ich den Herren Antragstellern anheim, diese kleine re-

daktionelle Aenderung doch sofort in Erwägung zu ziehen, damit wir die Zustimmung der Zentrums- partei, die, wie wir von Herrn Abgeordneten **Zansen** gehört haben, sich der Stimme zu enthalten beabsichtigt, zu diesen Anträgen erlangen. Es ist doch sehr einfach, den Satz „Wir bitten den Provinzialausschuß zu veranlassen, geeignete Schritte zu tun“ nach dem Vorschlag des Abgeordneten **Zansen** auszulassen und dafür zu setzen: Wir bitten den Provinzialausschuß zu veranlassen, die Provinzialverwaltung zu bitten, mit der Staatsregierung entsprechende Verhandlungen einzuleiten, damit generelle Vorschriften auch über diesen Gegenstand irgendwie herbeigeführt werden. (Zuruf des Abgeordneten **Zansen**: Mit den zuständigen Behörden!)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. **Wesenfeld**.

Abgeordneter Dr. **Wesenfeld**: Meine Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen, die der Redner des Zentrums vorhin zu diesem Antrage gemacht hat, vollinhaltlich anschließen. Auch meine Freunde begrüßen durchaus die Tendenz, die in diesem Antrage liegt, und die offensichtlich dem konfessionellen Frieden in der Rheinprovinz dienen will. Wenn wir uns trotzdem — wenigstens bisher — dazu entschlossen haben, diesen Antrag abzulehnen, so geschah das aus einem rein formalen Grunde, den auch der Redner des Zentrums angeführt hat.

Meine Damen und Herren! Wir tragen unsererseits die größten Bedenken, die Zuständigkeit des Provinziallandtages auf Dinge auszudehnen, die tatsächlich nicht zu seiner Zuständigkeit gehören. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir bedauern außerordentlich, daß gerade in diesem Falle aussprechen zu müssen, wo wir sachlich dem Antrag gerne unsere Zustimmung geben würden. Aber wer die Verhandlungen des Provinziallandtages verfolgt, der muß doch zu der Ueberzeugung kommen, daß es schlechterdings unmöglich ist, daß wir hier über Gott und die Welt, über auswärtige Politik, Sozialpolitik, konfessionellen Frieden reden, anstatt uns intensiv mit den eigentlichen Angelegenheiten der Provinz zu beschäftigen. Das ist es, was uns zu so großen Bedenken Veranlassung gegeben hat.

In dem Antrage wird verlangt, daß die Vereinbarungen zwischen den Leitungen der evangelischen und der katholischen Kirche — eventuell auch der israelitischen Gemeinde — von den maßgebenden Stellen der Provinzialleitung unterstützt und allwärts gefördert werden sollen. Ich bitte den Herrn Antragsteller, uns doch einmal zu sagen, wie er sich das denn eigentlich praktisch vorstellt. Soll der Provinzialausschuß oder der Herr Landeshauptmann an die verschiedenen Gemeinden schreiben: „Kinder vertragt euch über die Feiertage!“ Ja, das hilft doch nichts. Der Provinzialausschuß und der Herr Landeshauptmann sind ja gar nicht in der Lage das auszuführen. Deshalb glaube ich, es wird richtig sein, wenn die Herren Antragsteller, nachdem sie gehört haben, daß bei weitem der größte Teil des

Hauses die Tendenz dieses Antrages begrüßt, den Antrag zurückziehen, weil er tatsächlich die Zuständigkeit des Provinziallandtages überschreitet.

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Es ist Schluß der Aussprache beantragt worden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? (Zuruf des Abgeordneten Jansen: Ich wollte eine andere Formulierung vorgelegen.)

Ich muß zunächst darüber abstimmen lassen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag auf Schluß der Debatte zustimmen wollen, sich zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Das letztere war die Mehrheit. Der Schlußantrag ist abgelehnt. Die Erörterung wird fortgesetzt.

Das Wort hat Herr Abgeordneter **Terboven**.

Abgeordneter **Terboven**: Wie schon mein Fraktionsfreund, Herr Dr. **Ley**, ausgeführt hat, begrüßen wir Nationalsozialisten diesen Antrag ebenfalls auf das lebhafteste. Wir können nicht verstehen, daß man über derartige Zwirnsfäden, wie es das Formale hier doch ist, stolpern kann. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Gerade für die Rheinlande ist es ungeheuer wesentlich, daß die konfessionelle Befriedung immer weiter durchgedrückt wird. (Zuruf des Abgeordneten Dr. **Schüller**: Sehr richtig!) Wir haben zuviele Leute in Deutschland, die ein Interesse daran haben, daß der konfessionelle Kampf und Hader verewigt wird. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Deutschland hat jahrhundertlang unter dem konfessionellen Hader gelitten und jeder, der es auch nur in etwa gut mit dem deutschen Volke meint, muß alle Mittel und Wege zu finden suchen, um endlich einmal mit einer grundsätzlichen Befriedung innerhalb der Konfessionen zu beginnen.

Eigentümlich ist, daß man nicht zum mindesten, wenn dieser Antrag die Zuständigkeit überschreiten sollte, innerhalb des Sachausschusses eine Modulation gefunden hat, die dann auch dem Zentrum die Möglichkeit gab, diesem Antrage zuzustimmen. Wir Nationalsozialisten legen den größten Wert darauf, daß wenn sich das Zentrum bei dieser Formulierung der Stimme enthalten würde, und wenn wirklich — was uns nahezu unglaublich erscheint — die Deutschen den Antrag aus lächerlichen Formalitätsgründen heraus ablehnten, daß dann jetzt noch eine Form gefunden wird, die denselben Zweck erfüllt, und trotzdem auch diesen Parteien die Annahme ermöglicht. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Hennes**.

Abgeordneter **Hennes**: Meine Damen und Herren! Es wäre mir wirklich ein Leichtes, auf das, was eben die Kommunisten gesagt haben, zu antworten. Aber ich will mich auf eine einzige Antwort beschränken. Wenn Sie mich zwingen (zu den Kommunisten gewandt), antworte ich weiter.

Ich war als Oberingenieur in einer Fabrik tätig, in der die radikale Arbeiterschaft den Arbeitern verboten hat, in die Kirche des Ortes zu gehen. (Zuruf bei den Kommunisten: Wo, wo?) Ich habe mich mit den Arbeitern in Verbindung gesetzt und diese sagten, sie würden einfach aus der Genossenschaft der Arbeiter hinausgedrängt werden, wenn sie den Mut hätten, in die Kirche zu gehen. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten.) Ich kann Ihnen das beweisen. (Erneute Zurufe.) Ich verzichte darauf, mich mit Ihnen jetzt weiter darüber zu unterhalten. (Übermalige Zurufe bei den Kommunisten.) Ich bin aber bereit, mich mit Ihnen persönlich darüber auszusprechen. (Zuruf der Abgeordneten **Frl. Otto**: Dann können Sie es auch hier öffentlich sagen!) Wenn ich hier den Ort und die Fabrik nenne, weiß ich, daß die christlichen Arbeiter noch mehr drangaliert werden, und das möchte ich vermeiden.

Nach meiner Ueberzeugung gibt es in Deutschland, also auch in unserer Provinz, keine wichtigere Frage als gerade die religiöse Frage; immer mächtiger entwickeln sich die beiden gegensätzlichen Gruppen, nämlich das Christentum und das Antichristentum; und da gilt es, eine klare Stellung einzunehmen. Ich meine, der Provinziallandtag hätte alle Ursache, sich hier auf die Seite derer zu stellen, die da wollen, daß das Christentum in unser Volk hineindringt, daß unser Volk wieder einmal auf die Höhe gehoben wird, heraus aus der elenden Tiefe, in die es durch die Kommunisten allmählich hineingeraten ist. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Ich möchte darum bitten, daß man den Antrag, den wir gestellt haben, zur Abstimmung bringt. Wenn aber die Zentrumsfraktion den Abänderungsantrag bringt, wie er uns eben vorgelegt wurde, so können wir uns auch mit diesem Abänderungsantrag solidarisch erklären. (Sehr gut! beim Christlichen Volksdienst.)

Stellvertretender Vorsitzender **Cberle**: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Aussprache ist geschlossen. Herr Abgeordneter **Jansen** hat folgenden Antrag zu dem Antrage des Ausschusses eingereicht: „Der Provinziallandtag bittet die Provinzialverwaltung im Sinne des Antrages — also des Antrages auf Drucksache 90 und 91? (Zuruf des Abgeordneten **Jansen**: Jawohl!) — mit den zuständigen Stellen ins Einvernehmen zu treten, um eine geeignete Regelung herbeizuführen.“ Ich werde, da es sich hier um einen Abänderungsantrag handelt, zunächst über diesen Abänderungsantrag abstimmen lassen. (Zuruf des Abgeordneten **Gerlach**: Zur Geschäftsordnung!) Zur Geschäftsordnung kann ich Ihnen jetzt das Wort nicht geben. (Zuruf des Abgeordneten **Gerlach**: Ich muß das Wort zur Geschäftsordnung haben, denn es handelt sich hier um einen neuen Antrag, der bisher nicht diskutiert worden ist.)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter **Gerlach**.

Abgeordneter **Gerlach**: Ich widerspreche der Abstimmung über diesen Antrag und verlange, daß er



formell und ordnungsgemäß in den Ausschüssen verhandelt wird. Er hat auch dem Provinzialausschuß nicht vorgelegen. Hier sind Zuständigkeitsfragen verlegt worden. Ich muß also dringend bitten, den Antrag in den ordnungsmäßigen Gang zu bringen, und widerspreche unter allen Umständen der jetzigen Abstimmung; denn über einen Antrag, der eine ganz neue Situation schaffen soll, der die Provinzialverwaltung mit gewissen Weisungen versehen soll, obwohl bisher der Fachauschuß, der Provinzialausschuß und der Ältestenrat der Auffassung waren, daß der Provinziallandtag nicht zuständig ist, muß natürlich diskutiert werden.

Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Ich mache darauf aufmerksam, daß nach unserer Geschäftsordnung Abänderungsanträge zu einem Gegenstand der Tagesordnung... (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Aber nicht nach Schluß der Debatte!) Das war nicht nach Schluß der Debatte. Meine Damen und Herren! Ich habe doch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Antrag des Herrn Jansen zu diesem Gegenstande eingereicht worden ist. Abänderungsanträge können bis zur Abstimmung über den Gegenstand noch eingereicht werden. Sie können bis zum Schluß der Verhandlung des Gegenstandes gestellt werden, auf den sie sich beziehen. Sie müssen schriftlich eingereicht werden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Das ist geschehen!) Zwar, das hat Herr Jansen getan, noch bevor die beiden letzten Redner das Wort gehabt haben. Es mag sein, meine Damen und Herren, daß ich nach der Richtung hin einen Fehler gemacht habe, daß ich den Antrag nicht sofort mit zur Erörterung gestellt habe. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das ist der springende Punkt!) Höchstens das könnte mir zum Vorwurf gemacht werden, aber sonst nichts. Die Stellung des Antrages bis zur Abstimmung ist nach der Geschäftsordnung zulässig.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich habe keine Ursache und auch nicht die Absicht, dem Herrn Vorsitzenden Vorwürfe zu machen. Das eine steht aber doch fest: das Plenum muß doch den Antrag kennen und dadurch Gelegenheit haben, zu dem Antrage Stellung zu nehmen. Das ist aber noch gar nicht der Fall. Erst nachdem die Debatte geschlossen worden war, ist der Antrag vorgelesen worden.

Wir würden aber auf diese Sache gar nicht so großen Wert legen, wenn es sich nicht um Punkte handelte, bei denen sich drei Ausschüsse darüber einig waren, daß sie nicht zur Zuständigkeit des Landtages gehören, nämlich der Ältestenrat, der Provinzialausschuß und auch der Fachauschuß. Alle drei Ausschüsse haben gesagt: Diese Fragen gehören nicht zur Zuständigkeit des Landtages; und jetzt auf einmal, wo alle Parteien außer dem Antragsteller einig waren, wird durch eine Ummodellierung der größten Partei ein der-

artiger Antrag hervorgezaubert. Dagegen müssen wir uns wenden.

Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Meine Damen und Herren! Ich kann aus der Sache nicht anders heraus, als daß ich die Debatte wieder eröffne. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Sehr richtig!) Also die Debatte über den Gegenstand wird wieder eröffnet. Das Wort dazu hat Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion möchte ich mit allem Ernst darauf hinweisen, daß es unmöglich ist, jetzt einen Gegenstand, der — wie Herr Haas bereits betont hat — von vielen Ausschüssen als nicht zur Zuständigkeit der Provinzialverwaltung gehörig bezeichnet wird, im letzten Augenblick zur Abstimmung zu bringen. Ich möchte nachdrücklich bitten, daß zu diesen Debatten der Chef der Provinzialverwaltung, der Herr Landeshauptmann, hier hinzugezogen wird, damit er auch seinerseits seinen Standpunkt darlegen kann, ob er überhaupt den Auftrag, den er hier durch den Antrag Jansen bekommen soll, erfüllen kann.

In allen Ausschüssen ist bisher gesagt worden, daß wenn man vom Herrn Landeshauptmann eine solche Maßnahme verlangt, wenn man ihm Direktiven gibt, die nicht zur Zuständigkeit des Parlaments gehören, daß dann natürlich der Provinzialverwaltung uferlose Direktiven gegeben werden können. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Das ist ja Ihre Sache!) Ich warne Sie, meine Damen und Herren, hier einen Weg zu beschreiten, der für uns alle sehr bedenklich werden kann, wenn einmal andere Weisungen verlangt werden.

Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Renner:

Abgeordneter Renner: Wir sind der Auffassung, daß durch die Eröffnung der Debatte eine neue Situation geschaffen ist. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, daß dieser neuen Situation durch Festsetzung einer neuen Redezeit Rechnung getragen werden muß. Man kann die Parteien, die keine Gelegenheit hatten, sich innerhalb der vorgeschriebenen Redezeit zu dem Punkte zu äußern, nun nicht auf die wenigen Minuten vertragen, die ihnen nach der vorherigen Regelung der Redezeit noch zustehen. Wir stellen deshalb den Antrag, die Redezeit zu diesem Punkte neu festzusetzen und nicht nur den Rest der alten Redezeit auf den Punkt in Anrechnung zu bringen.

Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Meine Damen und Herren! Es kann gar keine Rede davon sein, so zu verfahren. Der Gegenstand zur Tagesordnung hat sich gar nicht geändert; wir setzen nur die Aussprache fort. Die Fraktionen, die schon geredet haben, haben nur noch den Rest zur Verfügung, der an den zehn Minuten fehlt. Ich kann nicht anders verfahren. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Zur Geschäftsordnung!) Ich bitte, den Antrag, den wir gestellt



haben, zur Abstimmung bringen zu lassen!) Ich kann die Abstimmung nicht vornehmen.

Das Wort zur Sache hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Ich muß die kurzen zwei Minuten benutzen, um Herrn Hennes vom Volksdienst etwas zu sagen. Wenn das Problem so leicht zu lösen wäre, daß man bloß den Radioapparat einzuschalten brauchte, um das Volk über seine Not hinwegzubringen, dann würden Sie ja wohl den Radioapparat Tag um Tag laufen und Trost verzapfen lassen. Aber selbst wenn die Radioapparate in Deutschland Tag und Nacht laufen, die Not schafft Sie nicht aus der Welt, in der die deutsche Arbeiterschaft sich befindet. Religion macht nämlich nicht satt.

Wenn Sie uns zuzurufen, daß wir an den Nöten des deutschen Volkes schuld seien, so erinnere ich Sie daran, daß wir bisher keine Gelegenheit gehabt haben, etwas Durchgreifendes für das deutsche Volk zu tun. Die Notlage des deutschen Volkes ist durch die Praktiken der Klasse hervorgerufen, der auch Sie angehören. Aber wenn man uns Kommunisten die Untergrabung der bürgerlichen Klasse unterbinden oder erschweren will, so treiben Sie doch eine Sozialpolitik, die darin besteht, daß man den Proleten Brot gibt. Dann ersparen Sie sich doch diese armen Mäxchen, zu glauben, daß man das soziale Elend verringern und den Proleten über die Größe seiner Notlage dadurch hinwegtäuschen kann, daß man ihm ermöglicht, Sonntags zweimal den Apparat einzuschalten und die Reden des Gesalbten dieser oder jener Richtung zu hören. Treiben Sie Sozialpolitik, das ist die beste Waffe gegen uns Kommunisten.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Herr Abgeordneter Haas hat noch einen Vertagungsantrag gestellt: „Ich beantrage, die Anträge erneut in den Ausschüssen zu behandeln.“

Dieser Vertagungsantrag geht allen übrigen Anträgen voraus.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich möchte vor allen Dingen einmal unsere neue Geschäftsordnung zu Hilfe nehmen. Dort heißt es im § 12, Absatz 2: „Bestehen Zweifel darüber, ob der Gegenstand eines Antrages zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehört, so ist ein Beschluß des Ältestenrates hierüber herbeizuführen. Entgegen dem Beschluß des Ältestenrates ist der Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wenn der Antrag von 10 Abgeordneten unterstützt wird. Eine Erörterung ist nur im Rahmen der Geschäftsordnungserörterung zulässig.“

Der Ältestenrat hatte entschieden, daß diese Frage nicht zur Zuständigkeit des Landtages gehört. (Zuruf des Abg. Dr. Wesenfeld: Der Ältestenrat nicht; nur der Provinzialausschuß!) Dann war es so, daß der Provinzialausschuß und der Sachausschuß es beschlossen hatten, und nachdem wir die Tagesordnung durch-

gesprochen haben, hat sich der Ältestenrat angeschlossen. Aber ich bin der Auffassung, daß die Frage hier nur in den Ausschüssen geklärt werden kann.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Meine Damen und Herren! Es liegt ja allerdings ein gewisser Widerspruch darin, daß hier beantragt wird, wegen Unzuständigkeit des Landtages abzulehnen, und nun trotzdem diese beiden Punkte hier auf der Tagesordnung erschienen sind. Nachdem aber einmal die Tagesordnung bekanntgegeben worden war und der Provinziallandtag keinen Widerspruch erhoben hatte, mußte die Erörterung freigegeben werden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Sehr richtig!) Das war nachher nicht mehr zu verhindern.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Wir wünschen, daß Vertagung eintritt, damit im Sachausschuß eine Formulierung gefunden werden kann, der möglichst weite Kreise des Hauses zustimmen können. Meine Freunde haben Bedenken, auch dieser Formulierung zuzustimmen. Ich bitte deshalb, die Sache im Sachausschuß erneut zu beraten.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Wir Nationalsozialisten sind der Auffassung, daß der Abänderungsantrag doch gerade darum gestellt worden ist, weil man der Ansicht war, daß der erste Antrag für dieses Parlament unzuständig sei. Gerade darum ist dieser neue Antrag gestellt worden, der nunmehr durch seine Formulierung in einer Form erschienen ist, für die der Provinziallandtag zuständig ist.

Wenn die Sozialdemokratie dagegen Einspruch erhebt, so sehen wir darin weiter gar nichts als einen neuen Vorstoß der atheistischen Sozialdemokratie gegen die christliche Weltanschauung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unsinn!)

Was die Auffassung des Abgeordneten Haas angeht, so weise ich darauf hin, daß es hier im § 12 unter Absatz 2 heißt: „Bestehen Zweifel darüber, ob der Gegenstand eines Antrages zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehört, so ist ein Beschluß des Ältestenrates hierüber herbeizuführen. Entgegen dem Beschluß des Ältestenrates ist der Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wenn es auf Antrag vom Provinziallandtag beschlossen wird. Der Antrag muß von 10 Abgeordneten unterstützt werden.“

Wir Nationalsozialisten würden insolgedessen beantragen, daß entgegen diesem Beschluß der Antrag in seiner neuen Formulierung doch wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Jansen.

Abgeordneter Jansen: Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß der Antrag, so wie er jetzt

vorliegt, ohne alle Zweifel zur Zuständigkeit des Landtages gehört. Wir haben uns 2-mal in irgendwelchen Sachen, die unserer Rechtsregelung nicht zustanden, an die Reichsregierung gewandt. Wenn wir hier also bitten, daß die Provinzialverwaltung sich an zuständige Behörden wenden möge, so kann darin bestimmt keine Unzuständigkeit liegen. Aber mir und meinen Freunden ist es ganz gleich, wenn der Antrag nochmals durch die Ausschüsse gehen soll, obschon dadurch eine Verzögerung eintritt, die an sich nicht notwendig ist, weil wir in Tendenz und Formulierung der Sache vollkommen einig sind. Sie würden viel besser daran tun, sie zur Abstimmung zu bringen; denn zuständig sind wir ganz bestimmt.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter **Nohl**.

Abgeordneter **Nohl**: Das Geschrei der Botanik-anbeter von den Nationalsozialisten ist ja wohl nicht so zu verstehen, als ob sie ernsthafte Gegner des Zentrums seien; sondern Sie haben oft zum Ausdruck gebracht, daß Sie mit diesem vollkommen einer Meinung sind. Die Kommunisten unterstützen jedoch den Antrag auf Vertagung, obwohl sie dabei darauf hinweisen müssen, daß der Vertagungsantrag des Herrn Abgeordneten **Haas** nur der Verlegenheit entspringt, hier bei der Abstimmung eventuell eine klare Stellungnahme vornehmen zu müssen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter **Heuser**.

Abgeordneter **Heuser**: Meine Damen und Herren! Es ist immer üblich gewesen, daß wir, wenn große Fraktionen einen Vertagungsantrag gestellt haben, dem zugestimmt haben. Dieser Gepflogenheit folgen wir auch heute, und ich stelle namens der Fraktion fest, daß wir diesem Vertagungsantrage zustimmen.

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Die Debatte ist jetzt geschlossen. Zunächst kommt der Vertagungsantrag des Herrn Abgeordneten **Haas** zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag entsprechend beschließen wollen, daß die Anträge erneut in den Ausschüssen beraten werden, sich zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Das erstere war die große Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Wir kommen nunmehr zu 21, 22 und 23. Richterstatter hierzu ist Herr Abgeordneter **Lessenich**.

Abgeordneter **Lessenich**: Meine Damen und Herren! Namens des III. Sachausschusses habe ich die Ehre, Ihnen die unveränderte Annahme von Nr. 21 — Antrag, betreffend den Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1930 — und den Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Beschaffung gesunder Wohnungen für wohnungsbedürftige Arbeiter, Angestellte und Beamte zur Annahme zu empfehlen.

Vorsitzender **Dr. Jarres**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Hauf**.

Abgeordneter **Hauf**: Meine Damen und Herren! Wir haben nur sehr wenig auszuführen. Der Antrag auf Drucksache 111 ist ja Ihrer Annahme empfohlen worden. Ich möchte dazu begründend nur ausführen: uns leitete bei dem Antrage der Gesichtspunkt, daß die immer wieder versetzten Beamten durch die Schließung der Anstalten außerordentlich lange ohne Wohnung bleiben mußten und von ihrer Familie getrennt waren. Wir haben in den letzten Jahren wiederholt Schließungen und Wiedereröffnungen von Anstalten erleben müssen. Oft waren es 2 und 3 Jahre, bis insbesondere Beamte, Angestellte und Arbeiter der unteren Besoldungsklassen neue Wohnungen an ihrer neuen Dienststelle erhielten. Ich betone ausdrücklich, daß es sich da vorwiegend um die Arbeiter und Angestellten der unteren Besoldungsstufen gehandelt hat. Aus diesem Grunde bitten wir Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Im übrigen wird auch allgemein eine Wohnungspflege betrieben, bei der uns nicht immer Befriedigung erfüllen kann; Wohnungspflege insoweit, weil hier oft nur Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, die normalerweise nicht als Wohnungen dienen können, mit Ausnahme von Notwohnungen, die sonst für Obdachlose in Anspruch genommen werden können. Diesen Zustand will der Antrag beseitigen, und wir freuen uns, wenn der Landtag in diesem Sinne beschließt. Wir hoffen, daß dann auch die Provinzialverwaltung die nötigen Handhaben hat, um genügende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender **Dr. Jarres**: Zu Punkt 23 hat Herr Abgeordneter **Dr. Knust** das Wort.

Abgeordneter **Dr. Knust**: Die Preussische Regierung sowohl wie die Reichsregierung haben auf Antrag des Reichstages im Jahre 1926 eine Verdingungsordnung für Bauleistungen von sämtlichen Reichs- und preussischen Ressorts unter Mitarbeit der Gewerkschaften, der großen Unternehmerverbände, der Architekten und des Deutschen Städtetages ausarbeiten lassen. Diese Verdingungsordnung hat den Zweck, zu verhindern, daß jeder Bauauftraggeber von sich aus Vertragsunterlagen für die Vergabe von Bauaufträgen herausgibt, und daß dadurch im ganzen Reich die Bauaufträge nach verschiedenen und willkürlichen Gesichtspunkten vergeben werden. Die Reichsregierung wie auch die Preussische Regierung haben alle nachgeordneten Behörden gebeten, diese Verdingungsordnung möglichst allen Aufträgen zugrunde zu legen. So hat der Preussische Landtag noch im vorigen Monat dieses Jahres eine entsprechende Entschliebung eingebracht. Wir stellen deshalb den Antrag — wie er ja auch in den Sachausschüssen mit einer kleinen Abänderung genehmigt worden ist —, daß die Provinzialverwaltung der Rheinprovinz ebenfalls in Zukunft ihren Bauaufträgen die Verdingungsordnung für Bauleistungen zugrunde legt.



Wir haben dazu besondere Veranlassung, weil die Rheinprovinz in ihren allgemeinen Vertragsbedingungen in der Formulierung manchmal doch etwas rückständig ist. Ich mache darauf aufmerksam, daß in den allgemeinen Vertragsbedingungen, die noch im vorigen Monat herausgegeben worden sind, auf technische Vorschriften des englischen Straßenbauamtes Bezug genommen ist. Wir sind der Meinung, daß die Technik in Deutschland so weit vorangeschritten ist, daß eine deutsche oder preussische Verwaltung auf englische Vorschriften keinen Bezug zu nehmen brauchte.

Im übrigen haben wir hier zum Ausdruck zu bringen, daß wir im allgemeinen volles Vertrauen zur technischen Verwaltung des Provinzialstraßenbaus hegen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß gemäß der Erklärung, die die Verwaltung gestern auch im IV. Sachausschuß abgegeben hat, die Verdingungsordnung für Bauleistungen nunmehr auch von ihr eingeführt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Auch der Berichterstatter für den IV. Sachausschuß verzichtet auf das Referat. Wir kommen zur Abstimmung. (Zuruf des Abgeordneten Kenner: Die Beschlußfähigkeit wird angezweifelt.) —

Wird die Beschlußfähigkeit auch jetzt noch bezweifelt? (Zurufe: Nein!)

Wir kommen zur Abstimmung. Zu Punkt 21 und 22 liegen keine Abänderungsanträge vor. Ich darf damit feststellen, daß Sie mit den Anträgen des Sachausschusses einverstanden sind.

Zu 23 liegt ein Antrag des III. und IV. Sachausschusses vor. Der IV. Sachausschuß geht nicht so weit wie der III. Sachausschuß. Er beantragt, in der 4. Zeile das Wort „ausschließlich“ zu löschen. Ich nehme an, daß die Herren der Wirtschaftspartei damit einverstanden sind, daß wir über den Antrag des IV. Sachausschusses abstimmen. Damit sind Sie einverstanden. Ich bitte dann diejenigen, die für den Antrag des IV. Sachausschusses auf Drucksache 134 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 24 und 25 ist Berichterstatter für den III. Sachausschuß Herr Abgeordneter Rath und für den I. Sachausschuß Herr Abgeordneter Bongartz.

Abgeordneter Rath: Meine Damen und Herren! Sie finden den Antrag des Provinzialausschusses auf Drucksache 21. Die Materie hat seit einer Reihe von Jahren in weiterem Umfange den Provinziallandtag beschäftigt, und stets ist der diesbezügliche Antrag des Provinzialausschusses mit großer Mehrheit vom Hause angenommen worden.

Aus der Drucksache ersehen Sie, daß zu Punkt 1 und 2 der Stand der einzelnen Angelegenheiten, die Höhe der Bürgschaften und die Höhe der Darlehen, die die Provinzialverwaltung zum Zwecke der Weitergabe an die Anstalten der privaten Wohlfahrt gegeben hat, gekennzeichnet ist. Der III. Sachausschuß empfiehlt

Ihnen, die Punkte 1 und 2 durch Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären.

Was den dritten Punkt anbelangt, so handelt es sich diesmal um Geld, das zu einem Zinssatz von 4 Prozent aus einem Fonds des Preussischen Wohlfahrtsministeriums an die Provinzialverwaltung gegeben wird mit der Auflage, dieses Geld ihrerseits wieder weiterzugeben an die Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege, die es für außerordentliche Reparaturen und Neubauten verwenden müssen. Es ist selbstverständlich, daß dieses billige Geld, das der preussische Staat zur Verfügung stellt, von der Provinz genommen werden muß und daß die nötige Sicherheitsleistung von den Darlehensnehmern der Provinz gegeben wird. Bei der Lage des Geldmarktes wäre es nicht zu verantworten, das Geld abzulehnen. Deshalb bittet der III. Sachausschuß in seiner großen Mehrheit den Provinziallandtag, entsprechend der Vorlage des Provinzialausschusses zu beschließen. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion hat, wie in früheren Jahren, so auch jetzt, aus grundsätzlichen Erwägungen dem Antrage nicht zustimmen können.

Der III. Sachausschuß bittet das hohe Haus, den Punkt 25, der mit dem Punkt 24 verbunden ist, an den Provinzialausschuß zur Berichterstattung zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Mitberichterstatter, Herr Abgeordneter Bongartz.

Abgeordneter Bongartz: Der I. Sachausschuß empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme des Antrages Nr. 21.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner.

Abgeordneter Kenner: Was in diesem Antrage dem Provinziallandtag vorgelegt wird, bedeutet folgendes: Wir haben in früheren Jahren an die Privatanstalten alljährlich Hypotheken gegeben, die im vorigen Jahre noch etwa den Betrag von 1 Million RM erreichten. Im vergangenen Jahre waren 600 000 RM vorgesehen; die Anstalten haben im vergangenen Jahre aber nur 400 000 RM von diesem Betrage in Anspruch genommen. Wir Kommunisten haben in allen Staatsberatungen immer und immer wieder betont, daß die privaten caritativen Wohlfahrtsorganisationen durchaus in der Lage sind, aus eigener Kraft und mit Unterstützung der hinter ihnen stehenden kirchlichen und politischen Kräfte diese Mittel zu beschaffen.

Aber was hier aufgezeigt werden muß, ist folgende Tatsache. Die Preussische Regierung hat nun an Stelle der bisherigen Möglichkeit, nur Hypotheken zu bewilligen, dafür gesorgt, daß auch verbilligte Darlehen hergegeben werden können. Wir sehen hier ein Eindringen der privaten Wohlfahrtsorganisationen in den Apparat des Staates, gegen das wir uns wenden müssen. Die Zusammenarbeit zwischen den privaten Wohlfahrtsorganisationen und den Behörden wird

seitens der bürgerlichen Behörden immer und immer wieder damit begründet, daß man sagt, die Schaffung eigener Anstalten koste viel mehr Geld und man könne sich das in der heutigen Notzeit nicht erlauben. Die Gründe, die private konfessionelle Wohlfahrtsorganisationen veranlassen, Wohlfahrtspflege zu treiben und diese Heime zu schaffen, sind natürlich überwiegend politischer Natur. Den Widerspruch der Sozialdemokratie, der sogar noch einige Jahre nach dem Kriege zum Ausdruck kam, hat man heute glücklich dadurch beseitigt, daß man die Arbeiterwohlfahrt in den Kreis der dotierten Wohlfahrtsspitzenverbände hineingezogen hat. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Wir wollen doch selber den Bericht!) Sie wehren sich aber auch nicht gegen die Tatsache, daß der preussische Wohlfahrtsminister den Wohlfahrtsverbänden diese verbilligten Darlehen gibt. Sie wehren sich also nicht gegen den politischen Zweck, der dahinter steht. Er besteht darin, daß man die Wohlfahrtsorganisationen als politische Instrumente gegen die Arbeiter ausbaut. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratie ist, wie gesagt, dadurch besänftigt worden, daß man sie auch in den Kreis der dotierten Organisationen aufgenommen hat. (Zuruf: Die Rote Hilfe fällt auch hinein!) Nein, die Rote Hilfe fällt nicht hinein. Natürlich wollen wir auch hinein, das ist sonnenklar. Wir sind natürlich nicht so dumm, Ihnen allein zu erlauben, aus den Mitteln der Allgemeinheit Ihre ausgesprochen bürgerlich sozialfaschistische Partei zu finanzieren. Den Charakter unserer Organisationen leugnen wir keineswegs. Wir betonen vielmehr bei jeder Gelegenheit, daß die von uns betriebenen und unterhaltenen Wohlfahrtsorganisationen sich wesentlich von dem Charakter Ihrer Organisationen unterscheiden. Die Arbeiterwohlfahrt ist übrigens anerkannter- und zugegebenermaßen eine Organisation, die nach denselben Prinzipien Wohlfahrtspflege treibt, wie es auch die christlichen Organisationen tun.

Es ist heute soviel von Sozialpolitik geredet worden. Meine Herren „Christen“ in diesem hohen Hause, wenn Sie Wohlfahrtspflege treiben, so tun Sie es aus der Erkenntnis heraus, daß man irgend etwas gegen die Not des Volkes unternehmen muß. Sozialpolitik, wie Sie sie treiben, geht aber nicht so weit, daß die Not des Volkes wirklich und gründlich behoben wird, sondern Sie treiben Sozialpolitik nur soweit, wie der Druck des Proletariats Sie dazu veranlaßt und zwingt. Das heißt, Ihre Sozialpolitik ist abhängig von dem Druck des Proletariats auf die Bourgeoisie. Das ist der Gradmesser für Ihre Sozialpolitik. Den Zweck Ihrer Sozialpolitik hat Herr Kanonikus Jansen sehr klar aufgezeigt. Er sagte: Wir sehen die Gefahren, die der Kirche drohen. Und im Sinne der Abwehr der der Kirche und dadurch auch der Bourgeoisie drohenden Gefahren haben Sie sozialpolitische Organisationen aufgezogen. Wir verwahren uns nur dagegen, daß Sie

die politischen Zwecke der hinter Ihnen stehenden Parteien mit Mitteln finanzieren, die auch wir aufzubringen bedauerlicherweise gezwungen sind. —

Welchen Zwecken dienen diese privaten Organisationen darüber hinaus auch noch? Wir sind in einigen Gemeinden der Rheinprovinz soweit, daß die Kommunen wohlfahrtspflegerische Aufgaben ausschließlich sogar den anerkannten privaten Wohlfahrtsspitzenorganisationen übertragen. Wir haben z. B. in Essen vor einiger Zeit den Fall erlebt, daß man die Auszahlung der Schulentlassungsbeihilfen den christlichen Organisationen und der Arbeiterwohlfahrt übertragen hat. Daß man die Arbeiterwohlfahrt dabei berücksichtigte, war ein Entgegenkommen und eine Unterstützung der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Opposition in der sogenannten freien Schulgesellschaft. Das war ein parteipolitischer Zweck. Wir sehen immer wieder dieses Verwachsen der anerkannten Spitzenorganisationen mit der kommunalen Wohlfahrtspflege. Meine Herren Sozialdemokraten, Sie treiben aus keinem anderen Grunde Wohlfahrtspflege, wie die Christen es auch tun: Ausgleich, Versöhnung, Veruschung der Gegensätze zwischen der ausgebeuteten Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Die Schutzmauer soll aufgerichtet werden. Dem Proletariat wird gepredigt, daß seine Wünsche an und für sich berechtigt, aber unerfüllbar sind, weil die Not des Gesamtvolkes so groß ist, daß ausreichende Sozialpolitik nicht getrieben werden kann.

Das wollte ich bei dieser Gelegenheit aufzeigen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. und III. Sachausschusses zu 24 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ferner bitte ich diejenigen, sich zu erheben, die nach dem Antrage des III. Sachausschusses zu Nr. 25 für Ueberweisung an den Provinzialausschuß zur Berichterstattung sind. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den verbundenen Nummern 26—32. Berichterstatter für den III. Sachausschuß ist Herr Abgeordneter Sickmann.

Abgeordneter Sickmann: Meine Damen und Herren! Die Provinzialverwaltung unterhält auf Wunsch der Bezirksfürsorgeverbände ein Trinkerheim, welches bisher in der Arbeitsanstalt Brauweiler untergebracht ist. Die baulichen Verhältnisse in der Arbeitsanstalt Brauweiler wie auch sonstige Gründe lassen es wünschenswert erscheinen, hier eine Trennung zwischen den Korrigenden und den entmündigten Trinkern vorzunehmen. Wir haben jetzt festzustellen, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge zurückgegangen ist, so daß es sich ermöglichen läßt durch Zusammenlegung Anstalten, die bisher der Fürsorgeerziehung dienen, nunmehr als



Trinkerheilstätten freizumachen. Nachdem in der Kommission die Provinzialverwaltung bekanntgegeben hat, daß auch bei der Ueberführung der Beamten und der notwendigen Umbesetzung nicht allzu große Schwierigkeiten entstehen werden, empfiehlt Ihnen der III. Fachauschuß die unveränderte Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Farres: Berichterstatter für den II. Fachauschuß ist Herr Abgeordneter Leh.

Abgeordneter Leh (Gebenich): Der II. Fachauschuß hat den Antrag des Provinzialauschusses in Drucksache Nr. 19 einstimmig und ohne jegliche Diskussion angenommen. Er empfiehlt Ihnen, meine Damen und Herren, daselbe zu tun.

Vorsitzender Dr. Farres: Berichterstatter zu den Punkten 27—31 ist Herr Abgeordneter Dr. Carl.

Abgeordneter Dr. Carl: Meine Damen und Herren! Der III. Fachauschuß hat den Haushaltsplan der Anstalt Braunweiler sorgfältig geprüft und empfiehlt Ihnen die Annahme.

Zum Antrage Nr. 63: Der III. Fachauschuß hat den Antrag der Wirtschaftspartei unter lebhaften Erörterungen geprüft und empfiehlt Ihnen die Ablehnung dieses Antrages.

Zum Antrage Nr. 62: Der III. Fachauschuß hat diesen Antrag der Wirtschaftspartei ebenfalls in längerer Erörterung geprüft und empfiehlt Ihnen die Ablehnung.

Zum Antrag Nr. 98: Der III. Fachauschuß hat den Antrag der KPD-Fraktion ebenfalls in langen Erörterungen und Auseinandersetzungen geprüft und empfiehlt Ihnen die Ablehnung.

Zum Antrag Nr. 99: Der III. Fachauschuß empfiehlt Ihnen die Ablehnung des Antrages der KPD, betr. Behandlung der Korrigenden.

Vorsitzender Dr. Farres: Zu Nr. 32 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Müller.

Abgeordneter Dr. Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der III. Fachauschuß empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages. Ausreichende Auseinandersetzungen finden Sie in Drucksache Nr. 19.

Vorsitzender Dr. Farres: Wir kommen zur Besprechung. Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Sidmann.

Abgeordneter Sidmann: Meine Damen und Herren! Man kann gewiß der Auffassung zuneigen, daß mit der wirtschaftlichen Betätigung der Provinzialbetriebe keine wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt werden sollen. Man kann auch die Meinung vertreten, daß diese wirtschaftlichen Betriebe nicht so geleitet werden sollen, als wenn sie zu einer Haupteinnahmequelle der Provinz werden sollten, wie es vielfach mit den kommunalen Regiebetrieben der Gemeinden der Fall ist. Wir müssen anerkennen und für richtig erachten, daß jene wirtschaftliche Betätigung der Provinzialverwaltung berechtigt ist, soweit sie notwendig ist,

um die Aufgaben der Verwaltung zu erfüllen. Wie liegen die Dinge bei der Provinzialverwaltung? Hier werden jedes Jahr Hunderte von jungen Leuten der Fürsorgeerziehung überwiesen, denen die Provinz das geben soll, was ihnen das Elternhaus zu geben nicht in der Lage ist. Wir wissen, daß wir die Aufgabe haben, diese jungen Leute nicht nur zu erziehen, sondern sie auch auszubilden, ihnen das mitzugeben, was sie notwendig haben, um später im freien Leben sich zu bewähren. Diese Ausbildung der jungen Leute muß unter allen Umständen eine gute sein, weil sie ja gewissermaßen mit einer Vorbefastung in das freie Leben hineintreten. Wenn wir fast übereinstimmend in diesem Hause der Meinung sind, daß eine gute handwerksmäßige Ausbildung wohl das Richtige ist, so müssen wir uns auch unter allen Umständen damit abfinden, daß diese handwerksmäßige Ausbildung in Werkstätten mit Werkzeugen und Maschinen geschehen muß, die den Verhältnissen in der freien Wirtschaft angepaßt sind. Denn mit jenen Methoden und Einrichtungen, die vor 50 Jahren in den handwerksmäßigen Betrieben möglich waren, lassen sich heute keine vollwertigen Arbeiter mehr ausbilden. Folglich können wir wohl sagen: Die Verwaltung soll sich hüten, sogenannte Rationalisierungsexperimente, wie wir sie in den letzten Jahren in der freien Wirtschaft vielfach zu verzeichnen hatten, mitzumachen. Aber bewährte Produktionsmethoden müssen in diesen Lehrwerkstätten unter allen Umständen eingeführt werden, und die entsprechenden Materialien und Einrichtungen müssen vorhanden sein.

Ähnlich wie die Verhältnisse in den Werkstätten der Jugendfürsorge liegen, sind die Verhältnisse auch in der Arbeitsanstalt Braunweiler. Hier haben wir es mit einem Menschenmaterial zu tun, das zum Teil in Trunkenheit und Arbeitscheu der ordentlichen Arbeit und dem ordentlichen Leben entwöhnt ist. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Infolge der christlichen Gesellschaftsordnung!) Diese Menschen wieder zu ordentlichen Menschen zu machen, erfordert, daß wir sie in den Anstalten zur ordentlichen Arbeit anhalten. Und einen Menschen kann man am besten dann wieder auf die rechte Bahn bringen, wenn man ihn in seinem Beruf beschäftigt, so daß auch hier die Notwendigkeit gegeben ist, handwerksmäßige Betriebe zu unterhalten.

Wenn nun die Notwendigkeit gegeben ist, diese Betriebe zu unterhalten, so muß selbstverständlich auch dafür gesorgt werden, daß Arbeit vorhanden ist. Wir alle sind der Auffassung, daß diese handwerksmäßigen Betriebe in erster Linie den Bedarf der Anstalt selbst und darüber hinaus den Bedarf der Provinzialverwaltung im allgemeinen zu decken haben. Darüber besteht Einigkeit. Ich weiß auch, daß es hin und wieder vorgekommen ist, daß diese Betriebe für einen Privaten ein kleines Stück Arbeit angefertigt haben, vielleicht aus dem Grunde, um besonderen Leuten die Möglichkeit zu geben, sich auf ihrem ureigensten Gebiete in den

Werkstätten zu betätigen. Aber wenn wir dies allzu genau nehmen wollen, dann müssen wir einmal die Rechnung aufmachen: Was haben die Provinzialbetriebe im Laufe der letzten Jahre für den freien Markt gearbeitet und welche Aufträge haben die Provinzialbetriebe der freien Wirtschaft gegeben? Wenn wir hier das Verhältnis darstellen wollten, so würden, glaube ich, bei dem Vergleich Bruchteile eines Prozentes herauskommen. Die Tätigkeit in diesen Betrieben für den freien Markt war derart gering, daß sie der Erwähnung wirklich nicht wert ist.

Mehr Schwierigkeiten als die Beschäftigung der gelernten Arbeiter bringt uns die Notwendigkeit, die sogenannten ungelerten Arbeiter zu beschäftigen. Zunächst sind das jene Gruppen unter den Fürsorgezöglingen, die für handwerkliche Beschäftigung keine Veranlagung haben, sondern als ungelerte Arbeiter beschäftigt werden müssen. Am idealsten wäre es ja hier, wenn es möglich wäre, sämtliche ungelerten Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben der Anstalt zu beschäftigen. (Abgeordneter Lessenich: Wichtig!) Bedarf für diese Sachen wäre schon; aber wir wissen auch aus den Verhandlungen, daß es gar nicht möglich ist, die notwendigen Rohmaterialien, in diesem Falle also Grund und Boden, bereitzustellen, um alle diese Leute in der Landwirtschaft zu beschäftigen. Folglich können wir nicht sagen: Eine industrielle Beschäftigung der ungelerten Arbeiter darf nicht stattfinden. Wenn ich durch die Beschäftigung der verschiedenen Anstalten richtig unterrichtet bin, so ist an industrieller Beschäftigung die Anfertigung von Schwemmsteinen zu verzeichnen. In einer Antwort des Herrn Landeshauptmanns an den betr. Verband ist ausgeführt, daß in der Arbeitsanstalt Brauweiler, wie in der Anstalt Fichtenhain, mit dieser Arbeit rund 40 Menschen beschäftigt werden und daß diese Produktion im Vergleich zu der Produktion des gesamten rheinischen Gewerbes geradezu verschwindend ist, sodaß als Konkurrenz diese Betätigung nicht in Frage kommen kann, insbesondere deshalb nicht, weil verschiedentlich festgestellt worden ist, daß die Provinzialverwaltung mit ihrer Preisfestsetzung über der Preisfestsetzung des freien Marktes liegt.

Anderes ist vielleicht die Betätigung zu werten, die sich in der Nachkriegszeit in Brauweiler vollzieht. Hier haben wir es mit einem ganz modern eingerichteten Betriebe zu tun. (Abgeordneter Lessenich: Leider!) Wenn aber nunmehr in den Anträgen verlangt wird, daß diese Betriebe nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden sollen, wenn verlangt wird, daß die Bilanz dieser Betriebe nach kaufmännischen Gesichtspunkten aufgestellt werden soll, so ist damit gesagt: Diese Betriebe sollen sich wirtschaftspolitisch orientieren. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Meine Herren, wenn das von Ihnen verlangt wird, dann kann man die Forderung aufstellen: Dann sollen sie sich auch sozialpolitisch orientieren. Da gestatten Sie mir viel-

leicht eine Bemerkung. Ihnen allen ist bekannt, daß gegenwärtig der Index für Baustoffe wesentlich höher liegt als der Index für die landwirtschaftlichen Produkte, wie auch der Index für die Rohprodukte der Industrie zum Teil wesentlich höher liegt als der Lebensmittelinde. Wir wissen auch, daß infolge des hohen Preisstandes für Ziegel nicht genügend zur Behebung der Wohnungsnot getan werden kann (Abgeordneter Marx: Sehr richtig!) und daß unter der Wohnungsnot auch der gewerbliche Mittelstand, insbesondere das Baugewerbe außerordentlich zu leiden hat. (Abgeordneter Lessenich: Aha!) Ich würde mir eine gewisse Entlastung des Mittelstandes davon versprechen, wenn die Provinzialverwaltung sich dazu entschließen würde, mit ihrer Ziegelei aus dem Syndikat herauszugehen, um einmal eine vernünftige Preispolitik in Ziegel machen zu können. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Da gibt es ja gar kein Syndikat, das habe ich Ihnen schon im Ausschuß gesagt; wiederholen Sie doch nicht Sachen, von denen Ihnen schon andere gesagt haben, daß Sie nicht stimmen! Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Eidmann.

Abgeordneter Eidmann (fortfahrend): Herr Lessenich, ich muß hier bemerken, daß in der letzten Sitzung im vorigen Jahr mir der Herr Landeshauptmann auf meine Frage geantwortet hat: Die Ziegelei ist Mitglied des Rheinischen Ziegelsyndikats, und an diese authentische Mitteilung habe ich mich zu halten, bis mir eine andere Mitteilung gegeben wird. Für eine solche Mitteilung kann ich den Herrn Lessenich nicht als kompetent ansehen.

Also, meine Herren, wenn wir die Betriebe wirtschaftspolitisch orientieren sollen, dann müssen wir verlangen, daß sie sich auch sozialpolitisch orientieren.

Im übrigen glaube ich wohl den Herren der Verwaltung, dem Herrn Landeshauptmann mit seinem Dezernenten, wie auch dem Leiter der Betriebe die Anerkennung aussprechen zu dürfen, daß sie es bisher bei der Leitung der wirtschaftlichen Betriebe verstanden haben, die öfters gegeneinander gebenden Interessen auf einer vernünftigen Basis auszugleichen. (Abgeordneter Lessenich: Leider nicht!) Ich muß weiter feststellen, daß die Agitation, die gerade in der letzten Zeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand betrieben wird, in einer derart unsachlichen Art mit Schlagworten betrieben wird, daß man damit wirklich nichts anfangen kann, selbst wenn man den ehrlichen Willen hat, jenen Kreisen zu helfen, denen angeblich diese Schlagworte nutzen sollen. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Was Sie sagen, sind alles Schlagworte!) Ich muß sagen: In dieser Beziehung handelt der Provinziallandtag richtig, wenn er die hier gestellten Anträge der Mittelstandsparteien nicht zuletzt im Interesse einer gesunden Entwicklung des Gewerbestandes und des Handwerks ablehnt.



Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ketter. — Nicht da. Dann Herr Renner. — Nicht da. Dann Herr Abgeordneter Lessenich.

Abgeordneter Lessenich: Meine Damen und Herren! Was man mit Worten machen kann, hat mein Vorredner gezeigt. Die Erdrosselung, Abschachtung und Vernichtung einzelner Gewerbetreibenden wird mit eleganten Worten abgetan, und es heißt: Wirtschaft, friß das, sind' dich damit ab! Einer der Hauptprogrammunkte der Wirtschaftspartei ist die Bekämpfung und Beseitigung aller in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe, mit Ausnahme der Monopolbetriebe: Gas, Wasser und Elektrizität. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Daran wollen Sie auch schon!) Drucksache 61 verlangt die Klarlegung der von der Provinz betriebenen Gewerbebetriebe nach kaufmännischen Grundsätzen.

Wie die Verwaltung zugibt, sind in Brauweiler rückfällige Trinker untergebracht. Wir nennen derartige Leute in Köln „Schnapsnasen“; aber dieser Ausdruck wird wahrscheinlich das Gefühl verletzen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Der Herr Dr. Ley jußt schon! Heiterkeit. Antwort des Abgeordneten Dr. Ley: Dann müßte ich Hörzing heißen. Antwort des Abgeordneten Gerlach: Das ist ein Unterschied, der kann's vertragen und Sie nicht!) Schön, diese „Schnapsnasen“ oder diese Art Herren sind nur vorübergehend in der Anstalt beschäftigt. (Zurufe des Abgeordneten Dr. Ley.)

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter Dr. Ley, Sie haben nicht das Wort. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Wenn die mich angreifen! Weitere persönliche Zurufe zwischen links und rechts.) Ich bitte, diese persönlichen Unterhaltungen zu unterlassen. Das Wort hat Herr Abgeordneter Lessenich.

Abgeordneter Lessenich (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen schon gesagt, daß diese Herren, die ich hier nicht näher bezeichnen will, nur vorübergehend in der Anstalt beherbergt werden. Sie werden dort wie folgt beschäftigt: Man zieht einen Betrieb auf, der wie der Ziegeleibetrieb vollständig automatisch ist und über eine Million gekostet hat. An Stelle eines Handbetriebes, der für dieselbe Produktion 150 solcher Herren beschäftigen würde, laufen zur Beobachtung der Ventile und der Schüttkästen 8 bis 9 Böglinge herum. Und dafür ist, wie gesagt, etwa eine Million investiert worden. Ich gebe ohne weiteres zu, daß der Ziegeleibetrieb, der dort in Brauweiler eingerichtet ist und für die ganze heimische Ziegelindustrie so verheerend wirkt, ein modern aufgezogener Betrieb ist, wie ihn in der Provinz ein Privatunternehmer nicht aufziehen könnte, einfach deswegen nicht, weil man bei einer privaten Ziegelei damit rechnen muß, daß sich das Anlagekapital auch verzinst; das braucht es bei der öffentlichen Hand nicht. Wir haben es ja und geben es so aus!

Meine Damen und Herren, meine Einstellung zu den öffentlichen Betrieben brauche ich, weil wir doch alle wirtschaftlich eingestellt sein müßten, nicht weiter zu erörtern. Jede Zeitung, die sich Ihnen bietet, bringt nahezu in jeder Nummer Mitteilungen von der verheerenden Wirkung der Betätigung der öffentlichen Hand. Wir wollen uns nun einmal anhören, was der harmlose Betrieb der Brauweiler Anstalt in Wirklichkeit für Sachen macht.

Erklärung der Handwerkskammer: „Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens, betr. Regiebetriebe der Provinz, und teilen Ihnen mit, daß auch aus Handwerkerkreisen große Klagen über die Ausführung von Arbeiten an Private durch die Arbeitsanstalt Brauweiler geführt werden. Ganz besonders die Handwerker zu Brauweiler haben Beschwerde darüber geführt, daß ihnen fast alle Arbeiten durch die Anstalt fortgenommen werden. So sind z. B., soviel uns bekannt ist, im vorigen Jahre für den Gemeindevorsteher Ganzen, den Hauptwachtmeister Nauf, den Arbeitsinspektor i. R. Klein, einen gewissen Heben und Dahmen in Brauweiler und für den Lehrer Johann Esser in Sintern die Bauschreinerarbeiten für Neubauten ausgeführt worden; ferner für einen Architekten in Köln, dessen Namen wir leider noch nicht erfahren konnten, 37 große hölzerne Garagentore, für das Schaltwerk in Brauweiler eine Drahtinzäunung von einem Ausmaße, daß sämtliche Schmiede und Schlosser der Gemeinde Brauweiler monatelang Arbeit und Verdienst gehabt hätten. (Hört, hört! bei der Wirtschaftspartei.) In der vorigen Woche sind, wie uns weiter mitgeteilt wird, Gitter für die Personen Berger, Schlüssel und Kleffsch in Löwenich geliefert worden. Zurzeit sollen für ein Kölner Restaurant 1200 Stühle in der Anstalt gefertigt werden. (Hört, hört! bei der Wirtschaftspartei.) Ebenso werden wieder verschiedene Bauschreinerarbeiten für Private ausgeführt.“

Wir bitten Sie doch dringend, —“ so schreibt die Handwerkskammer — „alles zu versuchen, um diese Arbeiten in der Arbeitsanstalt Brauweiler zu unterbinden, da durch dieselben das Handwerk, besonders in der Gemeinde Brauweiler, auf das allerschwerste geschädigt wird.“ (Zuruf: Fürchterlich!) Wenn Sie sagen „Fürchterlich“, so wollen Sie damit sagen, es sei gleichgültig, ob für solch eine Schnapsnase irgendein Handwerksmeister nicht weiß, wie er seine Familie ernährt. Ich denke, gegen den von mir vorgetragene Bericht werden Sie doch nicht etwa einwenden wollen, die Handwerkskammer habe den für das hohe Haus zurechtfertigt. (Zuruf des Abgeordneten Kuhnen: Aber dagegen, daß Sie hier immer wieder von Schnapsnasen sprechen! Weiterer Zuruf: Interessenvertretung!) Ja, es ist eine Interessenvertretung, angesichts der Tatsache, daß dem Handwerk und dem Mittelstande durch die Betätigung der öffentlichen Hand das Messer an die Gurgel gelegt wird. Und dann gibt es noch Leute, die sich hierhinsetzen und sagen: Wir haben durch eine

solche Betätigung ein großes Defizit und wollen immer neue Apparate aufbauen; wir wollen wieder 185 000 RM für einen neuen Kessel haben. Meine Herren, faßt man sich denn da nicht an den Kopf, wird das denn nicht, wenn es so weitergeht (Zuruf links: ein halbes Jahr! Heiterkeit), dazu führen, daß Sie sagen müssen: Öffentliche Hand, Du machst den Mittelstand vollends kaput. Die andere Hand kennen wir als Mittelständler ganz genau. Darüber zu sprechen, ist hier nicht der Ort. Hier haben wir es nur mit der Betätigung der öffentlichen Hand, mit den verwünschten Regiearbeiten in Braunweiler zu tun. (Hört, hört! links.) Als Interessenvertreter, der von dieser Sache selbst betroffen wird, als Ziegelsteinbesitzer (Zuruf des Abgeordneten Kurth: dürfen Sie gar nicht zu der Sache reden!) erkläre ich hier vor dem hohen Hause, daß es eine Schande und eine Schmach ist, wie die Arbeitsanstalt Braunweiler bei dem Ziegelsteinbetrieb Schindluder treibt. (Zuruf des Abgeordneten Kolaf: Sie reden pro domo!) Jawohl, ich spreche pro domo und bin dazu legitimiert, weil ich auf diesem Gebiete über Sachkenntnisse verfüge, über die Sie leider nicht verfügen. Hier können Sie sich einmal von mir belehren lassen. Ich lasse mich auch von Ihnen belehren, wenn Sie gute Gedanken haben. (Zuruf: Sie sind unbelehrbar! Weiterer dem Redner zustimmender unverständlicher Zuruf.) — Ich danke schön; wenn Sie im Sachausschuß III gewesen wären, hätte ich nicht die Minderheit bekommen. —

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß man von mir verlangt, jetzt auch Wege zu zeigen, wie man diesen verwünschten Regiebetrieben beikommt. Ich habe es bereits im Ausschuß gesagt und bin auf kein Verständnis gestoßen. Wenn Sie sich einem Gremium gegenüber sehen, dem wirtschaftliche Fragen nicht liegen, dem religiöse und sonstige Fragen besser liegen, dann gehen Sie eher mit dem Kopf durch die Wand, als daß Sie die Mehrheit in einem solchen Ausschuß bekommen. Ich kann nur etwas erreichen, wenn wirtschaftliches Verständnis besteht, wenn für die Nöte des Mittelstandes einmal das richtige Herz gezeigt wird. So kann es nicht weitergehen. Jeder Ziegelbäcker, den die Anstalt Braunweiler hochzieht, kostet 5000 RM. In dem Sachausschuß — man möge mir gestatten, hier darüber etwas zu sagen, weil ich bis heute noch nicht darüber hinweg kann — wurde mir erklärt: Wir beabsichtigen, Führer für die Wirtschaft, demnächstige Meister, heranzubilden. Ich frage die hochgeehrten, klassenbewußten Arbeiter: Wollen Sie eine solche herangezogene Schnapsnase auf die Nase gesetzt haben? Ja oder nein? (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Das ist unerhört! Zuruf des Abgeordneten Janßen: Pfui! Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Seien Sie doch froh, wenn die Leute wieder zum Arbeiten kommen!) Bitte schön, Herr Landesrat, ich habe Ihnen schon gesagt, daß der Vertreter der Verwaltung erklärt hat, daß es sich um Trinker handelt, die Sie immer wieder zurückbekommen, um Leute, die unheilbar sind. (Zuruf des Abgeord-

neten Gerlach: Es wird eine ganze Menge wieder geheilt!) Herr Landesrat, wenn Sie mir keine Antwort auf die Frage geben, ob Sie diese Leute als Vorgesetzte Ihrer klassenbewußten Arbeiter wollen, dann kann ich mich nur an die Wirtschaftler wenden, die mir bestätigen werden, daß sie sich für einen solchen Meister bedanken. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wenn der Mann wieder brauchbar ist, warum denn nicht? Seien Sie froh, daß er wieder zur menschlichen Gesellschaft gehört!) Soviel ich weiß, sind die organisierten Unternehmer und Handwerksmeister noch nicht soweit, daß sie ihre Brauchbarkeit durch das Parteibuch nachweisen. (Abgeordneter Dr. Stein: Sehr gut! Zuruf links: Das ist Ihre ganze Weisheit!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß sehr genau, daß eine solche Sache nicht so ohne weiteres abzubauen ist. Aber man brauchte ja in den letzten Tagen nicht hellhörig zu sein, um zu merken, daß der Wind wieder nach rechts geht. Ich hoffe, daß die Herren, die das wittern, recht behalten, daß ein kräftiger Wind kommt und diese Art Regiebetriebe hinwegfegt. (Abgeordneter Dr. Stein: Sehr gut!) Den Herren Politikern, die das Gras wachsen hören, möchte ich sagen, daß die Bekämpfung der Regiebetriebe eine dankbare Aufgabe ist. Meine Partei ist Regierungspartei geworden. (Zuruf links: Aber was für eine!) Wir wären Ihnen für Ihre Mitarbeit zu Dank verpflichtet und würden uns nach berühmtem Muster erkenntlich zeigen!!

Ich komme jetzt zum Schluß. (Zuruf links: Gott sei Dank!) Ich unterbreche Sie, Herr Kemmer, nachher auch nicht. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Ich habe Sie nicht unterbrochen. Ich bin ganz erschossen, was Sie da für einen Quatsch erzählen!) Also waren es die SPD-Freunde. Die Herren wissen ja, daß zwischen solchen mittelständischen Gedanken und den marxistischen Gesichtspunkten ein Unterschied wie Tag und Nacht ist. Wir brauchen darüber nicht zu reden. Ich bin anders eingestellt. Ich kämpfe hier für meine Ideale, wenn ich sage: Muß denn die öffentliche Hand immer wieder der Totengräber der freien Wirtschaft sein?

Ich bitte, unsere Anträge freundlichst annehmen zu wollen. Damit erreichen wir ja vorläufig nur die Aufmerksamkeit der Verwaltung. Bei meinen Unterhaltungen mit der Verwaltung habe ich festgestellt, daß der zuständige Dezernent wirtschaftliches Verständnis hat. So hoffe ich, daß sich im Interesse der Mittelständler Wege finden lassen, diese verheerende Konkurrenz für den Mittelstand abzubauen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hängen Sie doch die Leute auf, die in den Anstalten sind!)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. H o r i o n : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat uns hier mit großem Nachdruck seine Einstellung zur Tätigkeit der öffentlichen Hand überhaupt und zu den Betrieben der Anstalt Braunweiler im besonderen dar-



gelegt. Was ich aber sehr vermißt habe, ist, daß er uns auch einmal seine Einstellung zu den armen, unglücklichen Menschen dargelegt hätte, die in Brauweiler untergebracht sind (Sehr richtig!) und denen gegenüber wir die heilige Pflicht haben, sie während ihres Aufenthalts in Brauweiler menschenwürdig unterzubringen, menschenwürdig zu beschäftigen, um zu versuchen, sie wieder zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen. (Sehr gut!) Keiner von uns hat das Recht, über diese Menschen in pharisäischer Weise den Stab zu brechen (Sehr gut!), sondern jeder von uns soll unserem Herrgott danken, daß er nicht unter denselben Verhältnissen aufgewachsen ist, nicht in derselben Umgebung gewesen ist und nicht dieselben Naturanlagen mit auf den Weg bekommen hat, denn, wer weiß, wo dann jeder von uns sich auch befände. (Aunter Beifall.) Das ist der Gesichtspunkt, von dem aus wir an die Behandlung dieser Frage herangehen. Für uns kommen in erster Linie die Menschen, die dort untergebracht sind. Für uns steht in erster Reihe die Frage, was wir für diese Menschen tun können und tun müssen. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Zur Sache! Glocke des Vorsitzenden.) Wir müssen für diese Menschen die Anstalt unterhalten und müssen dafür sorgen, daß sie dort sachgemäß untergebracht werden. Infolgedessen rechtfertigen sich ohne weiteres auch die Aufwendungen, die wir für den weiteren Ausbau der Anstalt, z. B. für das Kesselhaus, zu machen haben, wenn die bisherigen Einrichtungen auf diesem Gebiete nicht mehr genügen. Wir sind nicht in der Lage, die Leute etwa im Winter in der Kälte liegen zu lassen (Zwischenruf des Abgeordneten Lessenich. Glocke des Vorsitzenden.), sondern wir müssen sie sachgemäß unterbringen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Lessenich, ich bitte Sie, die Zwischenrufe zu unterlassen. Ich werde Sie sonst zur Ordnung rufen.

Landeshauptmann Dr. Horion (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Wenn wir von diesem Gesichtspunkte ausgehen, dann bin ich natürlich für jede Belehrung dankbar, wie wir etwa die Aufgaben, die wir zu lösen haben, noch besser lösen können. Diese Belehrungen sind uns aber nicht geworden. Vielmehr wird von den Handwerkern gesagt, wir sollten die Leute in der Ziegelei beschäftigen, und von den Ziegeleien wird gesagt: Beschäftigen Sie sie im Handwerk. Infolgedessen haben wir den Grundsatz, möglichst viele Betriebe einzurichten, damit nicht ein Handwerk oder ein Betrieb sich in ganz besonderer Weise darüber beklagen kann, es würde ihm Konkurrenz gemacht. Die Zahlen, die in der Sachkommission mitgeteilt worden sind, haben aber auch ergeben, daß die Quantitäten so gering sind, daß von einer Konkurrenz gegenüber dem Gesamtgewerbe gar keine Rede sein kann. (Sehr richtig!)

Es wurde eben gesagt: Ihr arbeitet unwirtschaftlich, weil Ihr zuviel Leute beschäftigt; Euch kostet jeder

Ziegelstein so und so viel, wenn Ihr die Arbeitskraft der Leute berechnet. Aber das ist es ja gerade, daß wir darauf drängen, nun nicht noch mehr zu produzieren, sondern daß wir möglichst viele Leute bei der Arbeit zu beschäftigen suchen, um eben die Aufgabe ihrer sachgemäßen Unterbringung und Beschäftigung erfüllen zu können.

Wir haben übrigens schon im Jahre 1928 mit dem Verbands der Ziegeleien Rheinlands über diese Angelegenheit eine Korrespondenz gepflogen. Das Ergebnis war ein Schreiben dieses Verbandes vom 30. Mai, in dem es heißt: „Im Verfolg unseres Schreibens vom 14. hatten wir heute Gelegenheit, die gegen die Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler von Mitgliedern unseres Verbandes gemachten Anwürfe zu prüfen und festzustellen, daß in allen uns genannten Fällen von der Provinzial-Arbeitsanstalt kaufmännisch vollkommen richtig gehandelt worden ist.“ (Hört, hört!) „Wir haben die in Frage kommenden Mitglieder entsprechend verständigt.“ Dazu sind die Herren auch jetzt eingeladen, sich die Betriebe anzusehen und dann mit uns zusammenzuarbeiten, um die armen, unglücklichen Menschen, die wir dort untergebracht haben, sachgemäß unterbringen und verpflegen zu können. Aber mit bloßer Kritik an der Tätigkeit der öffentlichen Hand ist es nicht getan.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß es sich bei unseren Betrieben nicht darum handelt, etwa die öffentliche Hand als solche zu propagieren und hochzuziehen. Wir möchten viel lieber keinen einzigen öffentlichen Betrieb haben (Zuruf rechts: Aha!), sondern es handelt sich für uns nur darum, die Personen, die uns — ich möchte sagen — aufgedrängt werden durch die Gesetzgebung, irgendwie zu beschäftigen. Sobald deren Zahl abnimmt, werden auch unsere Betriebe abnehmen. Von uns werden die Betriebe nicht eingerichtet um des Betriebes willen, um einen Gewinn daraus zu erzielen, sondern lediglich, um die gesetzlichen Zwecke zu erfüllen, die uns auferlegt worden sind. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Herr Abgeordneter Lessenich wünscht, daß ein kräftiger Wind käme, der diese Anstalt hinwegfegt. Er braucht sich darüber keine Kopfschmerzen zu machen. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, wie sie heute liegen, werden schon dafür sorgen, daß sich ein gewaltiger Sturm entfacht, der seinen Wünschen entspricht. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Den Wünschen der Wirtschaftspartei?) Wenn Herr Eickmann hier davon spricht, daß in dieser Anstalt junge Leute zu ordentlichen Menschen erzogen werden sollen, so muß ich ihm darauf erwidern, daß diese Erziehung wenig Wert hat. Wenn man Erwerbslose, die heute infolge der kapitalistischen Rationalisierung nirgends Arbeit bekommen können, in den Arbeitsanstalten unterbringt und glaubt, sie dort zu

vollwertigen Arbeitern machen zu können, so hat es doch keinen Wert, daß man sie dazu macht, denn wenn sie aus der Anstalt herauskommen, werden sie so leicht nicht in einem kapitalistischen Betriebe ankommen, und sie werden wieder auf die alte Bummelbahn hinausgeschleudert und sind dann nachher wieder darauf angewiesen, in dieser Anstalt zu enden.

Wir haben eine andere Auffassung von der Rheinischen Provinzialarbeitsanstalt Brauweiler. Wir sagen: Die Rheinische Provinzialarbeitsanstalt Brauweiler ist ein Zwangsinstitut der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in dem man erwerbslose Arbeiter, die durch die Rationalisierung aus den Betrieben hinausgeflogen sind, weiter ausnützt. Das muß festgestellt werden: Die Arbeiter, die in dieser Arbeitsanstalt untergebracht werden, werden dort ausgenutzt und sind außerdem in ihrer Freiheit derart beschränkt, daß man nicht von einem Arbeitshaus, sondern mehr von einer Zwangsarbeitsstätte sprechen muß, in der man diese Leute der Disziplinargewalt der Anstaltsbeamten unterwirft. Wenn die Arbeiter erwerbslos werden — und wir haben doch schon 3 Millionen Erwerbslose in Deutschland — und auf die Landstraße kommen, so ist es selbstverständlich, daß sie Betteln gehen müssen. Wenn man sie dann erwischt, so überweist man sie der Landespolizeibehörde. Der Schluß ist dann Brauweiler. Wir stellen also fest, daß nicht die Opfer, die in dieser Anstalt untergebracht werden, schuld daran sind, sondern daß die Schuld einzig und allein die kapitalistische Gesellschaftsordnung trägt, die solche Mißverhältnisse geschaffen hat.

Daraus ergibt sich für uns von selbst, daß wir einen Etat für die Zwangsarbeitsanstalt Brauweiler ablehnen.

Selbstverständlich versuchen wir als kommunistische Fraktion, das Los der Arbeiter in dieser Arbeitsanstalt in etwa zu bessern. Leider ist das nicht so leicht. Wenn wir die alte Hausordnung mit der neuen vergleichen, so sehen wir schon, daß durch die Arbeit der Kommunisten eine Aenderung zugunsten der Anstaltsinsassen eingetreten ist. Die Kommunisten haben darauf gedrängt, daß man die reaktionäre Hausordnung abschaffe. Trotz alledem ist aber auch die neue Hausordnung noch so reaktionär, daß die Beamten Handhaben genug haben, die Insassen der Anstalt zu unterdrücken. Wir können solche Maßnahmen nicht gutheißen.

Als im vergangenen Jahre eine Anzahl Arbeiter, die mit ihrem Los nicht zufrieden waren, rebellierten, hat man vier Rebellen ohne weiteres in einer Irrenanstalt untergebracht. In dem Moment, wo ein Mensch sieht, daß er unterdrückt wird, und er rebelliert dagegen, bringt man ihn einfach in ein Irrenhaus. Das ist brutal. Wir haben in einer Kommissionsitzung zu der Sache Stellung genommen. Aber in dieser Kommissionsitzung waren wir auf das einseitige Urteil der Anstaltsbeamten und der Provinzialverwaltung angewiesen. Wir selbst hatten keine Gelegenheit, diesen

Fall genügend zu prüfen; wir hatten keine Gelegenheit, mit den Insassen über diese Sache zu sprechen. Deshalb kann uns dieser einseitige Bericht nicht genügen, sondern wir verlangen, daß bei solchen Vorkommnissen die Kommission schnellstens zusammengerufen wird, damit eine Prüfung der Sache angeordnet werden kann.

Solange die Sachen so liegen, wie ich sie eben geschildert habe, werden die Verhältnisse in dieser Anstalt nicht gebessert werden. Wir haben aus diesem Grunde beantragt:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: Die Revisionen der Rheinischen Provinzialarbeitsanstalt durch die Provinzialkommissionen alle Vierteljahre, also viermal im Jahre, vorzunehmen.“

Ich glaube, daß dieser Antrag seinen Zweck erfüllt, wenn entsprechend verfahren wird. Wir müssen darauf drängen, daß diese Revisionen nicht vorher angemeldet werden, sondern unvermutet erfolgen. Es ist klar, daß wenn solche Revisionen angemeldet werden, dann, wenn die Kommission kommt, sie alles anders findet, als es in Wirklichkeit ist.

Dann haben wir noch einen Antrag eingereicht, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: Korrigenden, die infolge schlechter Behandlung durch das Beamtenpersonal oder durch schlechtes Essen gezwungen werden, dagegen zu protestieren, dürfen nicht durch Zwangsmaßnahmen der Anstaltsverwaltung oder gar der Provinzialverwaltung bestraft werden.“

Ueberweisungen von Korrigenden in Irrenanstalten dürfen wegen Protestaktionen der Korrigenden, die wegen schlechter Behandlung derselben durch die Anstaltsbeamten hervorgerufen werden, nicht erfolgen.

Bei allen in der Anstalt vorkommenden Protestaktionen der Korrigenden ist sofort die Provinzialkommission zu einer Sitzung zusammenzurufen, die eine Kontrolle der vorgekommenen Fälle vornehmen muß.“

Ich möchte Sie ersuchen, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben. Es war nichts anderes als eine Protestaktion der unterdrückten Insassen, die zu diesem Fall geführt hat.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Die Reichspartei des Mittelstandes hat sich wirklich ein sehr schlechtes Objekt zur Interessenswahrung ausgesucht. Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes ist in ihrem Kampfe der besondere Stützpunkt für die Bestrebungen der Großindustrie. Sie führt den Kampf gegen die öffentliche Hand, anstatt ihn gegen die Großindustrie zu führen, die die Proletarisierung auch des Mittelstandes herbeiführt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Generaldebatte ist es mein Fraktionsfreund Marx



gewesen, der besonders darauf hingewiesen hat, daß gerade durch die öffentliche Hand, durch Reich, Staat und Gemeinden 9 Milliarden für den Mittelstand an Aufträgen zugeführt werden. Wenn in diesem Umfang dem Mittelstand für seine Wirtschaft Mittel aus der öffentlichen Hand zugute kommen, dann sollte die Reichspartei des Mittelstandes die öffentliche Hand nicht untergraben wollen. Aber hier glaubt der Mittelstand durch die Arbeitsanstalt Braunweiler auf das empfindlichste geschädigt zu werden (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Das ist auch so!), wie es hier heißt. Es ist ja bemerkenswert, daß Ihr Redner, Herr Lessenich, von den gottverfluchten (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Regiebetrieben! Weiterer Zuruf: Schnapsnasen!), ja, Regiebetrieben gesprochen hat. Wir wollen den Ausbau der Regiebetriebe. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Das können wir uns denken!) Sie sind allerdings, wenn sie genügend rentabel gestaltet werden, von der Privatindustrie gefürchtet. Ich verstehe nicht, daß der Mittelstand hier den Wettbewerb ausschalten will. Der Mittelstand sollte den Kampf für die Hebung der Kaufkraft des Volkes mit uns gemeinsam führen; dann würde auch vieles für den Mittelstand wesentlich verbessert werden. Aber hier hat Herr Lessenich in hoher Politik gemacht und hat gesagt: Jetzt weht ein anderer Wind, wir sind jetzt Regierungspartei geworden. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Das hat er ja gar nicht so gesagt!) Sicher; er hat gesagt: Wir sind jetzt Regierungspartei geworden und wenn man uns entgegenkommt, dann werden wir uns auch erkenntlich zeigen. So spricht ein ganz schäbiger Geschäftsmann. Es ist eine Futtertruppenpolitik, die in einer solchen Weise in die Erscheinung tritt. Der Begründer Ihres Antrages hat mit seiner Schnapsnasenpolitik seine eigenen, persönlichen Interessen als Ziegeleibesitzer wahrgenommen. (Zustimmung links. Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Das gehört nicht zur Sache!) Er unterstrich hier selbst seine Sachkenntnis. (Zuruf rechts: Die Sie leider vermiffen lassen!)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Sie haben nicht das Wort.

Herr Abgeordneter **H o f f m a n n**, Sie haben den Ausdruck gebraucht: So spricht ein ganz schäbiger Geschäftsmann. Wenn Sie das in Bezug auf ein Mitglied dieses Hauses gesagt haben sollten, müßte ich Sie zur Ordnung rufen.

Abgeordneter **H o f f m a n n**: Meine Damen und Herren! Herr Lessenich hat dann weiter davon gesprochen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Der gibt ja keine Antwort auf die Frage des Präsidenten!)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e** (zu den Abgeordneten Haake und Lessenich): Ich bitte Sie, sich von hier zu entfernen und Platz zu nehmen. (Zuruf links: Hinsetzen!) Ich bitte nun um Ruhe. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Herr Präsident, Sie haben keine Autorität, lassen Sie doch Ihre Frage beantworten!)

Abgeordneter **H o f f m a n n** (fortfahrend): Der Herr Lessenich hat davon gesprochen (Zuruf des Abgeordneten Haake: So sieht Ihre Geschäftsordnung aus!), daß der Betrieb der Arbeitsanstalt Braunweiler modern eingerichtet und rentabel sei. Der Herr Landeshauptmann hat ja schon die Sachlage richtig geschildert. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Er ist ja gar nicht auf die Sache eingegangen!) Wer wie ich, als Mitglied des Bezirksausschusses, kürzlich die Anstalt besichtigt hat (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Dazu muß man doch Fach- und Sachkenntnis haben! Glocke des Vorsitzenden), der weiß, daß die Ziegelei hier in einer Weise ausgebaut ist, die jeder Kritik standhalten kann. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Das ist es ja gerade!)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Wenn die Schelle hier ertönt, muß auch der Redner einen Augenblick pausen. (Zuruf links: Halt, wenn die Glocke ertönt!) Ich muß den Herrn Abgeordneten Lessenich nochmals darauf aufmerksam machen, daß in dieser Form Zurufe nicht gemacht werden dürfen. Ich möchte bitten, das zu beachten. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Sie haben noch keine Antwort auf Ihre Anfrage an den Redner!)

Abgeordneter **H o f f m a n n** (fortfahrend): Die Ziegelei ist in einer Weise ausgebaut, daß man davon sprechen kann, daß die dort Beschäftigten am fließenden Bande arbeiten. Es ist also eine Einrichtung, wie sie in einem modernen kapitalistischen Betriebe gang und gäbe ist. Daher fürchtet man diese öffentliche Konkurrenz, die aus sozialen Gründen geschaffen worden ist (Hört, hört! links), um eben die betreffenden haltlosen Menschen wieder in den Wirtschaftsbetrieb hineinzu bringen und ihnen wieder die Grundlage zu einer vernünftigen Lebensführung zu geben. Wenn hier in dieser Form gegen eine Provinzialanstalt, die in gewissem Sinne einem Wohlfahrtszwecke dient (Zuruf des Abgeordneten Wohl: Zuchtzwecken dient sie! Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Sie macht die freie Wirtschaft kaputt!)... — Wenn Sie Alimente zu bezahlen haben und erfüllen diese Pflicht nicht, so können Sie auch nach Braunweiler kommen. (Heiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Fabelhaft!) — Jedenfalls ist damit auch angedeutet, welchem Zwecke die Anstalt Braunweiler dient. Wenn hier davon gesprochen wird, daß diese Anstalt Ihnen, Herr Lessenich, persönlich gefährlich wird (Abgeordneter Lessenich: Jawohl!), so müssen wir es erst recht begrüßen, daß der Ausschuß diese Anträge abgelehnt hat.

Mit Recht muß unterstrichen werden, was der Vertreter des Zentrums, Herr Eickmann, gesagt hat, daß wir alles tun müssen, um die Ziegelpreise in der Ziegelei möglichst billig zu gestalten. Die Baumaterialien sind sowieso teuer genug. Wenn durch eine provinzielle Ziegelei eine Verbilligung der Baumaterialien herbeigeführt wird, so hat das einen doppelten Zweck. Es wird dazu führen, daß wir auf diesem

Gebiete Gemeinnützigkeit mit sozialen Grundlagen schaffen. (Zuruf: Ihre Redezeit ist abgelaufen!) Das geht Sie doch nichts an.

Jedenfalls haben wir festzustellen, daß bezüglich dieser ganzen Fragen Ihr Kampf ein Kampf gegen Windmühlen ist. Wir als Vertreter der großen Masse der Bevölkerung legen Wert darauf, daß nicht irgendwie die Interessen der Großindustrie hier wahrgenommen werden, wie Sie es tun. (Zuruf rechts: Des Handwerks!) Sie haben vielmehr alle Veranlassung, mit uns gemeinsam für die Hebung der Kaufkraft des Volkes einzutreten. Das ist besser, als in dieser Weise eine Wirtschaftsordnung zu verteidigen, die ihre Rechtsgrundlage verloren hat. (Zuruf: Karl-Marx-Erfaß!) Wenn wir gerade hier feststellen, daß auf diesem Gebiete die öffentliche Hand ihre Aufgaben in bester Weise erfüllt, so haben wir alle Veranlassung, zu begrüßen, daß die Provinz in diesem Falle die Baumaterialienverbilligung durch ihre Anstalt mit herbeiführt und damit den Wohnungsbau fördern hilft. (Zuruf rechts: Wir danken für Ihre Belehrung!)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter **Haake**.

Abgeordneter **Haake**: Soeben ist in diesem Hause ein außerordentlich bezeichnender Zwischenfall passiert. Der Herr Abgeordnete **Hoffmann** erklärte in seinen Ausführungen wörtlich, so wie Herr Abgeordneter **Vessenich** von der Wirtschaftspartei gesprochen habe, spräche nur ein ganz schäbiger Geschäftsmann. (Sehr richtig! links.) Dasselbe wird jetzt drüben wieder behauptet, ohne daß der Herr Präsident eingreift. Wir haben uns eben schon darüber gewundert, daß der Herr Präsident es nicht für notwendig befand, diese doch tatsächlich fast bodenlose Beschimpfung eines Mitgliedes dieses Hauses zu rügen. (Glocke des Vorsitzenden. Zuruf links: Was haben Sie denn gestern alles gesagt?) Daß man diese bodenlose Beschimpfung eines Abgeordneten nicht rügt, ist für uns Nationalsozialisten wieder ein Beweis für die Richtigkeit dessen, was wir gestern bereits gesagt haben, daß die Verschärfung der ganzen Geschäftsordnung, namentlich die Einfügung des § 28, nicht nur auf uns Nationalsozialisten zugeschnitten ist, sondern daß sie auch dazu dient, um die Minderheiten dieses Hauses zu unterdrücken.

Der Herr Präsident hat dann weiter an den Abgeordneten **Hoffmann** die Frage gerichtet, ob er mit diesen Worten ein Mitglied des Hauses gemeint habe. Dem Abgeordneten **Hoffmann** ist es aber nicht eingefallen, dem Herrn Präsidenten darauf zu antworten. (Hört, hört! rechts. Glocke des Vorsitzenden.) Der sozialdemokratische Abgeordnete **Hoffmann** hat ruhig weiter gesprochen, und der Herr Präsident hat sich wieder einmal das Szepter aus der Hand nehmen lassen, weil er ein sozialdemokratischer Parteigenosse von ihm ist, und hat keine Antwort von dem Abge-

ordneten **Hoffmann** verlangt. (Zuruf links: Unerhört!) Daraus erkennen wir Nationalsozialisten, daß in Wirklichkeit die Obstruktion in diesem Hause nicht von den Minderheiten gegen Mehrheit getrieben wird, sondern daß die Obstruktion in diesem Hause von der Mehrheit gegen die Minderheiten ausgeht. Wir Nationalsozialisten erkennen, daß es höchste Zeit war, daß wir in dieses Haus einzogen. (Seiterkeit.) Wir Nationalsozialisten werden die Minderheit dieses Hauses organisieren und zum Kampfe führen gegen den Terror, der bisher in diesem Hause seitens der Mehrheitsparteien geübt worden ist. (Bravo! und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Herr Abgeordneter **Dr. Knust** zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter **Dr. Knust**: Der Herr Abgeordnete **Hoffmann** hat in seinen Ausführungen eine Äußerung getan, die offenbar eine Beleidigung des Abgeordneten **Vessenich** darstellen sollte. Der Herr Präsident hat darauf die Frage an ihn gerichtet, ob er die Äußerung in dieser Form getan hätte. (Zuruf des Abgeordneten **Haas**: Die Frage hat er nicht gestellt!) Er hat sie wohl gestellt, Herr Abgeordneter **Haas**. Aber das stelle ich jetzt vor der Tribüne des Hauses fest, daß Ihr Fraktionskollege **Hoffmann** nicht den Mut gehabt hat — Herr Abgeordneter **Haas** —, die Frage des Herrn Vorsitzenden zu beantworten. Diese Feststellung genügt uns zur Charakteristik der Ausführungen, die hier gemacht werden sollten, die man also nur den Mut gehabt hat, anzudeuten, nicht aber vorzutragen. (Sehr richtig! rechts.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Ich habe fast wörtlich gesagt: Herr Abgeordneter **Hoffmann**, wenn Sie mit Ihrer Bemerkung ein Mitglied des Hauses gemeint haben sollten, dann müßte ich Sie zur Ordnung rufen. (Sehr richtig! links. Zuruf des Abgeordneten **Dr. Ley**: Dazu haben Sie nicht den Mut!) Damit habe ich die Sache an sich schon gerügt. (Oh-rufe rechts.) Herr Abgeordneter **Hoffmann** ist weiter auf die Sache nicht mehr eingegangen, und ich betrachte jetzt die Angelegenheit als erledigt. (Zuruf des Abgeordneten **Vessenich**: Ich nicht! Weiterer Zuruf rechts: Sie haben eine eigenartige Geschäftsführung!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter **Kuhnen**.

Abgeordneter **Kuhnen**: Nachdem Herr **Dr. Knust** das hat zurückweisen wollen, muß ich jetzt darauf kommen, daß Herr **Vessenich** hier unwiderrspochen dauernd von den Insassen der Anstalt **Brauweiler** als von Schnapsnasen geredet hat. Das ist bisher im rheinischen Provinziallandtag nicht üblich gewesen. (Unruhe rechts. Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender **Eberle**: Wir fahren in der Aussprache fort. Herr Abgeordneter **Kahmann** kann nicht mehr das Wort erhalten, weil die Wirtschaftspartei ihre Redezeit schon ausgenutzt hat.



Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Die Diskussion innerhalb der bürgerlichen Parteien zeigt — und das scheint mir das wichtigste an der Sache zu sein — die unüberwindlichen Gegensätze in den einzelnen Gruppen der Bourgeoisie.

Nun ein Wort an Herrn Lessenich. Herr Lessenich, ich wiederhole Ihnen dasselbe, was Herr Hoffmann von der SPD. gesagt hat: Aus Ihnen spricht nicht nur ein Geist, den man tatsächlich Geist eines schäbigen Kleinbürgers nennen darf, sondern auch der ganze unberechtigte geistige Hochmut eines Spießbürgers, der es sich erlaubt, ein Opfer des eigenen Systems mit unflätigen Worten zu belegen. (Zustimmung links.) Aber das, was Sie ausgesprochen haben, ist charakteristisch für die ganze Bourgeoisie. Sie reden davon, und der Herr Landeshauptmann Horion hat das hier unterstrichen, daß Sie Sozialpolitik treiben wollen und treiben, um der Not der Menschen willen. Ihre Ausführungen (zur Rechten) sind die Meinungen der ganzen Bourgeoisie über dieses Fragegebiet. Die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit treibt die soziale Wohlfahrtspflege nicht aus den Gründen, die Sie immer und immer wieder herausstellen, sondern sie treibt Sozialpolitik, wie Sie es auch hier klar gezeigt haben, als Notbehelf, zwangsläufig, um die Klasse der Bourgeoisie zu stützen.

Nun ein Wort an den Herrn sozialdemokratischen Sprecher. Er sagt: Die Regiebetriebe sind das, was wir wollen, und wir wollen ihren Ausbau. Darüber läßt sich mit ihm sehr streiten. Regiebetriebe, die die Kommunen unterhalten, werden nach denselben kapitalistischen Grundätzen aufgezogen, die auch für die Betriebe der Privatindustrie gelten. Da wird der Arbeiter genau so ausgebeutet; da wird durch Treiben der Preise genau so eine Gewinnwirtschaft getrieben wie überall in der Privatwirtschaft. Also Regiebetriebe sind nicht das, was den Arbeiter aus seinem Elend herausführen könnte. Aber unterstreichen muß werden, daß Sie sagen: Die Arbeitsanstalt Brauweiler ist nur deshalb zu einer Konkurrenz für den Mittelstand geworden, weil sie einem sozialen Zwecke dient. Herausstreichen muß man die Tatsache, daß Sie als Vertreter der Sozialdemokratie damit die Arbeitsanstalt Brauweiler als etwas Wichtiges und Berechtigtes, als eine „soziale“ Einrichtung hingestellt haben.

Nun zurück zum Herrn Landeshauptmann. Er sprach hier triefend, wie das so die Art der Bourgeoisie ist, von den armen, unglücklichen Menschen, die dort untergebracht werden. Die armen, dort untergebrachten unglücklichen Menschen — ich habe das schon einmal gesagt — sind Opfer des Systems, das Sie ihnen aufgezwungen haben. Aber nicht das wollte ich ihnen aufzeigen, ich wollte aufzeigen, daß mit Ihrer Zustimmung die Behandlung und Beschäftigung dieser

„armen, unglücklichen Opfer“ — à la Landeshauptmann Horion — so ist, daß das Letzte an Arbeitskraft aus den Leuten herausgeholt wird. Das steht in der Hausordnung, die Sie in der vorigen Legislaturperiode beschlossen haben. Das ist die Rehrseite der Medaille. Sie als die wichtigsten Vertreter der Bourgeoisie treiben Sozialpolitik auch unter dem Gesichtspunkte, möglichst viel aus den Leuten herauszuschinden. Daher die maßlose Ausbeutung.

Nun ein Wort an Herrn Lessenich. Es ist sehr billig, sich hinzustellen und als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft zu sagen: Es muß aufhören, daß der Mittelstand durch die Regiebetriebe bedroht wird. Wenn man Bürger ist, muß man sich darüber klar sein, daß die Bourgeoisie die Anstaltsinsassen irgendwie gewinnbringend beschäftigen muß. Es gibt keine richtige Anstaltsarbeit, die nicht irgendeinen Zweig des Mittelstandes als Konkurrenz trifft. Ob man sie mit Landwirtschaft oder als Handwerker beschäftigt, stets ist ein Glied des Mittelstandes durch die Produktion ihrer Arbeitskraft irgendwie gefährdet. (Zuruf rechts: Deshalb braucht man keine Schmutzkonkurrenz zu machen!) Das ist ja das, was nicht wahr ist an Ihrer Darstellung; es ist keine Schmutzkonkurrenz; es wird nicht etwa mit höchstqualifizierten, sondern mit rückständigen Maschinen produziert. Wenn Sie die Produktion dieser Betriebe eine Schmutzkonkurrenz nennen, so liegt das nur darin begründet, daß infolge dieser „Schmutzkonkurrenz“ der Regiebetriebe Ihnen die maßlose Profitwirtschaft von früher nicht mehr möglich ist. Sie wehren sich doch nur gegen Ihre angebliche Bedrohung, weil in der heutigen Situation Ihnen das maß- und ziellose Ausbeuten der Proletarier nicht mehr möglich ist. Könnten Sie die Proleten noch so ausnützen, wie das vor dem Hochkommen des Großkapitals und der Großindustrie Ihnen möglich war, und wäre Ihrer Ausbeutungsmöglichkeit durch die Rationalisierungsmethoden der Großbetriebe keine Grenze gesetzt, so wären Sie heute nicht in der scheinbaren Front derjenigen, die gegen das Großkapital vorgehen. Weil Sie nicht so großkapitalistisch sein können wie das Großkapital selbst, deshalb predigen Sie von einem Widerstand, den man dem Großkapital entgegensetzen müßte. Ihr Kampf besteht nur darin, daß Sie dem Großkapital die glänzende Ausbeutungsmöglichkeit der breiten Massen neiden. Sie wollen sich auch diese maßlose Ausbeutungsmöglichkeit schaffen. Wir sagen Ihnen, daß man dem Begriff „Mittelstand“ mit diesen Mätschen nicht mehr helfen kann. Was die wirklich notleidenden Kleingewerbler bedrückt, liegt nicht daran, daß in Brauweiler einige hundert Mann Ziegel haben, sondern daran, daß das Großunternehmertum, die Großindustriellen, dank der Tatsache, daß sie über das Kapital verfügen, wie es ihnen nicht zur Verfügung steht, daß sie über die notwen-

digen Produktionsmaschinen verfügen und ihre Betriebe rentabler ausgestalten, als der Kleinbetrieb es kann (Blode des Vorsitzenden), in der Lage sind, es an die Wand zu quetschen. Sie halten den Vernichtungsprozeß des Mittelstandes, der vom Großunternehmertum ausgeht, nicht dadurch auf, daß Sie eine Scheinopposition gegen den Großkapitalismus treiben. Das mußte Ihnen einmal ganz deutlich gesagt werden.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Kurth**. (Abgeordneter **Kurth**: Ich verzichte im Interesse der Tagesordnung! Zuruf des Abgeordneten **Kenner**: Es wäre gut gewesen, wenn Sie sich zu den Regiebetrieben einmal geäußert hätten!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter **Büchsenbüch**.

Abgeordneter **Büchsenbüch**: Es wird nach den temperamentvollen Ausführungen der beiden Seiten nicht ganz einfach sein, die Situation auf das Maß dessen zurückzudrehen, auf das sie gehört. Wer wie ich Gelegenheit hat, des öfteren diese ganzen Betriebsmöglichkeiten und ihre Handhabung in der Arbeitsanstalt Brauweiler zu besichtigen, wird zweifellos zu einem anderen Schluß kommen, als zu fordern, daß kaufmännische Buchführung für die einzelnen Abteilungen eingerichtet werde. Er wird auch nicht darauf kommen können, zu verlangen, daß die Produktion auf die Arbeitsanstalt beschränkt werde. Die Arbeitsanstalt Brauweiler hat doch einen bestimmten, ausgesprochenen Erziehungscharakter für die Gesamtprovinz und den einzigen Zweck, einer Reihe von unglückseligen Opfern der gegenwärtigen Zustände und solcher, die dies mit mehr oder weniger eigener Schuld geworden sind, Arbeit zu beschaffen. (Zuruf des Abgeordneten **Lessenich**: Dedlandkulturen, Herr Abgeordneter! Jeder Siedler kostet weniger als ein Erwerbsloser, das wissen Sie doch auch, Herr Abgeordneter!)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Herr Abgeordneter **Lessenich**, Sie haben doch vorhin, glaube ich, 15 Minuten zu diesem Gegenstande geredet. Ich möchte Sie nun bitten, die anderen Redner auch ruhig aussprechen zu lassen. (Zuruf des Abgeordneten **Haake**: Ihr habt zuviel Punkte auf der Tagesordnung, das ist der Witz!)

Abgeordneter **Büchsenbüch** (fortfahrend): Wer von dem Grundsatz ausgeht, daß es für eine Arbeitsanstalt mit Zufassen der verschiedensten geistigen, körperlichen und moralischen Schwächen genügt, einfach zu sagen: Macht Dedlandkulturen, der versteht von dem Kram absolut nichts. Wenn man diese Forderung aufstellen will, so setzt das schon bestimmte Dinge voraus, die für diese Leute nicht vorhanden sind und für die sie nicht verantwortlich gemacht werden können. (Zuruf des Abgeordneten **Lessenich**: Sind Sie deutschnational?) Das spielt hier keine Rolle und geht Sie nichts an, Herr Abgeordneter **Lessenich**, sondern ich rede hier als

Abgeordneter, wie ich die Dinge sehe. Hier dreht es sich nicht darum, ob Regiebetrieb oder nicht Regiebetrieb. Hier gilt es, für die Zufassen der Arbeitsanstalt Brauweiler Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wer diese Beschaffung der Arbeitsmöglichkeit nicht verneint, muß folgerichtig auch die Konsequenz daraus ziehen und kann sich nicht hinstellen und nur Dedlandkulturen fordern. Herr Abgeordneter **Lessenich**, ich will Ihnen eine Frage vorlegen: Sie sind als Wirtschaftsparteiler doch für Sparsamkeit. Können Sie sich vielleicht ein Bild machen, was es bedeutet, die Korrigenden mit Dedlandkulturen zu beschäftigen, und was das an Aufsichtspersonal kostet? (Abgeordneter **Lessenich**: Ja!) Wenn Sie die Frage der Beschäftigung aus dem Etat der Anstalt herausgreifen, müssen Sie logischerweise, wenn Sie die Betriebe kaufmännisch auch ohne Verdienst einstellen wollen, doch die weitere Folgerung ziehen, daß die Erträgnisse nicht letzten Endes nur für die Arbeitsanstalt Brauweiler verwandt werden können, ohne die Gesamtkosten für den einzelnen Zufassen höher zu schrauben. Ich stehe persönlich auch auf dem Standpunkt, das die Arbeitsanstalt Brauweiler mit ihren wirtschaftlichen Einrichtungen das allerungeeignetste Objekt ist, um hier die Frage: Regie- oder nicht Regiebetrieb zu klären (Zuruf des Abgeordneten **Lessenich**: Irrtum!), sondern die Frage der Betriebe der Anstalt ist zu stellen unter dem Gesichtspunkt des Charakters der Anstalt, der Zufassen und der Arbeitsbeschäftigung derselben. Wenn man das tut, kann man von einer Schmutzkonkurrenz oder von einer Konkurrenz überhaupt nicht reden. Wenn die Leute aus der Arbeitsanstalt entlassen werden, sollen sie in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden. Letzten Endes soll in der Anstalt die ganze Arbeit darauf hinauslaufen, die Moral der Leute, die dorthin kommen, zu heben, um ihre Zurückführung in die Wirtschaft zu ermöglichen. Die Konkurrenz der Anstalt für ein paar Leute muß man um dieser Möglichkeiten hintanzustellen, gegenüber den Möglichkeiten der sonstigen Schädigung des gesamten Volkes und der Wirtschaft, sowie der Kosten, die der Provinz erwachsen. Wenn Sie von diesem Gesichtspunkte und nicht persönlich die Sache betrachten, dann bin ich bereit, bei jeder Gelegenheit, bei jedem Anlaß über die Frage: Regie oder nicht Regiebetriebe mich zu unterhalten. Aber die Arbeitsanstalt Brauweiler und ihre Betriebe — das möchte ich nochmals unterstreichen — scheint mir dazu am wenigsten geeignet zu sein.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter **Simon**.

Abgeordneter **Simon**: Wir Nationalsozialisten sehen in dem Bild, das das Hohe Haus eben geboten hat, das Abbild eines Volkes, das durch die wahnsinnige Erfüllungspolitik einerseits und durch die par-



lamentarisch-demokratische Regierungsform andererseits derart verarmt ist, daß die Klassegegensätze immer schärfer und markanter hervortreten müssen. Wenn eben die Wirtschaftspartei einen Antrag eingebracht hat, dem wir Nationalsozialisten ebenfalls nicht zustimmen, und wenn Sozialdemokraten und Kommunisten scharfe Front gegen den Antrag machen, so bin ich als Nationalsozialist nicht so unobjektiv, daß ich die Wirtschaftspartei für die Lage verantwortlich mache, aus der heraus sie zu diesem Antrage gezwungen worden ist. Für diesen Antrag verantwortlich sind letzten Endes die Parteien, die eine Lage hervorgerufen haben, die den Mittelstand veranlaßt, solche Anträge zu stellen. Die Parteien, die den Mittelstand derartig zugrunde gerichtet haben, sind in erster Linie das Zentrum und die Sozialdemokratie. Sie haben es soweit gebracht, daß der Mittelstand heute zu Mitteln greifen muß, die wir Nationalsozialisten, die wir ebenfalls mittelstandsfreundlich sind, nicht billigen können. Wenn Sie den Mittelstand nicht in diese Lage gebracht hätten, wären die Fragen wahrscheinlich von ganz anderen Gesichtspunkten aus besprochen worden, als es eben geschehen ist. Für uns ist die Frage, wie man die Leute in Brauweiler beschäftigt, weder eine wirtschaftliche noch eine politische Frage; es sollte eine erzieherische Frage sein. Die Frage muß lauten: Wie kann man Menschen, die trunksüchtig oder geisteskrank sind, so erziehen, daß sie sich wieder dem normalen Menschen nähern? Diese Frage kann nur dahin beantwortet werden: Trunksüchtige und Geisteskrante, die in der Regel schon nicht mehr zu den Jugendlichen zählen, kann man nur erziehen, indem man sie mit praktischer, werteschaffender Arbeit in Verbindung bringt. Die Erziehung wird umso bessere Folgen haben, je wertvoller, je schöpferischer und gestaltender die Arbeit ist, mit der man diese Menschen in Verbindung bringt.

Weil das so ist, können wir Nationalsozialisten uns dem Antrage der Wirtschaftspartei nicht anschließen. Wir verlangen aber, daß diese Anstalten kein Dumping treiben dürfen (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten!), daß sie nicht ihre Arbeit zu solchen Preisen oder Bedingungen liefern, wie es ein Mittelständler unter normalen Bedingungen nicht tun kann. Wir möchten also den Antrag dahingehend erweitert wissen, daß es den Anstalten verboten wird, Arbeiten unter Preis anzubieten. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten. Zuruf des Abgeordneten Kurth: Für jeden hat er etwas!)

Wir Nationalsozialisten verlangen eine schärfere Beaufsichtigung der Anstalten, auch in einer Beziehung, wie es bisher noch nicht geschehen ist. Wir verlangen eine schärfere Beaufsichtigung dieser Anstalten hinsichtlich der Propaganda gewisser Parteien, die ihre letzte Hoffnung in Zuchthäusern und Strafanstalten sehen, und auch hier, wo halbwüchsige, unmündige Menschen vorhanden sind. Wir denken hier an die

kommunistische Propaganda. Nachdem der Kommunismus soweit auf den Hund gekommen ist, daß die anständige Arbeiterschaft weit von ihm abrickt, ist er gezwungen, in Zuchthäusern unter Sträflingen und auch hier in diesen Anstalten seine wahnsinnige Propaganda zu entfalten. Wir Nationalsozialisten verlangen, daß die Anstalten ein schärferes Auge darauf haben, daß das marxistische Zerlegungs Gift von den Menschen ferngehalten wird, die durch den Marxismus nur noch unglücklicher gemacht werden können, als sie es ohnehin schon sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Stellvertretender Vorsitzender G e b e r l e : Das Wort hat Herr Abgeordneter K o l a f.

Abgeordneter K o l a f : Meine Damen und Herren! Nur einige Bemerkungen. Die letzten Ausführungen des Vertreters der „National-Kapitalisten“, nicht der Nationalsozialisten, wie sie sich hier darstellen, haben bewiesen, daß die Wirtschaftspartei und diese National-Kapitalisten so quasi dieselben Interessen vertreten. Wir haben in den letzten Tagen nicht nur in der Debatte, sondern auch bei den verschiedensten Abstimmungen beobachten können, daß die Interessen der Wirtschaftspartei, von der ich dieser Tage schon einmal gesagt habe, daß sie eine ausgesprochene Partei des persönlichen Egoismus und der persönlichen Profitsucht ist, von den Nationalkapitalisten vorzüglich gewahrt werden. Es ist notwendig, das hier festzustellen.

Wenn Herr Abgeordneter Lessenich hier immer und immer wieder von den Interessen der Wirtschaftspartei sprach und dabei erklärte, daß er Ziegeleibesitzer ist, so riecht das sehr stark nach direktem persönlichem Interesse. (Abgeordneter Lessenich: Sehr richtig!) Er sagt auch: Sehr richtig! (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Meine Sachkenntnis rührt daher, Herr Abgeordneter!) Das ist bei der Wirtschaftspartei ganz natürlich und auch verständlich. Sie sind, wie Sie selbst zugeben, eine ausgesprochene Partei des persönlichen Geldsachinteresses. Ich würde, wenn ich Ziegeleibesitzer und Mitglied der Wirtschaftspartei wäre, jedenfalls einen anderen Kollegen meiner Fraktion mit der Vertretung meiner persönlichen Interessen hier beauftragt haben. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Wir wollen Ihnen Sachkenntnis bieten an Stelle von Worten, die nichts bedeuten!) Pro domo zu reden, ist im gewöhnlichen Leben schon unter anständigen Menschen nicht üblich; aber bei der Wirtschaftspartei ist das einfach selbstverständlich. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Injurie, Herr Vorsitzender!)

Dann haben Sie — das hat der Herr Landeshauptmann hier schon eindeutig zurückgewiesen — diese armen Geschöpfe der Provinzialanstalten, diese zum Teil demoralisierten Menschen hier nicht nur einmal, sondern ein halbes Dutzend mal mit dem ganz gewöhnlichen Ausdruck „Schapsnasen“ bezeichnet. (Zuruf des Abgeordneten Lessenich: Ein Kölner Ausdruck, Herr Abgeordneter!) Das ist eine unerhörte Beleidigung, eine unerhörte Injanzierung der Menschen, die zum größten

Teil durch die heutige Gesellschaftsordnung in diese Zustände und in dieses Elend hineingestürzt worden sind. (Zuruf des Abgeordneten Simon: Durch Sie selbst, durch Ihre Politik!) Wir weisen jedenfalls eine solche unerhörte Beleidigung dieser armen Geschöpfe ganz entschieden und eindeutig hiermit zurück. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Opfer Ihres Staates!)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. **L e y**: Die Herren Sozialdemokraten haben, wie es scheint, schon etwas von uns gelernt: das Wortspiel. Bei uns ist, seit ich und wir alle in der Partei tätig sind das Wort „Kapitaldemokraten“ als bezeichnend für die Sozialdemokraten immer maßgebend gewesen. Jetzt auf einmal versucht der Herr Kollege von der Sozialdemokratischen Partei mit einem kleinen Mädchen hier diese Dinge aus der Welt zu bringen. (Zuruf des Abgeordneten Haake: Die machen ja nur Mädchen!) Glauben Sie nicht, meine Herren, daß Sie den Eindruck im Volke verweischen können, daß Sie letzten Endes dafür verantwortlich sind, daß Anstalten wie Braunweiler zu klein werden, daß immer wieder neue Korrigenden hineinkommen. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Hören Sie auf!) Das ist eben das Elend von heute. Vom Erwerbslosen sinken sie herab, und immer mehr und mehr ergeben sie sich letzten Endes, weil sie keinen Ausweg aus diesem Elend sehen, dem Alkohol. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Sind Sie auch erwerbslos?) Das sehen wir heute in diesem Staat; das ist das Letzte. (Zuruf des Abgeordneten Kolafß: Nehmen Sie sich in acht, daß Sie nicht auch einmal da landen!) Wenn Sie von der Kommunistischen Partei derartig über diese Dinge urteilen, wie sich das in Ihren Ausdrücken zeigt, so ist das eben ein Beweis dafür, daß Ihnen das Elend der Arbeitslosen, wie wir es immer wieder betonen, lediglich zur Agitation dient (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten); daß es Ihnen lediglich dazu dient, Ihr Partei-süppchen daran zu kochen. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Herr Ober, ein Kirchwasser! Heiterkeit.) Daß Sie über das Elend der Arbeitslosen lachen, das stellen wir wiederum fest. (Zuruf des Abgeordneten Haake zu den Kommunisten: Macht nicht, daß wir Euch mal was von einem preußischen Abgeordneten erzählen! Un-dauernde Zurufe der Kommunisten und Nationalsozialisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Herr Abgeordneter Haake, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß der Herr Präsident heute morgen bei der Eröffnung der Sitzung mitgeteilt hat, der Nestenrat ver-lange vom Vorsitzenden, daß er nicht dulde, daß die Abgeordneten hier herumlaufen und Zwischenrufe machen. Das gilt besonders auch für Sie.

Die Aussprache ist geschlossen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter **Wizler**.

Abgeordneter **Wizler**: Meine Damen und Herren! Ich habe mir soeben erlaubt, den Herrn Präsidenten zu

einer persönlichen Bemerkung ums Wort zu bitten, weil unsere Partei soeben von dem Abgeordneten Kolafß in ganz unerhörter Weise angegriffen worden sei. Der Herr Präsident hat mir darauf erklärt, er könne mir dazu das Wort nicht geben, weil es sich nicht um eine persönliche Angelegenheit, sondern um eine Angelegenheit der Partei handele. Ich möchte bitten, doch das Haus entscheiden zu lassen, ob ich nicht aus einem solchen Grunde das Recht habe, zu einer persönlichen Bemerkung das Wort zu erbitten. Die Parteien sind hier in geradezu unerhörter Weise herabgewürdigt worden.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Demgegenüber muß ich doch feststellen, daß wir zu ganz unmöglichen Zuständen kommen würden, wenn wir auch bei den schärfsten Angriffen, die gegen eine Partei gerichtet sind, hier mit Ordnungsrufen vorgingen. Wir würden ja aus den Ordnungsrufen überhaupt nicht mehr herauskommen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Bei der Sozialdemokratie ja!) Nein, ich nehme davon niemand aus. Ich kann nur dann einschreiten, wenn jemand persönlich angegriffen wird. Aber wenn Angriffe auf die Parteien erfolgen, so muß das hier ausgetragen werden.

Im übrigen will ich bemerken, daß auch, wenn Parteien angegriffen worden sind, nicht jedes Mitglied der Partei das Recht hat, in einer persönlichen Bemerkung auf diese Angriffe zu antworten. Daran muß ich festhalten.

Zur Geschäftsordnung Herr **Selbmann**.

Abgeordneter **S e l b m a n n**: Ich möchte nur folgendes zur Geschäftsordnung sagen. Wir haben von vornherein gegen jede Verschlechterung der Geschäftsordnung gekämpft. Wir haben von vornherein betont, daß sich die Verschlechterung der Geschäftsordnung lediglich gegen die von den revolutionären Arbeitern hierher geschickten Vertreter richtet. (Zuruf des Abgeordneten Haake: So siehst Du gerade aus!) Wenn wir die Tagung von gestern und heute verfolgen, so stellen wir fest, daß die Nationalsozialisten sich all-erhand herausgenommen haben (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Gott sei Dank!), daß aber gegen sie die Geschäftsordnung keineswegs so angewandt worden ist, wie sie gegen die Kommunisten angewandt worden wäre. (Abgeordneter Dr. Ley: Na, na!) Wenn vorhin der Herr Abgeordnete Haake gesagt hat, er werde die Minderheiten organisieren, so wollen wir ihm bloß erklären . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung. Sie gehen ja sachlich auf das ein, was Herr Abgeordneter Haake gesagt hat.

Abgeordneter **S e l b m a n n** (fortfahrend): Nein, Herr Vorsitzender, ich spreche zu dem, was Sie jetzt gesagt haben, zur Frage des Vorgehens gegen einzelne renitente Abgeordnete. Ich muß deshalb, weil der Abgeordnete Haake etwas über die Minderheiten gesagt hat, zu denen wir auch gehören, dazu auch etwas sagen. (Glocke des Vorsitzenden.) Wenn Herr Abgeordneter



Haake gesagt hat, er werde die Minderheit organisieren, so sagen wir ihm: Seine sogenannte Opposition, die er hier macht, hat mit dem, was wir machen, absolut nichts zu tun.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das ist nichts zur Geschäftsordnung. Ich rufe Sie zur Sache.

Abgeordneter Selbmann (fortfahrend): Dann will ich, auf die Gefahr des zweiten Rufs zur Sache, dem Herrn Abgeordneten Ley noch folgendes sagen: Sein Geschrei hat nur die eine Ursache, daß er seinen Abscheu gegen den Parlamentarismus fortgesetzt in Alkohol ertränken muß. Mit wirklicher Opposition hat sein Vorgehen nichts zu tun.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache.

Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Lessenich.

Abgeordneter Lessenich: Meine Damen und Herren! Die mir von dem Abgeordneten Hoffmann zugefügte Injurie (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Was war das, eine Zichorie?) beantworte ich damit, daß ich bemerke: Ich sehe es als die größte mir gebotene Kränkung an, daß er mich dazu aufgefordert hat, mit ihm Seite an Seite zu kämpfen. (Hört, hört! links.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Haake.

Abgeordneter Haake: Auf die Bemerkung des Abgeordneten von der Kommunistischen Partei, Selbmann, muß ich sagen: Wenn er tatsächlich der Auffassung gewesen ist, daß wir Nationalsozialisten mit der Organisation der Minderheiten dieses sogenannten hohen Hauses auch die Kommunistische Partei gemeint haben, dann bewundere ich seine Einbildungskraft. (Bravo! rechts. Heiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Man sprach heute morgen von der Würde des Hauses. Wenn die Kommunistische Partei, Herr Abgeordneter Selbmann, den Kampf in dieser Weise gegen uns weiterführen will, so ist das eine Geschmacksache. Darüber streiten wir uns mit den Kommunisten sicherlich nicht. Aber ich empfehle dem Herrn Abgeordneten Selbmann, sich (Zuruf links: einen Steinhäger zu kaufen!) den Wuttki für seine Wolgafaschisten kommen zu lassen, damit sie etwas mehr Geist, wenn es auch nur Alkoholgeist ist, bekommen. (Beifall und Lachen bei den Nationalsozialisten. Zuruf links: Aus Ihnen spricht der Alkoholgeist!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Punkt 26 wird unveränderte Annahme vorgeschlagen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen.

Punkt 27 desgleichen. Auch hier ist so beschlossen.

Zu Punkt 28 wird Ablehnung des Antrages der Wirtschaftspartei beantragt. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Sachausschusses zustimmen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Bei Punkt 29 wird ebenfalls Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Bei Punkt 30 bitte ich diejenigen, die auch hier Ablehnung nach dem Antrage des Sachausschusses beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 31 wird ebenfalls vom Sachausschuß Ablehnung beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Bei Punkt 32 wird unveränderte Annahme vorgeschlagen. Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Punkten 33, 34, 35 und 36. Zu allen diesen Punkten ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Ruhnen.

Abgeordneter Ruhnen: Der Sachausschuß III schlägt vor, den Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Zunahme der vom Landesfürsorgeverband unterzubringenden Geisteskranken und die Schaffung weiterer Anstaltsplätze durch Ausbau der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Udernach unverändert anzunehmen.

Zu Punkt 34 empfiehlt der III. Sachausschuß auch unveränderte Annahme.

Bei Punkt 35 — das ist der nationalsozialistische Antrag — empfiehlt der Sachausschuß III Ablehnung.

Bei Punkt 36 empfiehlt der Sachausschuß unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Die starke Zunahme der Geisteskranken in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten und auch in den Privatanstalten ist hauptsächlich zurückzuführen auf die schlechte Wirtschaftslage, die wiederum durch die kapitalistische Rationalisierung usw. hervorgerufen ist. Wir wissen, daß die heutigen Verhältnisse der Arbeiterklasse derart zusetzen, daß die Arbeiter leicht in Verzweiflung geraten, und daß die schlechten Ernährungsverhältnisse der Arbeiterklasse dazu beitragen, die große Masse der Arbeiterschaft, deren Mitglieder gerade in diesen Anstalten untergebracht werden, zur Verzweiflung zu treiben. Ich erinnere nur daran, daß in der Gemeinde Merxstein infolge der miserablen Verhältnisse, die heute existieren, eine ganze Familie von sieben Personen Selbstmord verüben mußte. Die Provinzialverwaltung erkennt selbst die schlechten Verhältnisse an, durch welche die Zunahme der Geisteskranken bedingt ist. (Unruhe.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Darf ich bitten, Platz zu nehmen und Ruhe zu halten?

Abgeordneter Deype (fortfahrend): Aber alles dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verhältnisse von Tag zu Tag sich mehr zuspitzen, immer weiter um sich greifen und weiter die Menschen dazu bringen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ihr Dasein so zu fristen, wie es notwendig ist. Aber ungeachtet dessen sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn nun die Opfer in diesen Anstalten untergebracht werden, sie dann aber auch eine menschenwürdige Behandlung bekommen. Aber, wie es scheint, ist das heute nicht der Fall. Ich kann verschiedene Sachen anführen, die das Gegenteil beweisen. Wir sind doch ganz bestimmt der Meinung, daß gerade diese geisteskranken Menschen einer besonders menschenwürdigen Behandlung bedürfen. Es ist deshalb umso verwunderlicher, wenn man sieht, wie die Behandlung sich gestaltet.

Da ist ein Fall aufzuklären. Es handelt sich dabei um eine Vollwaise von ungefähr 19 Jahren, die sich auf Veranlassung des katholischen Frauen- und Mädchenvereins in der Irrenanstalt Johannistal bei Süchteln befindet. Jene Waise hat eine Frau Bürkel, Zigarrengeschäft in der Lüttnitzer Straße, zum Vormund und befand sich in Stellung. Solange sie die maßlose Ausbeutung duldete, galt sie als gesund. Ihre angebliche krankhafte Veranlagung, die die Ueberweisung nach Johannistal erforderte, erkannte man erst, als sie sich gegen die Ausbeutung wehrte. In Johannistal war die Waise mit Nährarbeiten beschäftigt. Im vergangenen Herbst sollte sie bei strömendem Regen Feldarbeit verrichten, was sie jedoch nicht tat. Zur Strafe dafür erhielt sie eine eiskalte Packung (Hört, hört! bei den Kommunisten), bestehend aus 4 bis 5 Bettücher, in die sie bei eng anliegenden Armen eingewickelt wurde. (Pfri-Rufe bei den Kommunisten.) So eingewickelt wurde sie in das Bett geworfen. Nach einer solch rohen Kur sind die Nerven zermüht und der Körper widerstandslos. Das nennt sich dann soziale Jugendwohlfahrt.

Ein anderer Fall ist der: Eine von ihrem Mann geschiedene Frau und Mutter von zwei Kindern wurde auf Veranlassung des Fürsorgeamtes zwangsweise nach dieser Anstalt verschleppt. Infolge Exmittierung existenz- und wohnungslos geworden, war die Frau dem Fürsorgeamt zur Last gefallen. Einem Tages erschienen mittels Autos drei Krims und eine Schnüfflerin vom Fürsorgeamt und forderten die Frau auf, ihnen zu folgen. Sie sollte zur Erholung dem Krankenhaus in Korschenbroich zugeführt werden. In Wirklichkeit wurden ihr die Kinder entzissen, und sie selbst wurde in die Irrenanstalt eingeliefert. Nachdem sie auf dem Wege der Flucht die Anstalt für ein paar Wochen verlassen hat, befindet sie sich jetzt erneut in dieser Anstalt. Die nunmehr zur Strafe an ihr angewandten Foltern sollen kaum mehr erträglich sein.

Derartige Fälle sind also zu verzeichnen, und man muß dagegen strikte Verwahrung einlegen.

Etwas anderes sehen wir in der Anstalt Waldniel. Dort befinden sich auch schwachsinnige Zöglinge. Diese Zöglinge müssen für einen Wochenlohn von 10 Zigaretten arbeiten. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Am Tage bekommen sie vier Schnitten Brot. Von 8 bis 11¼ Uhr arbeiten sie auf dem Felde. Das Mittagessen besteht aus Blut- oder Leberwurst, Limburger usw. Das Essen dauert bis ¼ vor 12, dann eine Stunde Mittagspause. Zum Kaffee gibt es zwei Schnitten Brot und ein Knabbel, dann Pause, dann Arbeit bis 6 Uhr, dann Abendessen, dann Schulung, bis ¼9 Uhr Freizeit; sie dürfen nicht nach ¼ vor 9 schlafen gehen. Abends müssen sie vor dem Schlafengehen ein Abendgebet verrichten. Im Sommer müssen sie ebenfalls so früh schlafen gehen und um 5 bis ¼6 Uhr schon aufstehen, auch Sonntags, weil sie dann zur Messe müssen.

Wir sehen, daß in der heutigen Gesellschaft Zustände herrschen, die unbedingt beseitigt werden müssen. Aber wir brauchen nicht daran zu denken, daß diese Verhältnisse unter der heutigen Gesellschaftsordnung beseitigt werden. Unsere Aufgabe ist es, die breiten Massen über die Verhältnisse in der kapitalistischen Wirtschaft aufzuklären, damit wir endlich zu einer anderen Wirtschaft kommen. Die Feststellungen, die wir hier gemacht haben, beweisen, daß der kapitalistische Ueberbau immer mehr mit barbarischen Methoden ausgestattet wird. Diese Feststellungen werden dazu beitragen, den Arbeitermassen die Augen zu öffnen, die dann zu gegebener Zeit unter der Führung der Kommunistischen Partei den krachenden kapitalistischen Ueberbau abreißen und mit Hilfe der proletarischen Diktatur den sozialistischen Aufbau durchführen werden. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kelter. (Zuruf: Ist nicht da!)

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Gerlach.  
Abgeordneter Gerlach: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist Schluß der Erörterung beantragt. Nach § 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung bedarf dieser Antrag der Unterstützung von 10 anwesenden Abgeordneten. Ist die Unterstützung vorhanden? Sie ist vorhanden. Auf der Rednerliste stehen noch die Herren Abgeordneten Kelter und Renner. Ich habe diejenigen Fraktionen, die nicht auf der Rednerliste stehen, zu fragen, ob sie das Wort zu der Angelegenheit wünschen. — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für den Schlußantrag sind, sich zu erheben. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung verlangt? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag des III. Ausschusses zu den Nummern 33 bis 36 sind, sich zu



erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag des Sachausschusses ist angenommen.

Wir kommen zu den Punkten 37 und 38. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter von Itter.

Abgeordneter von Itter: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme des Haushaltsplans. Im Sachausschuß wurde der Wunsch ausgesprochen, es möchte in der Krüppelheilanstalt in Süchteln doch darauf gesehen werden, daß die Kuren sich nicht allzu lange zur Belastung der Gemeinden hinziehen. Dieser Anregung gegenüber machte sich aber eine gewisse Sorge bemerkbar, daß bei zu straffem Versuch, die Kinder möglichst bald nach Hause zu entlassen, die Kinder den Schaden zu tragen hätten. Man möge doch sehr vorsichtig sein in der Entlassung der Kinder, wenn nicht die Entlassungsfähigkeit einwandfrei nachgewiesen sei.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner. (Zuruf: Ist nicht da!) Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung verlangt. Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für die Annahme des Antrages des III. Sachausschusses zu den Nummern 37 und 38 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 39. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hülsenbeck.

Abgeordneter Hülsenbeck: Meine Damen und Herren! Der III. Sachausschuß empfiehlt Ihnen zu Punkt 39 und Antrag Nr. 23 unveränderte Annahme, dagegen zu dem Antrag Nr. 68 der KPD. Ablehnung.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort zu Punkt 39 hat Herr Abgeordneter Kenner.

Abgeordneter Kenner: Zur Diskussion steht der Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Uebernahme der Patenschaft für den Deutschen Kriegerfriedhof bei Maison Blanche durch den Rheinischen Provinzialverband.

Wir Kommunisten lehnen diesen Antrag ab. Wir sind keineswegs der Auffassung, daß die in Feindesland liegenden Kriegerfriedhöfe nicht unterhalten werden müssen. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß das Sache des Reichs ist. Die da draußen modernden Opfer des kapitalistischen Systems sind ja nicht nur für die Geldschränke des Rheinlands, sondern für die Interessen aller deutschen Unternehmer gefallen. Die Provinz ist u. G. umsoweniger in der Lage, eine derartige Aufgabe zu finanzieren, als ja an allen sozialen Titeln in diesem Jahr wesentlich abgestrichen worden ist. Wir glauben darüber hinaus, daß es die schönste Ehrung der Gefallenen ist, wenn man dafür sorgt, daß die Hinterbliebenen eine ausreichende Versorgung und Fürsorge haben. (Sehr gut! bei den Kommunisten). Wie sieht es damit in Deutschland aus? Einige Zahlen aus der Versorgung deutscher Kriegsoffer: Nach dem Reichsversorgungsgesetz von 1920, das mit Zustimmung

aller Parteien geschaffen worden ist, sind ausgeschlossen worden aus der laufenden Versorgung alle diejenigen, die nur 10 Prozent ihrer Arbeitsfähigkeit eingebüßt hatten. Das waren über 240 000 Kriegsbeschädigte. Sie bezogen auf Grund der Friedensrente monatlich einen Betrag von 19,50 Mk. in Goldgeld. Im Jahre 1923 sind durch Novelle alle diejenigen ausgeschaltet worden, die unter 25 Prozent beschädigt sind, eine Anzahl von über 530 000 (Hört! hört! links). Bis zum Herbst des Jahres 1923 waren also aus der laufenden Versorgung rund 770 000 deutsche Kriegsbeschädigte ausgeschaltet. Wenn man den Wert der heutigen Rentenversorgung mißt an dem inneren Wert der Renten aus der Vorkriegszeit, so kommt man zu dem Ergebnis, daß heute der 60prozentige Kriegsbeschädigte soviel an Rente erhält, als das alte kaiserliche Deutschland den 20prozentig Beschädigten an Rente bewilligt und bezahlt hat.

Noch ein Wort über die Altersversorgung. Das ist wohl das traurigste Kapitel in der ganzen deutschen Gesetzgebung. Ich will nur einige Daten aufgreifen. Bekanntlich kann nur Elternrente bewilligt werden, wenn das Elternpaar bedürftig ist. Und bedürftig ist in der Ortsklasse A nach den Bestimmungen des Gesetzes und Auffassung der bürgerlichen Parteien das Elternpaar nicht mehr, das im Monat über ein Einkommen von mehr als 58 RM verfügt. (Hört! hört! links). Es spielt keine Rolle, aus welcher Quelle die 58 RM stammen, ob es Invalidenrente ist, ob es eine durch Zahlung von Beiträgen erkaufte Rente darstellt oder ob der Ertrag eines kleinen Grundstücks vorliegt. Sobald 58 RM monatlichen Einkommens für ein Elternpaar vorhanden sind, wird keine Rente mehr gezahlt. Dieser Tatsache stelle ich die unbefreitbare, schamlose Tatsache gegenüber, daß die deutsche Republik für Offiziere an Pensionen Beträge auszahlt, die in gar keinem Verhältnis zu den Elendsbeträgen stehen, die den deutschen Kriegsoffizieren gegeben werden.

Nun noch eine katastrophale Zahl, die das ganze Elend der Kriegereltern enthüllt. Wir haben im vorigen Jahr aus einer Nachweisung des Reichsarbeitsministers Wissell erfahren, daß im Etatsjahr 1928 durch den Tod mehr als 10 000 deutsche Kriegereltern ausgeschieden sind. Die Sterblichkeitsziffer deutscher Kriegereltern liegt um ungefähr 2,7 Prozent höher als die der gleichaltrigen Personen, die nicht auf die erbärmlichen Elternrenten angewiesen sind.

Nun ein Sprung in die Erlebnisse der Kriegsoffer im vorletzten Jahr. Wir haben bekanntlich im Mai 1928 letztmalig zum Reichstag gewählt. Die Folge davon war die jetzt in Frieden dahingeschiedene Koalitionsregierung und die Sozialdemokratie hatte die Ehre — jetzt habt Ihr verzichtet, das weiß ich —, die wichtigsten Ministerien auszufüllen: das Reichsarbeitsministerium und das Reichsfinanzministerium.

Solange die Republik besteht, hat kein Reichsfinanzminister und Arbeitsminister, nicht einmal der berichtigte Brauns, es fertig gebracht, an dem Etat für die Kriegssopferversorgung etwas abzustreichen. Es war dem Sozialdemokraten Wissell vorbehalten, an diesem Etat eine Streichung in Höhe von 131 Millionen vorzunehmen. Davon waren rund 85 Millionen RM glatte Kürzung des Stats, und der Rest entfiel auf das Minus aus dem vergangenen Etatsjahr. Dieser Tatsache der Statskürzung steht die von Wissell zugegebene und anerkannte Tatsache gegenüber, daß die Zahl der neu-rentenberechtigten Kriegsbeschädigten von Jahr zu Jahr ansteigt. Wir haben also ein Ansteigen der Zahl der versorgungsberechtigten Kriegssopfer, aber eine Senkung des Stats. Und für diese Statsenkung ist, wie schon erwähnt, die Sozialdemokratie hauptsächlich verantwortlich zu machen.

Die Kürzung des Stats hat sich vor allen Dingen auf einem Gebiet katastrophal ausgewirkt, auf dem der Kapitalabfindung. Die Statsposition für Kapitalabfindung ist im vorigen Jahr von 88 Millionen auf 63 Millionen RM gekürzt worden. Und damit noch nicht genug: Im Juli 1929 waren die Versorgungsbehörden schon gezwungen, um die laufenden Rentengebühren auszahlen zu können, auf diese Mittel für die Kapitalabfindung zurückzugreifen. Wir kennen seit etwa der Mitte des vergangenen Jahres effektiv keine Kapitalabfindungsmöglichkeit in Deutschland mehr.

Noch eine Tatsache, die erwähnenswert ist: Bis zum Herbst des Jahres 1923 hat das Reich bekanntlich neben der Dauerrentenversorgung noch Fürsorgeleistungen für die Kriegssopfer finanziert. Diese waren in den ersten Jahren nach der sogenannten Revolution beachtlich hoch unter dem Druck der Arbeiterklasse. Dann hat auch da, wie überall, der allmähliche Abbau stattgefunden, und seit 1923 ist dieser staatliche Zuschuß für eine Sonderfürsorge für Kriegssopfer gänzlich weggefallen. Das hat ganz katastrophale Auswirkungen gezeitigt, die durch die nun einsetzende Sonderfürsorge der Kommunen auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung nicht im geringsten ausgeglichen werden konnten.

Nun noch eine Heldentat des letzten Winters. Seit dem Winter 1923 bis zum Winter 1929 hat die Reichsregierung alljährlich einen Betrag in der Höhe eines Monatsbetrages an Zusatzrente zur Finanzierung von Winterhilfsmaßnahmen für die Kriegssopfer zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag mußte natürlich von den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zurückgezahlt werden. Aber im vergangenen Winter hatte die Reichsregierung nicht einmal mehr diese 1,2 Millionen übrig, die notwendig waren für diese Darlehen an die Haupt- und örtlichen Fürsorgestellen.

So sieht die Ehrung der Kriegssopfer in der Praxis aus. Wir sagen Ihnen: Was Sie da vorschlagen, ist ein Hohn gegenüber den Hinterbliebenen der Gefallenen, die draußen modern. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen. Wir haben hier keine allgemeine Aussprache über die Lage der Kriegsbeschädigten, sondern wir sprechen über die Uebernahme der Patenschaft für einen deutschen Kriegerfriedhof und Ihren Abänderungsantrag. Ich bitte, bei der Sache zu bleiben.

Abgeordneter Renner (fortfahrend): Ich begründe den ablehnenden Standpunkt der kommunistischen Fraktion damit, daß ich Ihnen sage, welche innere Unehrlichkeit in dieser Art Ehrung von Kriegssopfern liegt. Wir sagen Ihnen mit aller Deutlichkeit, daß nach unserer Auffassung eine wirkliche und angemessene Ehrung der Hinterbliebenen der Gefallenen dieser ihrer Ehrung vorgehen muß, die darin besteht, daß Sie einige Hunderttausend RM im gesamten Reich auswerfen, um die Friedhöfe in Ordnung zu halten. Das ist Sache des Reiches und nicht Sache des Provinzialverbandes.

Darüber hinaus noch ein Wort. Auch die Organisation, die diese Pflege der Kriegergräber durchführt, bietet uns keine Gewähr dafür, daß sie das Andenken an die Gefallenen des Weltkrieges so wachhält und aufrecht erhält, wie es uns notwendig erscheint. Wenn man die Veranstaltungen dieser Organisation mitmacht, und dabei sieht, wie die Gefalbten aller drei Richtungen zusammen mit den Machthabern der Gemeinden sich hinstellen und in phrasenhafter und scheinbar mitleidiger Form das Elend der Hinterbliebenen bejammern, wie sie den wirklichen Charakter des Krieges als kapitalistisch-imperialistischer Krieg umlügen in einen heiligen Verteidigungskrieg, wie sie weiter den Gedanken der Notwendigkeit solcher Kriege für die Zukunft wachhalten und propagieren, dann sagen wir Ihnen: Das ist das Andenken der gemordeten Opfer des letzten kapitalistischen Krieges nicht in Ehren gehalten, sondern geschändet. Das, was Sie tun müßten, wenn Sie von uns einen Groschen dafür haben wollten, bestände darin, daß Sie den Hinterbliebenen den wahren Charakter des letzten Krieges und den wahren Charakter aller Kriege, die von irgendeinem kapitalistisch geleiteten Staate geführt werden, den Raubkriegscharakter Ihrer Kriege, aufzeigen. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ley:

Abgeordneter Dr. Ley: Meine Damen und Herren! Wir sind sehr froh darüber, daß man endlich dazu übergeht, den Soldaten, die draußen in Frankreich und überall auf den Schlachtfeldern des vergangenen Weltkrieges liegen, ein Denkmal zu setzen!



(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Leider Gottes haben wir Mitteilung davon, daß manche deutsche Friedhöfe in einem geradezu ungeheuerlichen, verwahrlosten Zustande sein sollen. Es ist auch gestern im Ältestenausschuß schon gesagt worden, daß hier nur recht wenig getan würde; viel könnte man mit diesem Geld nicht machen. Wir sind der Meinung, daß, wenn auch Deutschland arm ist, es niemals jene Soldaten vergessen soll und darf, die die Grenze schützten, damit die feindlichen Horden unsere Wirtschaft, unsere Städte und Dörfer nicht zerstören konnten, sodaß Deutschland als Land wenigstens nicht die Schrecken des Krieges erlebt hat. (Zuruf links).

Meine Damen und Herren! Wir danken diesen Helden und sind stolz darauf, daß wir, die wir damals schon in jenem Alter standen, für Deutschlands Freiheit und Größe haben mitkämpfen dürfen. Leider hat das Schicksal es anders gewollt. Es hat gewollt, daß die Feinde trotz aller unserer Siege triumphierten. Es hat gewollt, daß aus dieser Niederlage nicht allein eine Waffenniederlage, sondern auch eine seelische wurde. Es hat gewollt, daß die Nachkriegszeit in Deutschland auch jeden Widerstandswillen gebrochen hat. Da ist es an der Zeit und überaus erfreulich, daß selbst in dieser Republik ganz kleine Anzeichen (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Zu neuen Massenmorden!) sich dafür zeigen, daß man gewillt ist, den Kriegsothern wenigstens in etwa den Dank abzustatten.

Die Herren Kommunisten will ich einmal etwas fragen. Sie unterscheiden zwischen kapitalistischen, imperialistischen Kriegen und einem Kriege, wie ihn nach Ihrer Meinung Rußland führen dürfte. Ich glaube, der Tod ist für beide Teile ein sehr schweres Opfer, und die Soldaten, die durch das Schicksal verurteilt sind zu fallen (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Durch das Schicksal?) gehen bestimmt nicht leichtfertig und freudig in den Tod. Der Heldentod ist keine leichte Sache, darüber sind wir uns ganz klar. (Lärmende Zurufe bei den Kommunisten.) Meine Herren, in Ihren Reihen gibt es ja hinreichend viele, die stolz darauf sind, daß sie die Front der Soldaten von hinten erdolcht haben. (Lebhafte Zurufe links.)

Wir Nationalsozialisten wünschten, daß in diesem Sinne weit mehr getan würde. Wir wünschten, daß allen jenen Soldaten, die draußen liegen, ein ordentliches Grab und ein Denkmal errichtet werden könnte. Aber wir wünschten darüber hinaus, daß auch hier im Inneren jene Opfer des Krieges wenigstens über die Not hinausgebracht werden. Hunderte von Fällen sind mir als Abgeordneten unterbreitet worden, wo Menschen, die sehr schwer verwundet sind und einfach keine Arbeit mehr leisten können, auf der Straße liegen und nichts haben. Ich möchte an dieser Stelle sagen, daß die Art, wie die Versorgungsämter hier vorgehen, eine geradezu unmögliche Art ist. (Sehr gut! bei den

Nationalsozialisten.) Wenn wir allein steinerne Denkmäler aufrichten wollten, dann allerdings hätten Sie recht; aber das wollen wir nicht. Wir wollen, daß der Dank des Vaterlandes endlich zur Tatsache wird, (Sehr gut! rechts.) daß endlich einmal etwas Durchgreifendes getan wird. Ein Volk, das seine Toten vergißt, das keine geschichtliche Tradition hat, ist verurteilt unterzugehen.

So wünschen wir denn ferner, daß aus dieser Dankbarkeit heraus sowohl den gefallenen Opfern wie den Kriegskrüppeln und -Beschädigten ein Drittes werden möge, nämlich ein Widerstandswille in unserem Volke. (Lebhafte Zurufe links.) Ohne das wird Deutschland nicht wieder frei werden. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß es damit getan sei, zu erfüllen und nochmals zu erfüllen, sich zu ducken und sich zu verständigen. Die Verständigung ist nur möglich, wenn es zwei wollen. Wenn aber der andere, der Franzose es nicht will, und von Deutschland nur verlangt wird, sich zu verständigen, dann ist das eine Verständigungsknechtschaft. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Dann wird Deutschland dienen und arbeiten müssen.

So hoffen wir als letztes, daß aus diesem Dank für die gefallenen Helden des Krieges ein eiserner Widerstandswille werde, aus dem die Freiheit unsres Volkes kommen möge. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann muß ich den Antrag des Abgeordneten Elbes zur Abstimmung bringen, der Schluß der Besprechung beantragt hat. Findet dieser Antrag die Unterstützung von 10 Mitgliedern? Das ist der Fall. Auf der Rednerliste steht noch Herr Abgeordneter Renner. Wollen die übrigen Fraktionen, die noch nicht zu Worte gekommen sind, auf das Wort verzichten. Das ist der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für Schluß der Besprechung sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Die Besprechung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung verlangt? (Zurufe: Jawohl!) Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag der kommunistischen Fraktion auf Drucksache 68 sind, sich zu erheben. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte dann diejenigen, die für den Antrag des III. Sachausschusses auf unveränderte Annahme der Vorlage 23 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen.

Wir kommen zu Punkt 40. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter R e n n e r : Der Haushalt Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene zeigt auf der Einnahmeseite keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Haushaltsanfaß des Vorjahres. Die unter Einnahme verbuchten Zahlen sind ja meist zwangsläufig oder Ueberweisungen des Reiches, die

sich in ihrer Höhe nicht verändern können. Die Ausgabenseite sieht gegenüber dem Vorjahr ebenfalls fast unverändert aus. Die Erhöhung der Beamtengehälter im Ansatz für 1930 gegenüber der Rechnung von 1928 ist auf die allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter zurückzuführen, wie Ihnen ja allgemein bekannt sein dürfte. Die Position unter sächlichen Aufwendungen hat sich deshalb gesenkt, weil eine Anzahl von Zusatzrentenempfängern, nämlich die Kriegerwaisen, die die Altersgrenze erreicht haben, aus der laufenden Rentenversorgung ausgeschieden sind. Dann ist die Zusatzrente auch an sich niedriger geworden, als es im Haushalt 1928 zum Ausdruck kam. Die Position Fürsorge und Erziehungsbeihilfe ist von 310 auf 325 000 RM erhöht worden. Daneben muß noch erwähnt werden, daß nach Darstellung der Verwaltung für die Gesundheits-Fürsorge auch unter der entsprechenden Position des Jugendamtes noch Mittel vorhanden sind. Ferner ist die Position zur Gewährung von Einzeldarlehen einschließlich Baudarlehen von 175 000 auf 150 000 RM reduziert worden.

Der Ausschuß hat mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Plenum unveränderte Annahme des Vorschlages der Verwaltung zu empfehlen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner als Abgeordneter.

Abgeordneter Kenner: Was in diesem Haushalt nach Auffassung der Kommunistischen Fraktion am schwerwiegendsten ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß vor allem die Position II, 6 von 175 auf 150 000 RM reduziert worden ist. Ich habe eben erwähnt, daß die Summe der Kapitalabfindungen im Reichshaushalt im vergangenen Jahre um 25 000 000 RM gekürzt worden ist. Diese Kürzung hat zu ganz katastrophalen Auswirkungen geführt. Wir haben bereits im Herbst vergangenen Jahres kaum noch die Möglichkeit gehabt, irgend einen Kapitalabfindungsantrag durchzubringen. Es ist deshalb doppelt bedauerlich, daß gerade diese Position, die im Interesse der Förderung der Bautätigkeit in der Provinz absolut einer Erhöhung bedürft hätte, gekürzt worden ist.

Ferner bemängeln wir die auf der Einnahmeseite als sogenannte Ablösungsgelder eingehenden Beträge. Das sind die Gelder, die von Unternehmern gezahlt werden, die die vorgeschriebene gesetzliche Anzahl von Schwerbeschädigten in ihrem Betrieb angeblich nicht beschäftigen können. Wie die Verwaltung sagt, gehen diese Gelder über ein sogenanntes Sonderkonto. Dieses Sonderkonto ist dem Ausschuß — wenigstens in den Jahren, wo ich ihm angehöre — noch niemals vorgelegt worden. Wir sind der Auffassung, daß diese Ablösungsgelder in den ordentlichen Haushalt hineingehören, auch wenn sie nur durchlaufende Posten sind, die an die örtlichen Fürsorgestellen wieder abgegeben werden.

Wir haben ferner den Antrag gestellt, daß in den Haushalt eine durchlaufende Position von 1,25 Millionen als Ersatz für die vom Reiche eingestellten Winterhilfemaßnahmen aufgenommen werden soll. Ich habe vorhin schon davon gesprochen, daß im vorigen Jahre erstmalig der monatliche Zusatz-Rentenbetrag eingestellt worden ist. Wir sind der Auffassung, daß bei der finanziellen Not der Gemeinden, die sich ja in erster Linie in einer Senkung der Wohlfahrtsleistungen auswirkt, die Provinz etwas aus eigener Kraft tun sollte; und da es sich hier nur um durchlaufende Positionen handelt, die nachher auf der Einnahmeseite durch Rückzahlung wieder erscheinen, ist unser Antrag durchaus berechtigt.

Nun noch ein Wort zu der allgemeinen Situation auf diesem Gebiete. Der Herr Abgeordnete Dr. Ley hat uns eben zugerufen, daß wir unsere Toten nicht vergessen dürften. Wir sind der Auffassung, daß wir Kommunisten die einzigen sind, die das Andenken an die Gefallenen in richtiger Weise aufrechterhalten. Wir fagen nämlich ihren Hinterbliebenen, daß die Gefallenen für das nationale und internationale Unternehmertum gemordet worden sind. Und wir erziehen die Söhne der Gefallenen in dem Sinne, daß sie die ewige Ursache imperialistischer, kapitalistischer Kriege aus der Welt schaffen, nämlich den Kapitalismus an sich. Das scheint uns die richtige Ehrung zu sein. (Zustimmung bei den Kommunisten. Lebhaftes Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Nun noch ein Wort an Herrn Dr. Ley nach einer anderen Seite. Er wünschte, daß auch bei den deutschen Kriegsofern der Widerstandswille hochkommen möge, der notwendig sei, um über das Elend hinwegzukommen.

Wenn Herr Dr. Ley — er sitzt übrigens anscheinend wieder draußen beim Kirschwasser (Heiterkeit) — das so meinen sollte, daß wir unseren kriegsbeschädigten Kameraden anraten sollen, auch noch das nichtbeschädigte Bein hinzuhalten, dann kann er uns leid tun. Aber er hat ein bezeichnendes Wort gesagt: daß sich im deutschen Volke in etwa wieder ein Widerstandswille zeige. Dieser besteht darin, daß in Deutschland offensichtlich die Vorbereitungsarbeit zu neuen imperialistischen Kriegen feste im Gange ist. Diese Vorbereitungsarbeit wird eines schönen Tages naturgemäß zu neuen Morden von Proletariatskindern führen müssen, was Sie als sogenannte Nationalsozialisten gutheißen. Das Wort ist — nebenbei bemerkt — ja ein doppelter Schwindel. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.) Dieser Widerstandswille wird auf den entschiedenen Abwehrwillen der revolutionären Arbeitererschaft stoßen. Wir werden Ihrem Aufrüstungswillen entgegensetzen (die weiteren Worte des Redners sind infolge lärmender Zurufe bei den Nationalsozia-





Wir kommen zu 42. Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Zu dem Haushaltsplan der Hebammenlehranstalt ist nicht viel zu sagen. Nur wird Ihnen aufgefallen sein, daß die Zahlung an die Hochbauverwaltung von 73 000 RM auf 37 000 RM zurückgegangen ist. Das ist dadurch bedingt, daß die Umbauten jetzt fertiggestellt sind. Der II. Ausschuß beantragt die unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hennes.

Abgeordneter Hennes: Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die ich mit innerem Widerstreben öffentlich behandle. Ich würde es auch unterlassen, wenn ich nicht eine Besserung dadurch erhoffte. Es ist mir aus der Arbeit in einer rheinischen Großstadt bekannt, daß dort die Hebammen mehr Leben durch Abtreibung vernichten als zur Welt bringen. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten. Zuruf links: Wo ist das?) Hier kann nur eine Erziehung der Hebammen in unseren Anstalten Hilfe bringen. Wir bitten darum, nur solche Lehrkräfte in diesen Anstalten unterzubringen, die den nötigen sittlichen und religiösen Ernst für diese für unser ganzes Volksleben so ungemein wichtige Frage mitbringen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Ich habe das, was Herr Abgeordneter Hennes im Ausschuß und auch hier ausführte, nicht in die Berichtserstattung mit eingeflochten, weil ich denke, daß die Hebammen, die in der Hebammenlehranstalt ausgebildet werden, dort nicht ausgebildet werden, um Kinder von der Welt zu bringen, wie der Herr Abgeordnete gestern sagte, sondern um Kinder zur Welt zu bringen. Uebrigens ist das was Herr Hennes wollte, für den Provinziallandtag nicht zuständig. Diese Frage zu besprechen und gesetzlich zu regeln, ist doch Sache der Reichsgesetzgebung.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (Zuruf des Abgeordneten Hennes: Doch! Zur Richtigstellung!)

Herr Abgeordneter Hennes hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung.

Abgeordneter Hennes: Ich möchte nur sagen, daß ich nicht erklärt habe, die Hebammen würden in den öffentlichen Lehranstalten dazu angeleitet, mehr Leben zu vernichten als zur Welt zu bringen. Das habe ich nicht erklärt, sondern nur gesagt, daß die Hebammen in ihrer praktischen Arbeit in einer Großstadt, von der mir die Verhältnisse bekannt sind, mehr Leben vernichten als zur Welt bringen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Frau Abgeordnete Staubes.

Abgeordnete Frau Staubes: Der Vertreter des christlichen Volksdienstes operierte jetzt in ähnlicher Weise, wie er auch in der Sitzung des II. Sachausschusses gemeinsam mit dem Vertreter des Zentrums operierte. Sie meinten, das Hebammenwesen müsse unbedingt besser ausgebaut werden, um den Hebammen begreiflich zu machen, daß der Hebammendienst nicht dazu da sei, den Geburtenrückgang noch mehr zu fördern, sondern vor allen Dingen den Geburtenanstieg. Wir fragen: Ist ein Geburtenrückgang durch den Ausbau des Hebammenwesens oder durch die Abschaffung der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu beseitigen? Wir sagen, daß dieser absterbende, verkaufte heutige Staat, in dem drei Millionen Erwerbslose — mit Angehörigen 10 Millionen — am Hungertuche nagen, nicht die Berechtigung hat, darüber zu sprechen, wie man den Geburtenrückgang beseitigen könne. Wie kann man von den Familien, die heute im schlimmsten Hunger und Elend leben, verlangen, daß sie auch noch Kinder in die Welt setzen! Gestern hat sich in Düsseldorf wieder einer dieser Prozesse abgespielt, in denen einige Frauen wegen Abtreibung zu Zuchthaus verurteilt wurden. Glaubt ein Mensch, daß diese Frauen die Abtreibung aus Liebhaberei vornehmen? Sie tun das, weil es ihnen nicht möglich ist, noch mehr Menschen zu ernähren. In der Ausschusssitzung wurde von den bürgerlichen Vertretern die Bemerkung dazwischen geworfen: „Aber gerade in den Arbeiterfamilien sind die meisten Kinder.“ Jawohl, in den ärmsten Familien sind die meisten Kinder; den Ärmsten der Armen fehlen eben die Mittel für Sanatorium, Ärzte usw. Sie müssen zu solchen Mitteln greifen, die dazu führen, daß Tausende und Abertausende zu den Friedhöfen wandern oder in den Zuchthäusern sitzen. Wir fragen: Wo wird dafür gefordert, daß es der Arbeiterschaft möglich ist, Kinder in die Welt zu setzen? Das ist Sowjet-Rußland. Dort hat man den § 218 abgeschafft; aber haben wir dort einen Geburtenrückgang zu verzeichnen? Nein, dort haben wir eine Geburtenzunahme zu verzeichnen. Warum haben wir dort eine Geburtenzunahme. Dort braucht sich die Mutter keine Sorge zu machen, wohin sie ihr Kind legen soll. (Unverständlicher Zuruf rechts.) Sie wissen nicht, was Armut und Elend heißt. Sie haben darum auch kein Recht, in dieser Frage mitzusprechen. In Rußland kann die Frau mit Freuden der Geburt eines neuen Kindes entgegensehen.

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Wir sprechen über die deutschen und nicht über die russischen Hebammen.

Abgeordnete Frau Staubes (fortfahrend): In Rußland ist für Frau und Kind gut gefordert. (Zuruf vom Zentrum: Gehen Sie doch nach Rußland hin!) Aber ich will über das Elend der deutschen Kinder sprechen. In Deutschland ist es doch so, daß schon der Gedanke, sie könnten schwanger werden, die Frauen der Ärmsten zur Verzweiflung bringt. Wie heißt es



denn in dem Artikel von gestern? Da steht, die Frau habe gesagt: „Ich bin schon wieder so weit; ich muß wieder gebären.“ Mit Angst und Schrecken hat sie daran gedacht und erklärt: „Jetzt muß wieder ein Kind mehr hungern.“ Dafür hat sie gestern auf der Anklagebank gesessen und 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus bekommen. Wie wird das in der kapitalistischen Gesellschaft weitergehen? Wir sagen mit aller Offenheit: Wenn vom Christlichen Volksdienst und vom Zentrum, also gerade von Seiten der christlichen Vertreter der Geburtenaufstieg verlangt wird, so wissen wir genau, warum. Wir wissen, daß eine Frau, die ein Erüppchen Kinder hat und im Elend sitzt, besser für Ihre Lakaendienstleistungen zu gebrauchen ist als eine aufgefällige revolutionäre Arbeiterfrau. Um diese Verhältnisse aus der Welt zu schaffen, werden wir die letzte Arbeiterfrau dahin bringen, wohin sie gehört; wir werden die letzte Frau aufklären, daß sie sich nicht von der christlichen Moral einfließen läßt und daß sie gemeinsam mit uns für die Beseitigung dieses Systems kämpft.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des II. Ausschusses auf unveränderte Annahme sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den verbundenen Punkten 43 bis 48. Berichterstatter zu 43 und 48 ist Herr Abgeordneter Dr. Goldschmidt.

Abgeordneter Dr. G o l d s c h m i d t: Meine Damen und Herren! Der Fürsorgeerziehungsetat schließt in diesem Jahre mit einer Summe von 9 350 000 gegen 9 773 000 ab. Diese Zahlen sind insofern nicht vollständig, als man diejenige Summe davon abrechnen muß, die Preußen der Provinz vergütet. Das sind 6 297 000 gegen 6 579 000 im vorigen Jahre. Die Differenz ergibt den reinen Nettoetat für die Provinz. Das ist diesmal 3 000 000 und war im vorigen Jahre rund 3 200 000. Wir können also feststellen, daß die Ausgaben geringer geworden sind. Das geht aber keineswegs etwa auf schlechtere Unterbringung oder schlechtere Behandlung der Fürsorgezöglinge zurück, sondern das hängt damit zusammen, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge in der Rheinprovinz abgenommen hat, nämlich nach dem Vorbericht von 13 400 auf 12 900. Diese Abnahme hängt, wie uns schon gesagt worden ist, mit der anderweitigen Einstellung der Gerichte zusammen, die heute nach anderen Gesichtspunkten zur Fürsorge überweisen, indem sie nämlich auf dem Standpunkte stehen, daß die Fürsorgeerziehung das letzte Mittel sein soll. Im Sachausschuß ist uns gesagt worden, was auch im Vorbericht niedergelegt ist, daß die Familienfürsorge von der Provinz mit ganz besonderer Aufmerksamkeit betrachtet wird. Die Provinz steht auf dem richtigen Standpunkt, daß, wenn irgend möglich, ein Kind in der Familie unterzubringen ist, und daß die Anstaltsfürsorge nur für solche Kinder

angewendet werden soll, bei denen es nicht anders möglich ist, sie vor Verwahrlosung zu schützen. Die Zahlen sind in dieser Richtung erfreulich. Denn es sind verhältnismäßig viele Kinder in Familienpflege untergebracht worden. Die Kosten für ein Kind in der Familienpflege belaufen sich auf 457 RM, während sie für ein Kind in der Anstalt 1276 RM betragen, also wesentlich mehr. Die Kostenfrage darf natürlich nicht der maßgebende Gesichtspunkt sein, sondern maßgebend ist der erzieherische. Immerhin ist es erfreulich, wenn die Provinz geringere Ausgaben macht und dabei ihrer erzieherischen Pflicht doch vollständig genügt.

Nun ein Wort zum Etat der Erziehungsheime. Dieser Etat ist schon in dem Etat für die Fürsorgeerziehung einbegriffen. Denn die vorhin von mir genannten Zahlen umfassen ihn mit. Aber er ist dann noch besonders ausgeworfen. Auch da ist eine Abnahme in den Ausgaben zu verzeichnen. Das hängt allerdings mit der Tatsache zusammen, daß Fichtenhain, die eine der vier Erziehungsanstalten, aufgelöst wird. Die Fürsorgezöglinge sind schon zum Teil aus dieser Erziehungsanstalt fort, ein Teil aber befindet sich noch dort. Sehr erfreulich ist, zu sehen, daß der Etat der Erziehungsheime gesenkt ist, nicht etwa weil die ausgeworfenen Posten für Bekleidung und Verköstigung der Fürsorgezöglinge zurückgegangen sind — diese sind nur unwesentlich geringer, da die eine Anstalt, Fichtenhain, aufgelöst wird —, der Rückgang ist vielmehr besonders darauf zurückzuführen, daß man an den sachlichen Ausgaben gespart hat, daß insbesondere die Erstattung an die Hochbauabteilung wesentlich zurückgegangen ist, nämlich von 263 000 auf 109 000, sodaß es sich hier um eine Ausgabenreduzierung handelt, unter der die Fürsorgezöglinge nicht zu leiden haben.

Zusammenfassend habe ich daher zu sagen, daß ich nach der Ansicht der übergroßen Mehrheit des Ausschusses den besonderen Dank der Provinzialverwaltung dafür auszusprechen habe, daß sie die Fürsorgeerziehung, die für die Provinzialverwaltung eine ernste und schwere Pflicht ist, in so zweckmäßiger Weise ausübt. Ich sehe das Zweckmäßige, wie ich ausdrücklich bemerken will, nicht in der Ausgabenreduzierung, sondern darin, daß man es verstanden hat, den Zwecken der Fürsorgeerziehung zu genügen und trotzdem die Ausgaben in einem Rahmen zu halten, der der schlechten Vermögenslage der Provinz entspricht.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Berichterstatter zu Nr. 44 ist Frau Abgeordnete Schumacher-Köhl.

Abgeordnete Frau S c h u m a c h e r - K ö h l: Es handelt sich um einen Antrag der Fraktion des Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei, der fordert, daß die Provinzialverwaltung alle irgendwie geeigneten Fürsorgekinder der Familienpflege zuführen soll, daß die Pflege- und Erziehungskosten für diese den heutigen Verhältnissen angepaßt und daß die etwa dadurch weniger belegten Privatanstalten entsprechend mit

anderen Aufgaben bedacht werden sollen. Im Ausschuß ist ein ausgedehnter Bericht der Provinzialverwaltung vorgelegt worden, aus dem ersichtlich war, daß die bisherige Praxis der Verwaltung schon ganz der Tendenz dieses Antrages entspricht, wie das ja auch schon aus dem Bericht meines Herrn Vorredners hervorging. Doch wird wegen des letzten Teils des Antrages Ueberweisung an den Provinzialausschuß empfohlen. Zu der Forderung, die Pflegesätze zu erhöhen, wurde noch bemerkt, daß ein Grund, die Pflegesätze zu erhöhen, um einen besseren Anreiz zur Aufnahme von Pflegekindern zu bieten, nicht notwendig und auch nicht wünschenswert sei; nicht notwendig, weil jetzt schon die Angebote an Pflegestellen die Nachfrage übertreffen, und nicht wünschenswert, weil niemals der finanzielle Gewinn ein Grund zur Aufnahme eines Pflegekindes sein dürfe, sondern, daß die Annahme eines Kindes nur aus ideellen Gründen erfolgen dürfe. Der Ausschuß bittet den Provinziallandtag, zu beschließen, der Provinziallandtag wolle den Antrag dem Provinzialausschuß zur Erledigung überweisen mit der Abänderung, daß in Zeile 1 die Worte „alle irgendwie“ durch „die“ und in der 2. und 3. Zeile die Worte „je nach Bedarf“ durch „den jeweiligen Verhältnissen und Umständen“ ersetzt werden.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Berichterstatter zu Nr. 45 und 46 ist Herr Abgeordneter Jansen.

Abgeordneter Jansen: Meine Damen und Herren! Die SPD. hat den Antrag, betr. Abständnahme von der Einziehung der Renten entlassener Fürsorgezöglinge gestellt, d. h., wenn Fürsorgezöglinge entlassen sind, soll ihre Rente, die sie als Kriegswaisen oder in sonstiger Rechtslage haben, nicht mehr für die Deckung der Fürsorgekosten herangezogen werden. Dieser Antrag beschäftigt uns nicht zum ersten Male. Er wurde vielmehr im vorigen Jahre genau mit demselben Wortlaut gestellt. Es ist auch damals im Ausschuß nachgewiesen worden, daß es niemals vorkommt, daß nach der Entlassung eines Bögling irgend ein Einkommensteil zur Deckung der entstandenen Fürsorgekosten irgendwie herangezogen wird. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Nach der Entlassung ist er 21 Jahre alt.) Es gibt ja auch Fürsorgezöglinge, die vorher entlassen werden, sehr geehrter Herr Kollege Kemmer. Es wurde auch seitens der Antragsteller und Begründer kein einziger Fall genannt, mit dem ein solcher Antrag begründet werden könnte. Vielleicht wäre es möglich, daß man gemeint hat, es sollten keine Renten oder sonstigen Einkommensteile herangezogen werden, solange der Fürsorgezögling in der Fürsorgeerziehung ist. Das geschieht wohl in sehr bescheidenem Maße und zwar selbstverständlich mit Recht, weil ja auch die eigene Familie resp. der Vormund oder wer sonst verpflichtet ist, keine Kosten aufzubringen hat, sondern die Provinzialverwaltung sie

dann übernimmt. Aber die Einbehaltung von solchen Einkommensteilen von Fürsorgezöglingen ist so gering, daß der preussische Wohlfahrtsminister der Provinzialverwaltung wegen ihrer Nachgiebigkeit in der Einbehaltung von Einkommensteilen, fast möchte ich sagen, einen Verweis erteilt hat. Der Antrag entbehrt also jeglicher Grundlage. Es wird nie nach der Entlassung eine Rente einbehalten. Darum ist der Antrag abzulehnen. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Das steht ja auch nicht in dem Antrage.)

Zu Nr. 46, Drucksache 73, hat die SPD.-Fraktion den Antrag gestellt, den Direktor des Fürsorgeerziehungsheims Haleshof in Solingen zu entlassen. Ich würde auf diesen Fall nicht länger eingehen, weil es für das hohe Haus nicht notwendig wäre, eine Begründung für einen solchen Antrag zu geben. Es liegen dem Antrag einige Vorfälle in der betr. Anstalt Solingen zugrunde.

In einem Falle handelt es sich um einen Erzieher namens Deuzmann, der sich im Verlaufe einiger Zeit an einigen Fürsorgezöglingen vergangen hat, aber so, daß der eine Fürsorgezögling vom andern darüber nichts gewußt hat. Schließlich hat einer derselben dem Direktor Mitteilung gemacht. Dem Direktor war bisher alles unbekannt, und er hat sofort, nachdem ihm der Fall bekannt geworden war, den Erziehungsgehilfen verhört. Derselbe hat eingestanden, und er sollte daraufhin auch fristlos entlassen werden. Der Herr Direktor hat also das getan, was in seiner Macht stand. Es zeigte sich dabei, daß gerade dieser Erzieher bei sämtlichen Fürsorgezöglingen besondere Sympathien genoß, sodaß im Augenblick eine Gefahr entstanden wäre, wenn der Herr Direktor den Erzieher fristlos entlassen hätte. Sofort wurde die Provinzialverwaltung benachrichtigt. Sie hat sofort einen Vertreter hingefandt. Der betr. Erzieher ist a tempo fristlos und pensionlos entlassen worden. Es liegt also kein Grund vor, gegen den Direktor aus diesem Falle irgendeine Anklage zu erheben.

In einem 2. Falle war ein Junge durch einen Sturz vom Baum verunglückt. 2 Fürsorgezöglinge sollten zu ihrer Arbeitsstätte gehen. Sie gehen nicht den gewohnten geraden Weg, sondern einen Umweg, und auf diesem Umwege steigt der eine von ihnen auf einer Wiese auf einen Baum, fällt herunter und zieht sich eine so schwere Verletzung zu, daß er liegen bleibt und nicht nach Hause gehen kann. Sein Begleiter geht in die Anstalt zurück. In der Anstalt wußte niemand etwas von dem Vorfall. Er berichtet und wird dann sofort beauftragt, auf einer Tragbahre, die ganz in der Nähe zu entnehmen war, und mit Hilfe der andern Insassen des Hauses den Verunglückten heimzuholen. Man wartet auf den Jungen; er kommt nicht zurück. Er hat sich um seinen Kameraden nicht mehr gekümmert, sondern ist auf dem geraden Wege zur Arbeits-



stätte gegangen. Der Herr Direktor geht sofort dem Jungen nach, um den Unglücksfall festzustellen, findet aber den Verunglückten nicht, weil er ja nicht weiß, welchen Weg sie vorher genommen haben. Erst nach längerem Suchen wird der Aufenthalt ermittelt, der Verunglückte gefunden und sofort das Notwendige veranlaßt, um eine entsprechende fachgemäße Pflege des Verunglückten herbeizuführen. Er liegt heute noch im Lazarett. Der Sachausschuß hat sich davon überzeugt, daß in beiden Fällen auch nicht das leiseste Verschulden des dortigen Direktors, Herrn Schenk, vorliegt. Im Gegenteil, genau so, wie die Verwaltung sich veranlaßt fühlte, dem Herrn Direktor Schenk ihr besonderes Vertrauen auszusprechen, weil festgestellt wurde, daß der Herr Tag und Nacht für die Fürsorgezöglinge zur Verfügung steht, daß ihm kein Opfer zu schwer, keine Zeit zu teuer ist, um nur immer zu helfen, wo er gewünscht wird, so wurde ihm auch vom Ausschuß das Vertrauen ausgesprochen, weil auch der Ausschuß zu der Ueberzeugung kam, es liege hier eine ganz leichtfertige Verdächtigung vor, um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen (Zuruf bei den Kommunisten: Hört, hört!), daß also von einer Entlassung keine Rede sein könne, sondern, daß wir uns alle mit größtem Vertrauen und dem Ausdruck des besonderen Dankes hinter den Mann stellen müßten, der laut Antrag fristlos und pensionslos entlassen und brotlos auf die Straße geworfen werden soll. Der Ausschuß bittet also, dem Direktor den Dank auszusprechen und den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Berichterstatter zu Nr. 47 ist der Herr Abgeordnete Kurth.

Abgeordneter K u r t h : Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag bedarf einer redaktionellen Aenderung, und zwar muß er wie folgt lauten: „Der Provinziallandtag beschließt die Aufhebung des Beschlusses des 63. Provinziallandtags, wonach die Bestimmung der diffidentischen Kinder durch die Arbeiterwohlfahrt zu erfolgen hat. Diese Aufgabe wird der diffidentischen Fürsorge übertragen.“ Ich bitte, das auch in Ihrer Drucksache ändern zu wollen. Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen die Ablehnung dieses Antrages vor und zwar mit Rücksicht darauf, daß die diffidentische Fürsorge seitens des Ministers bisher nicht anerkannt worden ist.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : In der Aussprache hat das Wort Herr Abgeordneter Siefmeier.

Abgeordneter S i e f m e i e r : Meine Damen und Herren! In der Statrede des Herrn Landeshauptmanns und der Generaldebatte über den Etat kam uns immer wieder die Feststellung entgegen, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge in der Rheinprovinz gesunken sei. Wir haben das zuerst für ein erfreuliches Zeichen angesehen. Wer darin aber einen Erfolg der Erziehung und ein erfreuliches Moment erblicken wollte, wurde

im Sachausschuß II eines anderen überzeugt. Denn es ist in dem Zurückgehen der Zahl der Fürsorgezöglinge nicht eine Abnahme des Prozentsatzes der verwahrlosten Kinder und Jugendlichen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Jugendlichen zu erblicken. Würde man vielmehr eine prozentuale Berechnung der in der Fürsorgeerziehung sich befindlichen Jugendlichen aufstellen, so würde das eine wenig erfreuliche Zahl bedeuten; denn die Gesamtzahl der Jugendlichen ist im Vergleich zu der Normalzahl vor dem Kriege und auch im Vergleich zu den Zahlen der Jugendlichen in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen. Im Jahre 1932 werden wir nur die Hälfte der Anzahl von Jugendlichen haben, die in den Normaljahren vor dem Kriege da waren. (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Hört, hört!) Schon diese Tatsache behütet uns vor einer Illusion in bezug auf die Erziehungserfolge in den Provinzialerziehungsstätten; sie behütet uns auch vor einer Illusion über den Stand der Erziehung überhaupt. Wenn man dazu noch bedenkt, daß in der heutigen Zeit ein ganz anderer Beurteilungsmaßstab vorhanden ist, daß heute ein viel größerer Grad der Verwahrlosung da sein muß, ehe ein Jugendlicher für die Fürsorgeerziehung als reif erkannt wird, wenn man weiter bedenkt, daß die Bezirksfürsorge weite Kreise von Jugendlichen selbst in Pflege übernimmt, so muß die Gesamtzahl, die sich dann ergeben würde, wenn man das alles zusammenzählt, ein geradezu erschreckendes Bild geben, und unserem heutigen Staat sollte diese Zahl doch sehr zu denken geben. (Zuruf rechts: Sehr gut!) Das möchte ich den Parteien der Regierungskoalition im Reich und in Preußen sagen. Sie kommen nicht vorwärts, wenn Sie sich durch das Vorhalten der absoluten Zahlen einer Selbsttäuschung und auch einer Fremdtäuschung hingeben. Es ist schon notwendig, daß man sich das nackte Bild der Tatsachen vor Augen stellt. Uns könnte es ja an und für sich gleichgültig sein, ob die Jugend dieses Staates den Staat zugrunde richtet; aber die Jugend ist des Volkes Zukunft, und auch diese Jugend, die sich in den Provinzialerziehungsstätten befindet, ist für die Zukunft unseres Volkes nicht bedeutungslos. Darum müssen wir uns um ihr Schicksal kümmern; insbesondere müssen wir den Ursachen ihrer Verwahrlosung nachgehen. (Zuruf rechts: Sehr richtig!) Wir vertreten nicht den Standpunkt der marxistischen Parteien, daß das Elend auch auf diesem Gebiete einzig und allein auf die Mißstände wirtschaftlicher, also rein materieller Art zurückzuführen sei. Aber wir stellen doch mit einer besonderen Betonung fest, daß die himmelschreienden sozialen Mißstände, die in diesem Staate bestehen, der ja doch nach der Ueberzeugung der Mehrheit dieses Hauses ganz hervorragend ist (Zuruf bei den Nationalsozialisten: Sehr gut!), die Verwahrlosung der Jugend in weitestem Maße herbeigeführt haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das hängt doch mit der Wirtschaft zusammen! — Zuruf des Abgeordneten Dunder:

Wer ist der Beherrscher des Staates? Der Kapitalismus.) Meine Herren von der Sozialdemokratie und Sie vom Zentrum, von den Demokraten und der Volkspartei, Sie haben seit über 10 Jahren das Szepter der Regierung dieses Staates in der Hand; aber es ist Ihnen nicht gelungen, diese Mißstände, die in erster Linie sich der Erziehung der Jugend entgegenstellen, zu beseitigen. Sie hatten andere Dinge zu besorgen, Verflawungsdiktate abzuschließen und sich darum zu bemühen, daß Ihre Herren Führer im Auslande gesellschaftsfähig wurden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Sehr gut!) Wenn man sich aber des Elends der deutschen Jugend annehmen will, dann muß man diesem Elend schon an die Wurzel gehen. Nur das ist eine positive Bekämpfung der Verwahrlosung, wenn man verhütet, daß ein Herabstinken zu einer Verwahrlosung möglich ist. (Zuruf rechts: Sehr wahr!) Wenn Sie, die Regierungsparteien, diese positive Bekämpfung der Verwahrlosung vornehmen wollen, dann müssen Sie sich in erster Linie viel mehr um das Wohnungselend kümmern, das in diesem Staate besteht. Sie müssen bedenken, daß gerade das Zusammengepferchtsein von jung und alt, von beiden Geschlechtern in wenig Raum zu sittlichen Verfehlungen geradezu hinführt. Insbesondere durch das Wohnungselend wird die sittliche Verfehlung gezüchtet.

Dann müssen Sie sich viel mehr als bisher um die Abstellung des Arbeitslosenelendes kümmern. Sie müssen einfache Wege zur Abstellung der Arbeitslosigkeit finden, sonst wird unser Volk aufhören zu existieren. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Es ist doch selbstverständlich, daß ein Jugendlicher, wenn er jahrelang nach seiner Schulentlassung tatenlos auf der Straße herumlungert, zur Arbeitsscheu erzogen wird, daß er dem Bandenwesen und Diebstahl zugeführt wird.

Dann müssen Sie sich auch viel mehr um das Elend der Großstadt kümmern. Wenn wir eine Statistik der Insassen der Provinzial-Erziehungsheime nehmen, so würden wir feststellen, daß der weitaus größte Prozentsatz aus den Großstädten stammt (Zuruf des Abgeordneten Renner: Stimmt nicht!), ein viel größerer Prozentsatz, als die Großstadt im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung darstellt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Aus den katholischen Gegenden!) Wir haben aber zu den verantwortlichen Regierungsparteien dieses Staates und dieses Systems nicht das Vertrauen, daß sie diese Grundübel der Verwahrlosung der Jugend beseitigen werden. Dazu sind Sie nicht fähig, und wir glauben, daß Sie auch nicht den Willen dazu haben. Das Uebel der Verwahrlosung werden Sie darum auch nicht an der Wurzel fassen, sondern Sie werden — wie es in der vergangenen Zeit gewesen ist — das bessern, was schon gefallen ist. Aber verhüten ist viel wichtiger als wieder gut machen.

Sie würden manches Elend von den Familien und auch von den betreffenden Jugendlichen abwenden,

wenn Sie Ihre vornehmste Pflicht darin erblickten, gesunde soziale Verhältnisse zu schaffen, in denen sich auch ein gesunder Mensch entwickeln kann. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Selbstverständlich sehen wir Nationalsozialisten das alleinige Heil nicht in einer besseren Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Die Frage der Fürsorgeerziehung ist in einem wesentlichen Punkte auch eine Frage der biologischen Qualität des Menschen. Ich kann es verstehen, daß Sie (zum Abgeordneten Renner gewandt) sich anschicken, den Saal zu verlassen, wenn man von diesem Punkte anfängt. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Ich bin biologisch absolut sauber!) Es ist sehr wichtig, daß man gerade über diesen Punkt der biologischen Qualität ein offenes Wort redet. Aber der Marxismus kann es nicht vertragen, daß das Gebiet der Rassenhygiene und Volkshygiene überhaupt angeschnitten wird. Ich kann dem Hause nur empfehlen, sich auf diesem Gebiete die Vorschläge meiner Partei in dem offiziellen Schrifttum unserer Bewegung anzusehen. Ich freue mich jedenfalls darüber, daß in weite Kreise hinein schon Verständnis für diese Dinge gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.)

Heute morgen wurden uns, wie immer, in entgegenkommender Weise die Düsseldorf Nachrichten auf den Tisch gelegt. Dort sieht man, wie Kreise, die nicht zu den Nationalsozialisten gehören, sich mit allem Ernst für dieses Thema zu interessieren beginnen. Dort steht ein Vortrag eines Studienrats W. Bousson aus Köln-Mülheim, den er im Düsseldorfer Verein für Familienkunde gehalten hat. Daraus will ich Ihnen nur einige Sätze vorlesen. (Zuruf bei den Kommunisten: Wir verzichten!) Nun, ich will Ihnen das gerne ersparen, lesen Sie es sich selbst durch. (Bravo! bei den Nationalsozialisten.) Aber das möchte ich Ihnen sagen: Das Volk, das sich gegen diese inneren Naturgesetze veründigt, wird untergehen. (Beifall bei den Nationalsozialisten. — Zuruf des Abgeordneten Renner: Wir halten Ihnen den Spiegel vor! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Im Wartesaal I. und II. Klasse in Essen sehen wir uns wieder!)

Dann möchte ich Ihnen noch sagen, daß neben diesen Punkten auch noch eine andere Angelegenheit für die Erziehung der Verwahrlosten unserer Provinz von Wichtigkeit ist: die geistig-sittliche Erziehung. Hierzu möchte ich vor allen Dingen denjenigen sagen, die sich so sehr über die Verwahrlosung der Jugend entzweiten, daß ja gerade die Generation der Erwachsenen die Schuld an der Verwahrlosung der Jugendlichen trifft. Wir stellen fest, daß der Jugendliche der erzieherischen Führung des Erwachsenen bedarf. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Jeder Erwachsene, es sei Mann oder Frau, hat die Pflicht zur Erziehung des Jugendlichen. Vor dieser Erziehungspflicht hat das Geschlecht der Erwachsenen sich gedrückt. Dieser Pflicht entzieht es sich auch heute noch, besonders der wichtigsten Pflicht, den Jugendlichen ein erzieherisches



Vorbild zu geben. Weil das Geschlecht derer, denen die Erziehung obliegt, nichts taugt, darum taugt unsere Jugend nichts. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten. Lachen bei den Kommunisten.) Nicht etwa die Jugend haben wir anzuklagen, sondern das Geschlecht der Erwachsenen und den Staat, die nicht besser für die Erziehung der Jugend sorgen.

Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß der Marxismus überhaupt keine Erziehung mehr kennt. Sie (zu den Kommunisten und Sozialdemokraten) bleiben einzig und allein bei der Organisation stehen. Sie wollen den Menschen seelenlos, Sie machen ihn auch seelenlos. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Sie sind schon seelenlos!) Aber gegen diese Erziehungsmaßnahmen des Marxismus empört sich die Jugend selbst. Sie ist nicht damit zufrieden, vom Brot allein zu leben, nein, sie will einen Lebensinhalt, der ihr ganzes Leben ausfüllt. Sie will auch ein Lebensziel haben, und bei diesem dritten Punkte muß die Provinzialerziehung einsetzen, auch in den Erziehungsheimen und in der Fürsorge. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Jedem Jugendlichen ein Sakentkrenz! — Zuruf des Abgeordneten Dunder: Mädelsgasse!)

Es ist nicht damit getan, daß man nur für die sozialen und biologischen Grundlagen der Erziehung sorgt. Darüber hinaus muß man bei der Erziehung der Bewahrlöcher der Provinz dem Leben des Jugendlichen einen Sinn geben, und dieser Sinn muß das ganze Sein des Jugendlichen erfüllen, das Menschsein in seiner irdischen Wirklichkeit und in seiner göttlichen Bestimmung. Das kann aber für uns nur sein, wenn man das Ziel und den Sinn des Lebens der Jugend in einem kraftvollen Deutlichkeit und in einem reinen Christentum erblickt. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Das ist eine Lebensgrundlage, die fähig ist, Schwächen zu beseitigen und Schäden zu verhindern. Es ist eine Lebensgrundlage, die uns nicht verzagen läßt im Blick auf die Zukunft unserer Jugend und im Blick auf die Zukunft unseres Volkes. (Bravo und Handklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jares: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kohl.

Abgeordneter Kohl: Der Herr Abgeordnete Jansen hat unseren Antrag auf Entlassung des Direktors Schenk von der Erziehungsanstalt Haleshof mit der Begründung abgelehnt, daß gegen diesen Direktor absolut nichts vorliege. Wir haben damit gerechnet, daß die bürgerlichen Parteien diesem Direktor im II. Ausschuß schon im voraus Generalabsolution erteilen würden, und sind darum über die Begründung für die Ablehnung des Antrages nicht überrascht. Es ist aber notwendig, einiges richtig zu stellen; so wie der Fall hier geschildert wurde, hat er sich nämlich nicht zugetragen.

Direktor Schenk ist verantwortlicher Leiter der Erziehungsanstalt Haleshof, und wenn der Leiter einer solchen Anstalt in einem Prozeß gegen einen Erzieher,

der wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen an Fürsorgezöglingen angeklagt ist, die Fürsorgezöglinge in den Schmutz zu ziehen versucht, ihnen alle moralischen Qualifikationen abspricht, dagegen die Qualitäten des überführten Erziehers ins hellste Licht zu rücken versucht, dann haben wir alle Ursache, einem solchen „Erzieher“ sehr skeptisch gegenüberzutreten. Wir sind schon der Auffassung, daß der Leiter einer Erziehungsanstalt seine Erzieher zum mindesten soweit kennen mußte, um zu verhindern, daß ein solcher Erzieher zwei Jahre lang an den Zöglingen Sittlichkeitsverbrechen begehen konnte, ohne daß angeblich irgend jemand in der Anstalt auch nur den leisesten Verdacht hegen konnte, daß solche Verbrechen unter den Augen des Direktors Schenk jeden Tag passierten. Ich weiß nicht, wie die Provinzialverwaltung dazu kommt, eine solche Tatsache zu rechtfertigen. Wenn selbst das Gericht bei der Vernehmung dem Erzieher sagt: „Sie sind also in dieser Anstalt das gewesen, was man im Kriege Korporalschaftsführer nannte“, dann hat das bürgerliche Gericht den Charakter dieses „Erziehers“ sehr gut gekennzeichnet. Und wenn der Direktor Schenk sagte, er sei so ahnungslos gewesen, daß er noch zu Weihnachten beabsichtigt habe, diesen Erzieher als Beamten anzustellen, wenn das nicht herausgekommen wäre, so müssen wir wiederum sagen: ein solcher Direktor eignet sich nicht zur Leitung einer Anstalt, der junge Proletarier anvertraut sind. Der Erzieher ist zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden; die Oberführung war also einwandfrei.

Nun hat sich kurz darauf ein zweiter Fall abgespielt, der vom Berichterstatter schon kurz skizziert wurde. Einer der Zöglinge, der nicht zu seiner Arbeitskolonne zurückkehrte, klettert auf einen Baum, stürzt dabei ab und erleidet eine schwere Rückenverletzung. Der Zögling ist drei Stunden lang in der Februartälte liegen geblieben, ehe man ihn abtransportierte. Nun kommt das Ungeheuerliche, weswegen wir der Provinzialverwaltung den Vorwurf machen, daß sie zum mindesten nicht einwandfrei gehandelt hat. Die Untersuchung ergab, daß der Zögling nach etwa drei Stunden abtransportiert wurde. Nachdem die Dinge in der Presse vuchbar wurden, erklärte die Verwaltung in einer Berichtigung — die vom Landesrat Dr. Saarboung, der hier sitzt und nachher vermutlich dazu sprechen wird, unterzeichnet wurde —, daß der Erzieher Lindemann, der für die ganze Sache verantwortlich war, den Weg zur Unfallstelle nicht hätte finden können (Hört, hört! bei den Kommunisten), und daß er von einem der Zöglinge nicht sofort benachrichtigt worden sei.

Zufällig kenne ich selbst den Ort, wo der Vorfall sich abgespielt hat, sehr genau und stelle hier noch einmal entgegen den Feststellungen im Ausschuß, daß die Entfernung vom Gutshof bis zur Unfallstelle mehr als eine Viertelstunde betrage, ausdrücklich fest, daß diese Entfernung 10 Minuten beträgt, wenn man schnell

geht. In der ersten Berichtigung, die Landesrat Dr. Saarboung der Presse übermittelte, heißt es, daß der Erzieher eine ziemlich lange Zeit gebraucht habe, um den Platz zu finden, nämlich etwa  $\frac{1}{4}$  Stunden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Sonderbar ist jedenfalls, daß, wenn die Zöglinge, die den Verunglückten zuerst gefunden haben, zu dem 10 Minuten entfernten Gutshofe gehen und Bescheid sagen, daß dort jemand schwer verletzt liegt, dann nicht sofort ein verantwortlicher Erzieher mit diesen Zöglingen zur Unfallstelle hingehet und die nötigen Feststellungen trifft.

Der Vertreter der Zentrumsparterie hat vorhin gesagt, daß Lindemann den Zögling beauftragt habe, eine Tragbahre und das Notwendige mitzunehmen, um den Zögling abzuholen. Demgegenüber stelle ich hier fest, daß der Zögling zu Lindemann gekommen ist und dieser wortwörtlich gesagt hat: „Wenn der Junge auf den Baum geklettert ist, kann er auch von selber wieder herunterkommen.“ (Unerhört! bei den Kommunisten.) Nach der Berichterstattung ist Lindemann dann nicht zu dem verunglückten Zögling hingegangen, sondern hat ruhig oben gewartet. In der Zwischenzeit ist der Stadtförster und auch der Inspektor Büschel aus der Anstalt an der Unfallstelle gewesen. Dieser hat, als einer der Zöglinge vom Erzieher Lindemann zurückkam, gesagt: „Wenn Lindemann nicht kommt, muß er sofort geholt werden!“ Also eine ganz entgegengesetzte Feststellung wie die, die bei der Berichterstattung hier vorgebracht wurde! Dann hat man nicht etwa einen Krankenwagen genommen, sondern eine Schlagkarre, einen zweirädrigen Leiterwagen aus der Gärtnerei. Darauf hat man einige Matrasen und Unterlagen gelegt, hat dann den Zögling über einen Zaun hinübergetragen und auf diese Karre gelegt. Ich weiß nicht, ob eine Krankentrage überhaupt vorhanden war — in einer Anstalt müßte es der Fall sein —. Ich behaupte aber, wäre eine solche dagewesen, so hätte man diese Krankentrage an den Zaun und dann hinüberschaffen können, damit der Verunglückte mit den schweren Rückgratverletzungen nachher beim Transportieren über den Zaun nicht noch innere Verletzungen erlitt.

In der Berichtigung des Landesrats Dr. Saarboung wurden die Dinge ganz anders dargestellt; es wurde alles abgestritten. Wir fordern die Verwaltung auf, erneut eine Untersuchung einzuleiten; denn es stehen genug Zeugen zur Verfügung, die nachweisen können, daß die Angaben in der Berichtigung des Herrn Dr. Saarboung nicht stimmen. Ich behaupte: Entweder hat Direktor Schenk mit Wissen der Erzieher einen solchen Bericht an die Landesfürsorge geschickt, um die Dinge zu vertuschen oder aber, die Verwaltung ist über die Zusammenhänge nicht informiert gewesen. Auf alle Fälle muß die Verwaltung eine klare Antwort geben; sie kann sich nicht um eine Stellungnahme herumdrücken. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn Sie bei Ihrer Stellungnahme beharren und unseren Antrag ablehnen, so fragen wir: Warum haben Sie nicht gegen

die Presse geklagt? Es sind genügend Zeugen vorhanden! Wir sind bereit, die Sachlage zu klären. Wir haben ein Interesse daran, daß ein Erzieher über der Anstalt wacht, der zum mindesten die Qualifikation dazu hat. Wir Kommunisten sprechen ihm auf Grund der Vorfälle die Qualifikation ab, und darum ist unser Antrag absolut begründet. Das zum Fall Haleshof.

Wir haben ferner einen Antrag gestellt, daß die Betreuung der dissidentischen Kinder in Zukunft nicht mehr der Arbeiterwohlfahrt, sondern der dissidentischen Fürsorge übertragen wird. Wir stützen uns dabei auf Artikel 137, Absatz 7 der Reichsverfassung, der besagt, daß Religions-Gesellschaften, die Vereinigungen gleichgestellt werden, welche sich die Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen, die Fürsorge durchführen können. Das Reichs-Jugendwohlfahrts-Gesetz hat sich für den Artikel 137 der Reichsverfassung entschieden und festgestellt, daß Weltanschauungen und Bekenntnisse gleichzustellen sind. In einem Ministerialerlaß vom 6. Januar 1927 werden alle Vereinigungen aufgezählt, denen die Fürsorgeerziehung obliegt. Dabei wird aber ausdrücklich gesagt, daß es zweifelhaft sei, ob die Arbeiterwohlfahrt eine weltanschauliche Organisation sei (Zuruf: Das ist inzwischen entschieden.), da eine bestimmte Weltanschauung nicht festzulegen sei, weil die Organisation eine Zweigorganisation der Sozialdemokratischen Partei ist. Das stimmt insofern, als die Sozialdemokratische Partei keine bestimmte Weltanschauung mehr vertritt, vielmehr sich heute die Weltanschauung des Großkapitals zu eigen gemacht hat. — Da die Arbeiterwohlfahrt nichts anderes ist als ein einfaches Konkurrenzunternehmen auf der gleichen weltanschaulichen Plattform wie die karitativen Verbände, so hat sie natürlich auch keinen Anspruch darauf, Weltanschauungsorganisation zu sein. Die dissidentische Fürsorge ist die Weltanschauungsorganisation der proletarischen Freidenker. Sie grenzt sich ganz scharf ab sowohl gegen die „religiös-sozialistischen“ wie auch gegen die bürgerlichen karitativen Verbände und den Katholizismus. Wir werden nicht zulassen, daß Kinder aus dem dissidentischen Lager in die Hände jener Leute fallen, die ein Interesse daran haben, die Kinder wieder in ihren Wirkungskreis hineinzuziehen — um mich ganz vorsichtig auszudrücken.

Wie weit die Dinge dabei gehen, möchte ich nur an einem Fall aus Hunderten und aber Hunderten von Fällen darlegen. Vor einigen Tagen hat eine Fürsorgeschwester des evangelischen Jugendamts in Wald — und zwar die Schwester Tromm, um den Namen zu nennen — eine direkte Erpressung an einer dissidentischen Arbeiterfamilie versucht. Diese Familie ist mit ihren Kindern aus der Kirche ausgetreten, der achtjährige Junge besuchte die weltliche Schule. Die Schwester ist zu den Eltern gekommen und hat gesagt: „Wenn ihr den Jungen nicht sofort aus der weltlichen Schule nehmt und in die evangelische Schule schickt, werde ich dafür sorgen, daß der Junge wieder in



Fürsorge kommt. (Unerhört! bei den Kommunisten.) Ich werde weiter dafür sorgen, daß das sechsjährige Mädchen, das in Fürsorge ist, nicht in die Hände der Mütter zurückkehrt.“ Mit solchen gemeinen Erpressermethoden arbeiten die kirchlichen Organisationen. Als Freidenker und Vertreter des klassenbewußten Proletariats haben wir alle Ursache, gegen solche Zustände zu protestieren.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingegangen. Ich frage, ob der Antrag von 10 Abgeordneten unterstützt wird. Das ist der Fall. Zum Wort sind noch gemeldet: Frau Becker und die Herren Abgeordneten Beck, Kurth, Dr. Schüller und Janßen. Ich habe zunächst noch zu fragen, ob die Fraktionen, die noch nicht zu Wort gekommen sind, noch Wert auf das Wort legen. Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für Schluß der Besprechung sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Eine peinliche Angelegenheit!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Ich habe mich bereits gestern zu dieser Frage zum Wort gemeldet und halte es für nötig, noch kurz auf etwas hinzuweisen. Im Sachauschuß wurde ich zur Nachprüfung der Bücher bestimmt.

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Ich kann Ihnen das Wort zur Sache nicht geben. Sie haben nur das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Beck: Ich muß hier etwas richtig stellen, was noch nicht geklärt ist, auch im Sachauschuß nicht geklärt wurde.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich kann Ihnen das Wort zur Sache nicht geben und bitte Sie, das Rednerpult zu verlassen. (Abgeordneter Beck kommt der Aufforderung nicht nach.) Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung. (Abgeordneter Beck beabsichtigt weiter zu reden.) Herr Abgeordneter, ich rufe Sie nochmals zur Ordnung. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Bei den Nazis wird das nicht gemacht! — Zuruf des Abgeordneten Haake: Die machen es auch klüger wie Ihr!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Selbmann.

Abgeordneter Selbmann: Ich möchte zu dem eben beschlossenen Schluß der Besprechung folgendes sagen: Nach der Geschäftsordnung ist es zwar möglich, wenn alle Fraktionen zu Wort gekommen sind, oder die Fraktionen, die noch auf der Rednerliste stehen, auf das Wort verzichten, über einen Schlußantrag abzustimmen. Ohne Zweifel besteht aber, wenn von einer Fraktion zwei Redner gemeldet sind, zwischen diesen eine Vereinbarung über das, was sie in den Reden zu behandeln gedenken; das heißt, daß die Fraktion das, was sie zu dem Punkte zu sagen hat, auf

diese beiden Redner verteilt hat. Wenn daher nur ein Redner dieser Fraktion gesprochen hat, so kann sich der Vorsitzende bei einer strengen Auslegung der Geschäftsordnung formell zwar für berechtigt halten, über den Schlußantrag abstimmen zu lassen; es entspricht jedoch keineswegs dem Sinn der Geschäftsordnung, zu verhindern, daß jede Fraktion wenigstens alles, was sie zu sagen gedenkt, in der ihr zugestandenen Redezeit auch sagen kann. Wenn deshalb hier formell von diesem Paragraphen Gebrauch gemacht wird, so sage ich, daß es sich bei den letzten Tagesordnungspunkten, wo über Schluß der Besprechung abgestimmt worden ist, immer gezeigt hat, daß es deshalb geschehen ist, um die Debatte bei einem unliebsamen Punkt abzuwürgen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Ich muß feststellen, daß der Vorsitzende die Geschäftsordnung nicht richtig ausgelegt hat. In § 21, Absatz 2 heißt es: „Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen sich auf die geschäftliche Behandlung des zur Besprechung oder Beschlussfassung stehenden Gegenstandes oder auf die Geschäftslage des Provinzial-Landtages beziehen und nicht länger als fünf Minuten dauern.“ Mein Fraktionsfreund Beck wollte hier eine Feststellung über eine stattgefundene Revision der Kassen und Belege der Provinzial-Erziehungsheime treffen. Er wollte einen festgestellten Mißstand darlegen und daran die Frage knüpfen, wie es kommt, daß in den Geschäftsbüchern unter den Ausgaben für Bekleidung eine solche falsche Uebertragung stattfinden kann. Ich möchte dies, ohne daß ich Sachkenner der Materie bin, hiermit zum Ausdruck bringen. Es handelt sich um den Posten für Bekleidung, worunter Gebetbücher aufgeführt sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Dunder, ich kann Ihnen das Wort zur Sache nicht geben. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das gehört zur Geschäftslage des Landtages!) Nein, das gehört zur sachlichen Beratung, die bereits geschlossen ist.

Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für die Anträge des II. Sachauschusses zu Nr. 43 bis 48 sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den verbundenen Gegenständen 49 bis einschließlich 58. Dabei möchte ich den Vorschlag machen, die Wahlen zum Jugendamt unter Nr. 55 morgen mit den übrigen Wahlen zu verbinden, damit die Wahlen sich in der vorgesehenen Reihenfolge vollziehen. Damit sind Sie einverstanden.

Ich darf dann noch darauf aufmerksam machen, daß wir noch die Punkte 80, 81 und 82 des Nachttrages zur Tagesordnung behandeln müssen. Es handelt sich da um die Wahl des neuen Sachauschusses und um die Zahl der Mitglieder der Provinzialkommissionen. — Die Wahlvorschläge dazu müssen ja

bis heute abend eingereicht sein. — Wenn die Frau Berichterstatterin und das Haus damit einverstanden sind, möchte ich empfehlen, diese Punkte 80, 81 und 82 des Nachtrages noch vorher vorzunehmen, damit die einzelnen Fraktionen wissen um wiewiele Mitglieder es sich in den einzelnen Kommissionen handelt. Damit sind Sie einverstanden.

Dann erteile ich das Wort zur Nr. 80 Herrn Abgeordneten Tenhaeff als Berichterstatter.

Abgeordneter Tenhaeff: Im V. Sachausschuß ist die Notwendigkeit festgestellt worden, für landwirtschaftliche Angelegenheiten eine ständige Sachkommission zu bilden. Es wird Ihnen daher vorgeschlagen zu beschließen, daß der Provinzial-Landtag die Bildung einer neuen ständigen Provinzialkommission für Landwirtschaft und Weinbau, und die Wahl mit den Neuwahlen zu den übrigen Provinzialkommissionen vornehmen soll.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hierzu wird nicht gewünscht. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß so beschlossen ist.

Dann schlage ich vor 81 und 82 zu verbinden. Berichterstatter ist in beiden Fällen Herr Abgeordneter Selbmann.

Abgeordneter Selbmann: Dem Geschäftsordnungsausschuß lag ein Antrag der SPD.-Fraktion vor, die Zahl der Kommissionsmitglieder von 8 auf 11 zu erhöhen. Ein zweiter Antrag der SPD. verlangte, die Zahl der Provinzialkommissionsmitglieder von 8 auf 15 zu erhöhen und außerdem für die Mitglieder der Provinzialkommission je einen Stellvertreter zu wählen. Im Ausschuß wurde dieser Antrag damit begründet, daß durch die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Provinzialkommission einmal das Mitbestimmungs- und Mitspracherecht des Plenums des Landtages in den Arbeiterkommissionen besser gewahrt werde und zum anderen die Wahl von Stellvertretern deshalb notwendig sei, weil sich herausgestellt habe, daß bisher bei Verhinderung eines Mitgliedes einzelne Fraktionen ganz ohne Vertreter waren oder das betreffende Mitglied dann im Ausschuß nicht mitarbeiten konnte. Der Geschäftsordnungsausschuß hat deshalb beschlossen, dem Plenum vorzuschlagen, dem Antrag der SPD., für jedes Mitglied einen Stellvertreter zu wählen, stattzugeben und den Antrag der SPD. auf Erhöhung der Zahl der Mitglieder auf 15 abzulehnen, ebenso den Antrag der SPD. auf Erhöhung von 8 auf 11 abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die zu 80, 81 und 82 für die Anträge des Ausschusses sind, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das geht nicht. Sie haben nicht gefragt, ob wir nicht einzeln abstimmen wollen. In diesem Falle müssen wir doch die Erhöhung auf 15 bzw. 11 Mitglieder verschieden behandeln.)

Dann komme ich zunächst zu Punkt 80. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Der ist schon angenommen!)

Wir kommen dann zu 81. Hier wird positive Abstimmung beantragt. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag der kommunistischen Fraktion unter a) sind, Erhöhung der Mitgliederzahl auf 15, — das ist der weitestgehende Antrag — sich zu erheben. Das ist nicht die Mehrheit. Das ist abgelehnt.

Wer für den Antrag der SPD. unter Drucksache 53 ist, Erhöhung der Mitgliederzahl von 8 auf 11, den bitte ich, sich zu erheben. Auch das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zu dem Antrage des Ausschusses, für jedes Mitglied die Wahl eines Stellvertreters vorzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. Das ist angenommen.

Wir gehen dann zurück in der Tagesordnung zu den Punkten 49 bis 58. Berichterstatterin zu den Nummern 49 bis 51 ist Frau Abgeordnete Blumberg.

Abgeordnete Frau Blumberg: Der Haushaltsplan des Landesjugendamtes sowie die verschiedenen Haushaltspläne, die wir vorhin besprochen haben, gehören zum Dezernat des Sachausschusses II. Da ich da die Vorsitzende bin, erlaubt mir der Herr Präsident vielleicht, daß ich jetzt zu der Sache, die eben von den Kommunisten nicht mehr vorgebracht werden konnte, mitteile, daß wir beschlossen haben, die Bitte auszusprechen, es möge ein Weg gefunden werden, der ermöglicht, daß die Rechnungsprüfer schon am Tage vor der Sitzung beginnen, damit sie mehr Zeit für die Rechnungsprüfung haben, als man im Laufe der Sitzung ihnen zubilligen kann.

Zum Haushaltsplan des Jugendamtes ist gesagt worden, daß man die Arbeit des Landesjugendamtes nur lobend hervorheben kann, daß man insbesondere die freiwillige Erziehungshilfe, die der verstorbene Landesrat Vossen so sehr gefördert hat, begrüßt, daß man die Maßnahmen der Fürsorge für kinderreiche Familien in jeder Beziehung für gut und wünschenswert hält, daß weiter die Verwaltung Aufklärung gegeben hat über die Schulzahnpflege und daß infolgedessen die Antragsteller der SPD. ihren Antrag über die Schulzahnpflege als erledigt betrachten. Wir bitten, den Haushaltsplan des Landesjugendamtes unverändert anzunehmen.

Zu Punkt 50. Der Antrag der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mußte von dem II. Sachausschuß abgelehnt werden. Die Ablehnung richtet sich nicht gegen die Tendenz des Antrages. Der Sachausschuß hält sich aber für unzuständig und hat die Antragsteller an das Landesjugendamt direkt verwiesen.

Zu Punkt 51: Antrag der Kommunistischen Partei, betreffend Ausarbeitung einer Denkschrift durch das Landesjugendamt über die in der Rheinprovinz vorhandene Kinderarbeit. Auch hier richtet sich die Ablehnung des Sachausschusses nicht gegen die Tendenz



des Antrages. Im Gegenteil, alle Mitglieder des Ausschusses waren sich über den Ernst der Frage einig; sie hielten aber die Ausarbeitung einer Denkschrift nicht bloß für sehr schwierig und kostspielig, sondern auch in diesem Augenblick für unzweckmäßig, da in Berlin anlässlich der neuen Gesetzesvorlagen eine ähnliche Erhebung mit größeren Befugnissen und damit vielleicht auch besserem Erfolge schon vorgenommen wird. Der Sachausschuß glaubt, das im Augenblick Mögliche zu tun, wenn er das Landesjugendamt als den Wächter auf dem Turm im Dienste der rheinischen Jugend aufruft, indem er Ihnen folgende Entschließung zur Annahme empfiehlt:

„Das Landesjugendamt wird ersucht, Jugendämter und Gewerbeinspektoren auf die gesetzwidrige gewerbliche Beschäftigung von Kindern aufmerksam zu machen, sowie alle nötigen Schritte zu unternehmen, um etwaigen Mißbräuchen entgegenzutreten.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter zu Nummer 52 ist Herr Abgeordneter Dörr.

Abgeordneter Dörr: Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Ihnen vorliegende Drucksache Nr. 17: Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Verwendung der dem Landesjugendamt zur Durchführung von Hilfsmaßnahmen für kinderreiche Familien zur Verfügung gestellten Mittel.

Der 76. Provinziallandtag hatte in Anerkennung der Notlage der kinderreichen Familien in der Provinz beschlossen, daß die dem Landesjugendamt für Zwecke der Jugendfürsorge zur Verfügung stehenden Mittel teilweise Verwendung finden sollten zur Gewährung von Beihilfen zu den Kosten der Berufsausbildung von begabter Kinder aus kinderreichen Familien und zur Durchführung von Erholungskuren für kinderreiche Mütter. Das Landesjugendamt hat in Verbindung mit den kommunalen Jugendämtern diesen Beschluß mit den vorigen Jahre in sehr segensreicher Weise zur Anwendung gebracht.

Wie Ihnen auf Seite 4 und 5 der Drucksache 17 nachgewiesen ist, sind an 502 Kinder aus kinderreichen Familien Berufsausbildungszuschüsse verteilt worden, und 1783 kinderreichen Müttern ist eine Erholungskur von durchweg vier Wochen im vorigen Jahr ermöglicht worden.

Der Provinzialausschuß hat sich nun mit den im vorigen Jahre festgesetzten Richtlinien für die Durchführung der Müttererholung wie auch der Erziehungsbeihilfen befaßt und vorgeschlagen, hier in Erwägung zu ziehen, ob nicht das Landesjugendamt eine Aenderung der bisherigen Richtlinien vornehmen möge, und zwar wünscht man eine Aenderung in dreifacher Hinsicht: Erstens soll in Erwägung gezogen werden, ob es nicht möglich ist, die Grenze des Einkommens, die bisher bekanntlich bei 4 Kindern 400 RM betrug, auf 300 RM herabzusetzen, zweitens, ob nicht, auch von der bisherigen Praxis abweichend, eine örtliche Erholungs-

fürsorge durchgeführt werden kann, und drittens, ob nicht die Unterbringung der erholungsbedürftigen Mütter auch in Familien möglich ist.

Der II. Sachausschuß hat sich eingehend mit diesen Vorschlägen befaßt und kommt zu folgendem Ergebnis:

Wie Ihnen auf Seite 4 der Drucksache 17 nachgewiesen ist, hatten von den 502 kinderreichen Familien, deren Kinder eine Erziehungsbeihilfe erhielten, allein 417 Familien ein Einkommen von monatlich bis zu 300 RM und nur 85 Familien ein solches über 300 RM. Dasselbe war bei den Müttern der Fall: Von den 1783 Müttern, denen die Erholungskur gewährt worden ist, hatten 1490 Familien ein Einkommen bis zu 300 RM, während nur 393 Familien ein Einkommen über 300 RM hatten. Damit ist bewiesen, daß die Anregung des Provinzialausschusses bereits in der Praxis durchgeführt worden ist. Der Sachausschuß glaubt daher, von einer weiteren Aenderung und überhaupt von einer Ueberlegung, ob eine Aenderung eintreten soll, Abstand nehmen zu sollen.

Bezüglich der Unterbringung in örtlicher Erholungsfürsorge vertritt der Ausschuß die Auffassung, daß eine Erholungskur für die Mutter nur dann ihren Zweck: Wiederaufrichtung ihres Gesundheitszustandes erfüllen kann, wenn während dieser Zeit eine vollständige Loslösung von der nervenzerrüttenden Aufgabe in der Familie gewährleistet ist.

Bezüglich der Unterbringung der Mütter in Familien steht der Ausschuß auf dem Standpunkt, daß dieser Vorschlag zweifellos der Erwägung wert ist, daß er aber auch große Gefahren insofern in sich birgt, als hier leicht Unfug getrieben werden kann.

Außerdem glaubt der Ausschuß die Auffassung vertreten zu müssen, daß während der Erholungskur auch eine ärztliche Ueberwachung nicht entbehrt werden kann, die zweifellos nicht in dem Maße gewährleistet ist, wenn eine Unterbringung in der Familie vorgesehen wird.

In Verbindung damit verweise ich auf den Antrag der KPD-Fraktion unter Drucksache 120, der bekanntlich die Erhöhung der für die Zwecke der Jugendfürsorge zur Verfügung gestellten 200 000 RM auf 300 000 RM verlangt.

Der II. Sachausschuß hat die Auffassung vertreten, daß es zweifellos wünschenswert sei, hier eine Erhöhung der Position vorzunehmen, daß aber im Augenblick aus finanziellen Erwägungen dazu die Voraussetzungen fehlen.

Bezüglich des Schlusabsatzes dieses Antrages hinsichtlich der dissidentischen Fürsorge und der Internationalen Arbeiterhilfe erklärt der Sachausschuß sich nicht für zuständig, weil ja die Vorschläge für die Erholungskuren der Mütter sowohl wie auch für die Verteilung der Erziehungsbeihilfen nicht vom Landesjugendamt ausgehen, sondern diese Vorschläge bekanntlich von den örtlichen Jugendämtern gemacht werden.

Man muß sich daher seitens der Antragsteller an örtliche Jugendämter wenden.

Der II. Sachausschuß empfiehlt Ihnen daher die Annahme der Drucksache Nr. 139: „Der Provinziallandtag wolle den Antrag des Provinzialausschusses unter Streichung des letzten Absatzes annehmen.“

Der letzte Absatz lautet: „Das Landesjugendamt wird aber ersucht, zu prüfen, ob nicht die Einkommensgrenze von 400 auf 300 RM herabzusetzen ist, ob nicht auch Kuren in örtlicher Erholungspflege zu unterstützen sind und ob nicht auch Mütter mit Kindern nicht nur in Anstalten, sondern auch in Familien untergebracht werden können.“

Dieser Schlußabsatz soll gestrichen werden.

Weiter schlägt Ihnen der Sachausschuß vor, den kommunistischen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 53 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Kurth.

Abgeordneter Kurth: Es handelt sich um einen Antrag der Nationalsozialistischen Partei, betreffend stimmberichtigte Vertretung im Landesjugendamt. Der II. Sachausschuß mußte zu der Auffassung kommen, da das Landesjugendamt ja von diesem Landtag neu gewählt wird, es Aufgabe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sein müsse, sich mit den übrigen Fraktionen in Verbindung zu setzen, um zu versuchen, dort ihre Wünsche durchzusetzen. Soweit vom Provinziallandtag die Mitglieder des Landesjugendamtes gewählt werden, erfolgt dies nach dem Verhältniswahlssystem. Falls unter diesen Bedingungen die Nationalsozialistische Arbeiterpartei nicht berücksichtigt werden kann, ist das eben auf ihr Stärkeverhältnis zurückzuführen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 54 ist Berichterstatterin die Abgeordnete Fräulein Otto.

Abgeordnete Fräulein Otto: Zum Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung der Satzung des Landesjugendamtes, schlägt Ihnen der Sachausschuß vor:

„Der § 7 der Satzung des Landesjugendamtes der Rheinprovinz erhält folgende Fassung:

„Für jedes Mitglied des Landesjugendamtes ist ein Stellvertreter zu wählen. Nach jeder Neuwahl des Provinziallandtages sind die Mitglieder und Ersatzleute des Landesjugendamtes neu zu bestellen. Bis zur Neubestellung üben die bisher bestellten Mitglieder ihre Tätigkeit weiter aus.“

Das ist lediglich eine formelle Aenderung, die sich aus der Abänderung des preussischen Gesetzes ergibt.

Der II. Sachausschuß bittet um Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Jarres: Punkt 55 wird auf morgen vertagt. Zu Punkt 56 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Henze.

Abgeordneter Henze: Meine Damen und Herren! Der II. Sachausschuß hat zur Drucksache 77: Antrag der Kommunistischen Partei:

„Es werden keine weiteren Broschüren, von dem Landesrat Wingender herausgegeben, gedruckt und die vorhandenen eingestampft“ beschlossen, diesen Antrag abzulehnen.

Es handelt sich hier um eine Schrift, die im Selbstverlag des Verfassers erschienen ist. Der Bezug dieser Schrift ist sogar erschwert. Der Verfasser sagt auf Seite 1: „Dieses Buch ist nicht durch den Buchhandel zu beziehen; es kann nur von Personen, die am Bezug ein berechtigtes Interesse haben, durch Vermittlung des betreffenden Stadt- oder Kreisjugendamtes oder von Lehrern, Wohlfahrts- und Volkbildungsorganisationen oder Buchhändlervereinigungen vom Verfasser bezogen werden.“

Der zweite Punkt des Antrages lautet:

„Die Stelle zur Bekämpfung von Schmutz und Schund beim Landesjugendamt wird aufgehoben.“ Auch hier beantragt der Ausschuß Ablehnung, weil die Stelle nicht aufgehoben werden kann, da es sich um eine Stelle handelt, die auf Grund des Reichsgesetzes vom 18. Dezember 1926 von der Provinz eingerichtet werden mußte.

Der Ausschuß beantragt also, beide Anträge abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 57 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Hennes.

Abgeordneter Hennes: Im Entwurf des diesjährigen Haushaltsplans war unter dem Titel „Verschiedenes“, Position 20 zur Förderung des Lichtspielwesens in der Jugendpflege eine Summe von 50 000 RM eingelegt. Diese Position wurde dahin verändert, daß die gleiche Summe in dem uns jetzt vorliegenden Haushaltsplan für außerordentliche Maßnahmen zur Fürsorge für kinderreiche Familien angelegt wurde. Beim Etat des Landesjugendamtes finden wir an Stelle der Summe von 50 000 RM im Vorjahr nunmehr eine Summe von 85 000 RM angegeben, also ein Mehr von 35 000 RM. Infolgedessen stellt der II. Sachausschuß den Antrag:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: Der Provinzialausschuß wird ersucht zu prüfen, ob nicht aus sonstigen Etatsmitteln oder Ersparnissen im Laufe des Jahres für außergewöhnlichen Bedarf von Filmen ein Betrag von 30 000 RM zur Verfügung gestellt werden kann.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Zu Punkt 58 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Heinrichs.

Abgeordneter Heinrichs: Der Landesauschuß rheinischer Jugendverbände hat beantragt, 250 000 RM zur Förderung der Erholungspflege für erwerbstätige Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren, und zwar zu Zuschüssen für Freizeit, Wanderungen u. dergl. zur Verfügung zu stellen. Der Antrag ist im II. Sachausschuß beraten worden. Man ist dabei einstimmig zu folgender Stellungnahme gekommen.



Der Ausschuß begrüßt an sich alle Bestrebungen für die Freizeit der Jugendlichen und ihre Erholung. Er begrüßt es auch, daß die Provinz das fördert, allerdings in derselben Form wie bisher, durch Jugendherbergszuschüsse, Wanderwege u. dergl. Nicht aber ist der Ausschuß der Meinung, daß es richtig sei, durch Zuschüsse an einzelne Jugendliche oder an Organisationen für solche Kuren die Förderung zu gewähren. Das würde die Mittel zu sehr zersplittern. Das wäre eine Sache, die durchaus unüberichtlich wäre, sowohl nach der finanziellen Seite wie nach der Seite der sachlichen Verwendung. Deshalb ist der Ausschuß einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen die Ablehnung des Antrages vorzuschlagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich eröffne die Besprechung und erteile das Wort zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: Was mich bewegt, gerade zu dem Punkte hier zu sprechen, ist ein Vorfall, den ich mit einem führenden Mitgliede des Landesjugendamtes erlebt habe. Es wurde den Abgeordneten in Preußen auf einmal eine Broschüre über Schmutz und Schund von einem Landesrat Wingen der mitgeteilt. Kein Mensch hatte darum gebeten; kein Mensch wußte, was das zu bedeuten hätte, daß allein die Rheinprovinz von allen Provinzen Preußens auf einmal ein dickes Buch drucken läßt und es den Abgeordneten im Preussischen Landtage mitteilt. Alles war erstaunt und dachte: Das ist aber ein sehr eifriger Beamter, ein außerordentlich eifriger Mann. (Lachen bei den Nationalsozialisten.) Man hat dann natürlich auch gefragt, woher das Geld käme, und man hat dann festgestellt, daß der Herr, soweit mir berichtet ist, das Buch auf eigene Kosten hat drucken lassen. Dann haben es ihm das Landesjugendamt und andere Beamter abgekauft — ein sehr ordentlicher Weg. Als man dann einen Blick hinein tat, fand man ein Bild „Ritualmord“ aus dem „Westdeutschen Beobachter“ in Köln. Es war vorher eine Verhandlung in Berlin vor dem Gericht für Schmutz und Schund geführt worden, wo ein Herr aus Düsseldorf mir auf einmal in der Verhandlung gegenübertrat und dort, allerdings sehr nett und wenig aggressiv — das muß ich sagen —, die Sache seiner Provinz und seines Landesjugendamtes vertrat. Ich sagte mir: Das ist ein sehr konzilianter Herr. Er gab sich nicht viel Mühe, die Sache durchzubringen. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Der Erfolg war denn auch, daß die Klage des Landesjugendamtes abgewiesen wurde. Es wurde nicht etwa, wie es beantragt war, der „Westdeutsche Beobachter“ verboten. Allerdings wurde nachher im Urteil dem Freispruch eine sehr üble Begründung gegeben. Aber das hat ja damit nichts zu tun. Tatsache ist jedenfalls, daß das Landesjugendamt mit seiner Klage gegen ein Parteiblatt, in diesem Falle meine Zeitung in Köln, hereingefallen ist. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Nach dem Gesetz

darf über Verhandlungen über Schmutz und Schund nichts veröffentlicht werden. Laut Gesetz durften wir weder den Verhandlungsbericht geben, noch durfte das Landesjugendamt irgendetwas veröffentlichten. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Es stehen darauf drei oder noch mehr Jahre Gefängnis. Dann auf einmal kommt dieses Buch an, auf einmal war diese Geschichte darin. Wir fragen das Landesjugendamt, ob es eine Einrichtung irgendeiner Partei ist oder ob es die öffentlichen Gelder dazu benutzt, um gegen irgendeine unliebsame Partei Propaganda zu machen. Wir fragen weiter das Landesjugendamt und die sonstigen Beamten, wer sie beauftragt hat, dem Herrn Landesrat Wingen der sein Privateigentum abzukaufen. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Wir fragen, wer Herrn Wingen der veranlaßt hat, seine Parteibroschüre der Sozialdemokratischen Partei dem Landesjugendamt anzubieten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Voriges Jahr ist im Preussischen Landtag über diesen Artikel und dieses Bild, das in der Broschüre verbreitet worden ist, eine lange Debatte geführt worden. Es war damals eine Diskussion mit dem Zentrumsabgeordneten Prälat Dr. Vinneborn. Vielleicht haben Sie in der „Kölnischen Volkszeitung“ oder in anderen Blättern von dieser Debatte gelesen. Ich habe vor dem Landtag in einer längeren Diskussion in sachlicher Art (Lachen links) dargelegt — das können Sie nicht, das weiß ich, dazu fehlt Ihnen der Geist (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten) —, daß im Archiv der Kurie in Rom Originalakten über begangene Ritualmorde vorhanden sind. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Ich habe damals in dieser scharfen Diskussion an Hand von Urkunden nachgewiesen, daß drei Päpste sanktioniert haben, daß ein bestimmter Ritualmord an dem Knaben Simon von Trient begangen worden ist. Es heißt in dem letzten Urteil, das sieben Kardinäle verfaßt haben und das der Papst unterschrieben hat: Es ist damals dieser Mord an dem Knaben Simon von Trient begangen worden, um Blut zu Ritualzwecken zu erhalten. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Ich habe damals weitere Fälle vorgebracht. Ich glaube, daß damals auch viele Vertreter der Zentrumspartei mir innerlich recht gaben und daß diese Diskussion auf den Preussischen Landtag sehr ernüchternd eingewirkt hat. (Lachen links.) Meine Damen und Herren! Um so unverständlicher ist es, daß sich jetzt ausgerechnet das Landesjugendamt zum Austräger dieser Gedanken macht. Das ist uns ein Beweis dafür, daß auch in diese Institution der Parteigeist Einzug gehalten hat. (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten.) Dann allerdings bedauern wir unsere rheinische Jugend, wenn sie einem solchen Parteiapparat ausgeliefert ist. Dann wissen wir, daß sie von diesem Amte nichts zu erwarten hat. Wenn alles, was heute in diesem Volksstaate ist, von Parteien zersessen ist, daß selbst diese Gelder, die für

unsere rheinische Jugend verwandt werden sollen, zu parteipolitischen Zwecken verwandt werden, dann können allerdings Deutschland und die rheinische Jugend nicht gefunden. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.)

Ich möchte noch etwas zu dem Thema der Kinderreichen sagen. Ich möchte auch hier bitten, daß die Wohlfahrt und das Landesjugendamt nicht zu Parteizwecken ausgenutzt werden. Es ist mir eine ganze Reihe von Fällen bekannt geworden, wo Lehrer, tüchtige Menschen, sich in den Dienst dieser Sache gestellt haben. Es ist Tatsache, daß diese Menschen zum Teil verfolgt werden, wenn sie nicht eine bestimmte Partei haben. (Hört, hört! bei den Nationalsozialisten.) Ich möchte auch hier bitten, daß das anders wird. (Zuruf links: Thüringen!) Meine Damen und Herren! Wenn alles zu Parteizwecken gebraucht werden soll, dann wundern Sie sich nicht, dann kann das Wort des greisen Reichspräsidenten von der Einigkeit nur eine Phrase sein und sonst nichts. Wenn die Parteischranken in unserem Volk so eng gezogen sind, daß keiner mehr darüber hinweg kann, und über alles geschachert und gekühandelt wird, dann wundern Sie sich nicht, daß das Volk zerfällt. Dann kann der alte geniale Feldmarschall sagen, was er will. Dann zerfällt Ihr das Porzellan. Wir hoffen nur, daß das deutsche Volk nicht dabei zugrunde geht. (Lauter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Beck.

Abgeordneter Beck : Zunächst einmal einige wenige Worte zu den Ausführungen des Nationalsozialisten. Ich habe mich darüber äußerst gewundert, daß er das, was er hier vorzutragen versprochen hatte, nicht vorgebracht hat. Es zeigt sich hier wiederum, daß die Klappe größer ist als das, was dahintersteht, (wie es stets bei den Nationalsozialisten der Fall ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ley: Der weiß wahrhaftig schon, was ich sagen wollte.) Zunächst ist äußerst interessant, daß, als seinerzeit das Schmutz- und Schundgesetz geschaffen wurde, Herr Külz in der gesamten Presse äußerst angegriffen wurde. Ich stelle hier fest, daß der Dezernent des Rheinischen Jugendamtes sehr wahrscheinlich diesen Herrn Külz übertreffen will. Tatsache ist jedenfalls, daß keines der Jugendämter in der gesamten preussischen Verwaltung mit einem derartigen Eifer und einer solchen Rigorosität vorgeht, wie gerade das Rheinische Jugendamt. Es ist bezeichnend, daß nicht nur in linksbürgerlichen Zeitschriften, sondern selbst in gutbürgerlichen Zeitungen, wie der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“, heute gegen die Maßnahmen und Verfügungen des Rheinischen Jugendamtes Stellung genommen wird. Ich möchte hier feststellen, daß in der Stabsrede des Landeshauptmanns, in den Sachauschüssen und auch in den übrigen Aussprachen immer und immer wieder zum Ausdruck kam, daß gerade auf diesem Gebiete das Rheinische Jugendamt

äußerst „fruchtbar“ gearbeitet hat. Ich will darauf hinweisen, daß Herr Horion einen sehr großen Eifer an den Tag legte, als in Düsseldorf das Stück „Revolte im Erziehungshaus“ gespielt wurde, daß die ganze bürgerliche Presse darauf losgehetzt wurde und mit einem Donner gegen die Aufführung der „Revolte im Erziehungshaus“ loschlug. Ich will darauf hinweisen, daß ebenfalls versucht und sogar durchgedrückt wurde, die „Revolte im Erziehungshaus“ im Film zu verbieten. Ich will darauf hinweisen, daß das Rheinische Jugendamt selbst keinen Halt gemacht hat vor Schriftstellern, die anerkannt sind und Weltruf haben. Ich verweise nur darauf, daß beantragt wurde, den Roman „Die Dirne Eliza“ auf die Liste für Schmutz und Schund zu stellen. Ich will gleich zitieren, wie die Entscheidung ausfiel. Dabei betone ich nochmals, daß der Roman von einem anerkannten Dichter und Schriftsteller von Weltruf geschrieben ist, der allerdings nicht bei uns steht, mit dem wir auch nicht immer einig gehen und mit dem wir uns auch nicht in allen Teilen solidarisch erklären. Hier hat das Rheinische Jugendamt eine schallende Ohrfeige seitens der reaktionären Prüfstelle in Berlin erhalten. Es heißt in der Entscheidung: „Die Prüfstelle kann es sich nicht versagen, mit größtem Nachdruck und Befremden auszusprechen, daß sie kein Verständnis für den vorliegenden Antrag hat, der sich gegen ein künstlerisch und sittlich besonders hochstehendes, auch in der vorliegenden Ausgabe erschütterndes Werk richtet, das unendlich hoch über der Sphäre von Schund und Schmutz steht.“

Ich glaube, das genügt vollkommen, um festzustellen, daß, wie Ignaz Wrobl richtig ausgeführt hat, es hier tatsächlich darum geht, einen „kleinen Beamtenkrieg“ zu führen. Dieses Rheinische Landesjugendamt will den Nachweis erbringen, daß es den Vorkämpfer der schwärzesten Kulturreaktion darstellt, daß es selbst den reaktionären Külz noch übertrifft. (Zuruf des Abg. Rohl: Mit einem Sozialdemokraten an der Spitze.) In einem anderen Falle, in dem ein Werk ebenfalls auf die Liste gesetzt werden sollte, schrieb das Rheinische Jugendamt, das Werk habe eine „anstößige, ausgesprochen sexuelle Färbung“. Mir ist nicht klar, was unter sexueller Färbung zu verstehen ist. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Sie sind noch zu jung dafür!) Vielleicht ist das Rheinische Jugendamt in der Lage, Aufklärung darüber zu geben, was unter „sexueller Färbung“ zu verstehen ist. Ich will darauf hinweisen, mit welcher rigorosen Begründung von der Prüfstelle der Film „Revolte im Erziehungshaus“ verurteilt wurde. In dieser Entscheidung heißt es: „Der Bildstreifen zeigt ein verzerrtes Bild einer Zwangserziehungsanstalt, wie sie vor 60—70 Jahren bestanden hat. Eine Anstalt, wie sie der Bildstreifen zeigt, ist heute in Deutschland undenkbar. Unsere modernen Fürsorgeanstalten liegen in landschaftlich schönen Gegenden, sind modern und lustig eingerichtet, haben



keine Gitter vor den Fenstern, und ihre Zöglinge genießen jede Freiheit durch Spiel, Ausgang usw.; die Kost der Zöglinge wird ärztlich überwacht; unter dem Erzieherpersonal sind Pädagogen von internationalem Ruf.“ (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Verbrecher sind darunter.) Mein Kollege hat bereits vorhin darauf hingewiesen, was für eine Sorte von Erziehern teilweise in den rheinischen Fürsorgeerziehungsanstalten noch wirkt. Der Fall von Halseshof steht nicht vereinzelt da, und wenn im Sachauschuß und in dem Bericht des Landeshauptmanns zum Ausdruck kam, daß in den rheinischen Jugendberziehungsheimen bis heute noch keine Revolten zu verzeichnen seien, daß sie es durch ihre gute Erziehung verstanden hätten, die Revolten zu verhindern, so sagen wir Ihnen, daß wohl auch hier der Tag nicht mehr fern sein wird, wo sie vor ähnlichen Ausschreitungen stehen werden, wie sie in den Berliner Anstalten vorgekommen sind. Sie erwarten den Eintritt ähnlicher Zustände mit Angst und Bangen als Folge der Beseitigungsarbeit, die wir Kommunisten leisten. Nein, Ihre eigenen Maßnahmen, Ihre eigenen Anordnungen sind die Momente, welche die Fürsorgezöglinge zur Revolte treiben. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sehr gut!) Im Sachauschuß wurde auf besonderen Wunsch des Herrn Janßen, des Vertreters des Zentrums, die „Junge Garde“ zitiert. Wir Kommunisten sehen es als unsere Aufgabe an, mit den Fürsorgezöglingen zu sprechen und ihnen zu zeigen, daß sie nur das Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung sind und — das kann auch Herr Wingender in seinem Buch nicht ableugnen — daß die Ursachen für den Schmutz und Schund die heutigen sozialen Verhältnisse sind. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr richtig!) Wir zeigen den Zöglingen, daß sie auf Grund der ungeheuerlichen kapitalistischen sozialen Verhältnisse in diesen Fürsorgeanstalten schmachten, und gerade Sie, meine Herren vom Zentrum sind diejenigen, die noch erbärmlichere Zustände, als sie jetzt schon herrschen, in den Fürsorgeanstalten einführen wollen. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß ich bei der Nachprüfung in der Rechnungsprüfungskommission festgestellt habe, daß für das Fürsorgeerziehungsheim in Fichtenhain bei Krefeld ein Betrag von 250 RM für Bekleidung eingesetzt worden war. Ich ließ mir die Rechnung vorlegen, und auf der Rechnung standen 250 RM für Gebetbücher. (Zuruf bei den Kommunisten: Hört, hört!) Ich frage hier: Was haben Gebetbücher mit Bekleidung zu tun? Was haben Gebetbücher mit einer Ausstattung zu tun? Sie werden mir die Antwort schuldig bleiben; Sie werden mir auf diese unerhörte Verschleierung innerhalb des Stats nicht antworten können. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Schiebungen!)

Wenn Sie heute sagen, in den rheinischen Fürsorgeerziehungsanstalten sei alles in Butter, die Prügelstrafe sei abgeschafft, so sage ich Ihnen: Sie haben eine andere

Methode an die Stelle der Prügelstrafe gesetzt, die noch weit schlimmer ist; Sie bezen die eigenen Klassengenossen auf, Zögling gegen Zögling. Auch die fortwährenden Störungen in Berlin und in den anderen Anstalten liegen alle in der gleichen Linie. Ich verweise Sie auf einen Vorfall in Enskirchen, den ich selbst nachgeprüft habe. Dort waren Jugendliche entflohen; sie waren unter dem Druck der Verhältnisse ausgekniffen. Als sie zurückkamen . . . . .

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie schweifen vom Thema ab. Wir sprechen nicht mehr über die Fürsorgeerziehung, sondern über das Jugendamt. Ich rufe Sie zur Sache.

Abgeordneter Beck (fortfahrend): Wir haben 500 000 RM verlangt. Zu dieser Frage spreche ich hier. Ich stelle fest: Als die Zöglinge zurückkamen, wurden sie von ihren eigenen Genossen verprügelt. Man hatte dies wie folgt erreicht: Als der Junge durchgebrannt war, hat man der Abteilung, in der er stand, die Kost geschmälert. Aus Wut darüber ist der Zögling, als er wieder eingeliefert wurde, verprügelt worden. Das führt zu den Revolten, nicht die Theaterstücke und nicht das, was Sie als Schmutz und Schund ansehen.

Folgendes ist sehr interessant: An der Spitze des Rheinischen Jugendamtes steht bekanntlich Herr Wingender, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist. Dieser Herr ist aber vollkommen von der Zentrumsparterie abhängig, und um seine Stellung zu erhalten, tut er dieser reaktionären Mutterpartie jeden Willen. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut!) Um Ihnen zu zeigen, mit welchen Maßnahmen das geschieht und mit welchen an den Haaren herbeigezogenen Begründungen dieses Auf-die-Liste-stellen durchgeführt wird, will ich aus der Schrift von Wingender nur einen Absatz vorlesen. Da heißt es über ein Bild: „Es stellt eine zusammengetauerte nackte Frau auf einem Ruhe-lager dar, die ein Kissen mit Franzen an ihre Brust und ihren Schoß drückt . . . Jedenfalls liegt über dem Bild ein schwüler, sinnlicher Hauch, der sich dem Beschauer mitteilt.“ Ich bin der Auffassung, wenn Lächerlichkeiten töteten, wäre bestimmt das Landesjugendamt nicht mehr hier. Ich will das hier in die Praxis umsetzen; ich will den Leuten, die mit derartig schmutzigen Gedanken in ihrem Gehirn hausieren gehen, zeigen, was in ihren eigenen Schriften steht. Ich glaube, die Herren vom Zentrum haben eine ganze Reihe von katholischen Geistlichen unter sich sitzen. Sie kennen gut den hl. Alfons von Liguori, jenen Heiligen, der von Pius IX. besonders hervorgehoben, der von Papst Leo XIII. ebenfalls lobend erwähnt wurde, der als der Begründer und Lehrer dieser kirchlichen Einrichtung gilt. Ich weise darauf hin, daß Pius IX. festgelegt hat, daß die Lehre dieses hl. Alfons von Liguori nicht nur in allen Schulen und Predigten angewendet werden solle, sondern überall dort, wo Christen zusammenkommen. Sie sollen nicht nur nach dieser Lehre ausgefragt

werden, sondern die Lehre soll auch praktisch angewandt werden. Mir steht meine Gesinnung zu hoch, und ich will mich nicht in den Schmutz hinunterbegeben, der in den Schriften des hl. Alfons von Liguori zum Ausdruck kommt. (Rufe im Zentrum: Unerhört! Pfiui!) Wenn Sie glauben, Sie könnten damit die Jugend von solchen Dingen abhalten, so sage ich klipp und klar, daß Sie nur dazu beigetragen haben. Ich war ebenfalls einmal in Ihren Reihen, ich war ebenfalls einmal von Ihren Kreisen irreführt worden. Ihre „Aufklärung“ nach der Methode des hl. Alfons von Liguori hat mit dazu beigetragen, daß ich heute im Lager des Kommunismus stehe. Ihre schmutzigen Gedanken, die Sie in der Beichte zum Ausdruck bringen, die Sie auf unsere schulpflichtigen Kinder, die von derartigen Dingen noch keine Ahnung haben, übertragen, tragen dazu bei, daß dieser Schmutz und Schand in den Massen sich so verbreitet. Ich habe keine Ursache, die einzelnen Stellen vorzulesen. Herr Jansen mag das machen, wenn er besondere Freude daran hat. Ich will nur eine einzige Stelle, die noch eine der gelindesten ist, aus dieser Broschüre zitieren, und zwar ist es die praktische Anwendung von dem, was in dem Buche des Herrn Wingender über Schmutz und Schand steht, wo es heißt, daß die Schmutzigkeit dieser Abbildung sozusagen einen sinnlichen Hauch über den Beschauer lege. Alfons von Liguori sagt hierüber: „Die Beichtkinder sollen über ihre Gedanken befragt werden, ob sie anzüchtige Dinge begehrt oder sich in Gedanken daran ergötzt haben, ob sie nach jungen Männern, Witwen oder Verheirateten Begehren getragen und was für böse Dinge sie mit ihnen beabsichtigt haben.“ Meine Herren! Wer mit derartigen Gedanken umgeht, von dem kann man allerdings annehmen, daß er selbst über solche Bilder nicht anders denken kann.

Ich bringe Ihnen auch hierfür ein Beispiel. Jeder von Ihnen kennt wohl die Plakate von Hentel, auf denen die Frau am Waschtrog mit aufgekrempeelten Ärmeln dargestellt ist. Kein Mensch, der anständige Gedanken hat, wird an diesen Plakaten Anstoß nehmen; aber ein Geistlicher von Biersen ging zu den Geschäftsleuten hin und verlangte die Beseitigung dieser Plakate. (Zuruf links: Die sind aber arg empfindlich!) Ich glaube, dieser Fall zeigt ganz klar, wo diejenigen sitzen, die den größten Schmutz und Schand an ihren Rockschößen hängen haben. Uns als Proletariern ist nichts unrein. Wir wissen, daß wir menschliche Geschöpfe und nackt geboren sind. Wir nehmen keinen Anstoß daran, ob der Hemdärmel aufgekrempeelt oder der Arm bis zu den Fingerspitzen bedeckt ist; aber Sie, meine Herren (zum Zentrum), leben von derartigen Dingen und gehen damit hausieren. Wenn wirklich das Jugendamt durchgreifen wollte, wäre hier ein Aufgabengebiet, um die Jugend vor derartigen Leuten zu schützen, nicht aber vor den Bildern, die die proletarische Jugend nicht kaufen kann. Ich erkläre offen und frei, daß wir kein

Interesse daran haben, jene Schmutzschriften der besitzenden Klasse, die 5, 6, 8 und mehr RM kosten, zu verteidigen; die kann kein Proletarierkind kaufen, die kommen nur in die Kreise, mit denen Sie tagtäglich verkehren. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut!) Herr Wingender hat sich, um sich den Anschein der Objektivität zu geben, auf die Kommunisten berufen. Ich sage hier, im Einverständnis mit meiner Fraktion, daß er kein Recht dazu hatte, hier den Namen eines Lenin zu mißbrauchen. Es ist eine Schändung Lenins, die angeprangert werden muß, weil Sie Lenin tagtäglich in Ihren Zeitungen durch den Dreß ziehen. Sie haben kein Recht dazu, diesen Mann, der uns als Führer galt, der Ihrer Auffassung aber wirklich fern stand, als Beweis für Ihre eigene Schmutzigkeit anzuziehen. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut!) Lenin hat seinen Kampf gegen Schmutz und Schand auf ganz anderer Basis geführt, als Sie es machen. Lenin hat keine Gemeinschaft mit denen gehabt, die Sie als Bundesgenossen sich ausgesucht haben. Wenn Sie heute noch Marxisten sein wollen, müssen Sie wissen, daß auch Marx bereits, ebenso wie Lenin, erklärt hat, daß in einem Staat, der morsch ist, auch die sogenannte „Sittlichkeit“ eine faule und morsche ist. Sie werden diesen Schand und Schmutz erst beseitigen, wenn Sie dieses faule, morsche System beseitigt haben, und dieses faule, morsche System ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die nichts anderes hervorbringen kann. Denken Sie doch zurück! Was hat denn die Jugend während des Krieges gelernt? Was hat sie denn gesehen, als sie während des Krieges draußen in der Etappe stand? Sie mußte die Schweinereien mit ansehen, die Sie als Hauptleute und Offiziere in der Etappe getrieben haben. Was hat die Jugend gesehen, als sie in diesen Reihen stand? Nichts als Schweinerei und nochmals Schweinerei. Und Sie wollen den Sittenrichter spielen, wenn diese Jugend auf Abwege gerät! Wir als Kommunisten sagen Ihnen: Sie haben kein Recht, sich hier irgendwie als Sittenrichter aufzuspielen (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut!); denn der Sumpf, in dem Sie stecken, treibt Blasen, und diese Blasen werden stärker werden, als sie heute schon sind. Sie werden diesen Sumpf nicht austrocknen, sondern Sie werden darin versinken. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut!) Ich sage Ihnen, daß Sie ohnmächtig sind, und zwar berufe ich mich auf die „Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz“, in der ganz klar zum Ausdruck kommt, daß selbst dort, wo Sie durchgedrückt haben, daß etwas auf die Liste gestellt wurde, Sie nicht die Macht haben, es durchzuführen, weil Sie die Polizei nicht in der Hand haben. Sie stellen selbst wörtlich fest, daß die Polizeibehörden in der Ausführung des Gesetzes „organisatorische Schwierigkeiten“ haben. Mitglieder des Landesjugendamtes konnten feststellen, das in Berlin Schriften, die auf der Schandliste standen, im Straßenhandel zu billigen Preisen vertrieben wurden und daß in den Kiosken und



sogar in einer Bahnhofsbuchhandlung solche Schriften unbeanstaltet ausgingen. (Zuruf bei den Kommunisten: Hört, hört!) Für uns Kommunisten ist es kein Zufall, daß die Polizei versagt. Sie ist auf nichts anderes eingedrückt und auf nichts anderes losgelassen, als auf die kommunistische Presse. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr richtig!) Die Führer der Polizei ergötzen sich selbst an diesen Schmutz- und Schandschriften.

Es ist höchst interessant, daß selbst Organe und Zeitschriften, wie das „Magazin“, auf Antrag des Landesjugendamtes auf die Liste gestellt werden sollten. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie sollten lieber das Alte Testament der Bibel auf die Liste setzen.) In der sozialen Not, namentlich in der Wohnungsnot liegt die Ursache des Übels. Wenn Sie wirklich Schmutz und Schand bekämpfen wollen, so sorgen Sie erst dafür, daß gesunde, lustige Wohnräume für die Arbeiterfamilien geschaffen werden. Deshalb haben wir beantragt, daß diese Gelder abgesetzt werden, und deshalb sind wir der Auffassung, daß diese Gelder für etwas anderes verwendet werden müssen. Sie werden unfähig sein, diese Auswüchse und Blasen zu beseitigen.

Wenn heute früh der Pfarrer Itter sich hierhin stellte und den Kommunisten unterstich, sie hätten in Krefeld die Kirche mit roter Farbe bepinselt, dann berufe ich mich, trotzdem ich kein Freund der Sozialdemokraten bin, auf die „Freie Presse“ in Krefeld, die Ihnen, Herr Itter, nachwies, daß aus Ihren Kreisen gedungene Provokateure diese Schmutzigkeit begangen haben. (Zuruf bei den Kommunisten: Hört, hört!) Wir wollen unseren Kampf gegen die Kirche und das Zentrum nicht auf dieses Niveau herabdrücken; sonst würde ich Ihnen von dem hl. Alfons von Liguri vielleicht noch andere Dinge anführen.

Kurz noch zu einer anderen Frage. Es wurde von uns beantragt, daß eine Aufstellung über die beschäftigten Kinder in den gewerblichen Betrieben, bei den Heimarbeitstellen und sonstigen Arbeitsstätten gemacht werde. Man hat sich im Ausschuß darüber gestritten, man hat sich gewundert und darauf hingewiesen, daß in Berlin eine derartige Denkschrift ausgearbeitet worden ist. Bezeichnenderweise war es hier gerade die Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei, Frau Becker, die sich hinstellte und erklärte: So etwas gibt es in Deutschland nicht mehr. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Hört, hört!) Ich habe ihr bereits dort erwidert, daß es doch noch etwas Derartiges in Deutschland gibt, daß wir heute in Deutschland noch eine Kinderausbeutung haben, die himmelschreiend ist. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr richtig!), und daß Sie nur auf dem Papier verstanden haben, diese Kinderausbeutung zu beseitigen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sehr gut!) Man hat im Ausschuß den Antrag verschwommen der Reichsregierung zur Kenntnisnahme übergeben.

Wir haben in einem anderen Antrage verlangt, daß die Summe für die kinderreichen Familien auf 500 000 RM erhöht werden soll. In diesem Ausschuß mußte selbst die Dezernentin zugeben, daß diese 500 000 RM nicht ausreichen würden. Sie erklärte, wenn alle die Anträge, die vorliegen, erfüllt werden sollten, dann hätten wir 15 Millionen notwendig. Das zeigt schon, daß wir keine Agitationsanträge stellen, wie die SPD, und die bürgerlichen Parteien es uns immer vorwerfen. Wenn 15 Millionen notwendig sind und die Kommunisten stellen die bescheidene Forderung von 500 000 RM und Sie lehnen diese bescheidene Forderung noch ab, so beweist das, daß Sie absolut nicht gewillt sind, auch nur das Kleinste für die werktätige Bevölkerung zu tun.

Wenn in einem anderen Antrage — ich glaube, er ist vom Christlichen Volksdienst gestellt — verlangt wird, daß man mehr Kinder an Pflegeeltern geben solle, so möchte ich hier ebenfalls einen Fall anführen, der zeigt, wie in dieser Beziehung gearbeitet wird. Ein Mädchen wird an die holländische Grenze zu einem guten christlichen Bauer geschickt. Der Bauer bemüht es, um es zum Schmuggeln nach Holland hinüberzuschicken. Wenn es auch nur einige Pfund Kaffee waren, so wurde doch das Mädchen erwischt und von den Zollbehörden zur Rechenschaft gezogen. Anstatt nun den Bauer, den christlichen Ausbeuter zu fassen, hat man das Mädchen durch die Anstalt verschleppt. Als der Vater dort hinkam, war die Tochter verschwunden, und erst nach 14 Tagen, als ich mich dahintersetzte, habe ich vom Landesjugendamt Auskunft erhalten, wo das Mädchen sich aufhielt. (Zuruf bei den Kommunisten: Hört, hört!)

In einem andern Falle war ein Mädchen 5 Monate in der Pflege, und nach 4 Monaten war es bereits schwanger. So sehen die Maßnahmen aus, die Sie noch verstärken wollen. (Unverständlicher Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten.) Ich will auf diesen blöden Zuruf nicht eingehen und zwar deswegen nicht, weil jedenfalls von unserer Fraktion noch keiner in bestimmten Gassen war, wo er nicht einmal soviel Geld mehr hatte, daß er seine Windjacke einlösen konnte; aber es gibt bei den Nationalsozialisten Leute, denen derartiges passiert sein soll. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut! — Unruhe bei den Nationalsozialisten.)

Ich möchte zusammenfassend sagen, daß Sie weder in der Lage sein werden, die Not der Fünfvoßgezüglinge zu beseitigen, noch die Revolten zu vermeiden. Revolten macht man nicht durch Filmpropaganda oder Theateraufführungen. Revolten entstehen auch nicht durch kommunistische Propaganda. Sie sind geboren aus der sozialen Not, und in dem Moment, wo Sie die soziale Not beseitigen, müssen Sie Ihre eigene Politik beseitigen. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut!) Dazu sind Sie nicht fähig, und die Geschichte zeigt uns, daß jede Klasse, die dermaßen tief in Schmutz und

Schund steckt wie Sie heute, die derart faul und morsch ist, reißt zum Verschwinden. (Zuruf bei den Kommunisten: Sehr gut!) Unsere Aufgabe kann letzten Endes nur darin bestehen, daß wir mithelfen und mitforgen, diese Klasse zu beseitigen und ihr den Garauß zu machen. (Weißfall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kurtz.

Abgeordneter K u r t z : Meine Damen und Herren! Es muß eigentlich jedes Mitglied des Hauses sonderbar berühren, daß ausgerechnet Herr Dr. Ley von den Nationalsozialisten sich hier hinstellt, um eine große Rede gegen Schmutz und Schund zu halten. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Sonderbar muß es auch einen jeden Zuhörer berühren, daß gerade der Vertreter der Kommunistischen Partei sich mit vielen Worten dagegen wehrt, daß in Deutschland die Meinungsfreiheit beschnitten wird. Dem Vertreter der Kommunistischen Partei wird man die Verhältnisse Rußlands bezüglich Meinungsfreiheit und Zensur einmal vor Augen halten müssen. Vor mir liegt der Aufsatz eines Gelehrten, der sich mit den Verhältnissen in Rußland sehr eingehend beschäftigt hat und der wie folgt schreibt: (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Herr Dr. Jarres, ist das zur Sache?)

„Es ist bekannt“ — so schreibt er — „daß die sogenannte Sowjetregierung ihren Terror über die russische Arbeiter- und Bauernschaft und über das gesamte russische Volk außer durch bewaffnete Macht durch eine Zensur ausübt, die alles in Schatten stellt, was seit Erfindung der Buchdruckerkunst jemals an Unterdrückung der Meinungsäußerung in der Welt existiert hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Prinzipiell muß in Rußland alles, was gedruckt oder öffentlich geschrieben wird, der Zensur vorgelegt werden.“ (Zuruf des Abgeordneten Renner: Das ist doch nichts Neues, das geben wir ja offen zu, das ist doch selbstverständlich!) Das Tollste auf dem Gebiete der geistigen Unterdrückung hat sich aber das russische Regime durch Herausgabe eines Index geleistet. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Wenn man von seiten der russischen Regierung und besonders des russischen Volksbildungsministers wiederholt versucht hat, das Bestehen eines solchen Index zu bestreiten, so haben wir heute festzustellen, daß wir in Deutschland in der Lage gewesen sind, diese Indexliste in der „Menschheit“ im Abdruck zu sehen (Hört, hört!), und sogar eine bildliche Reproduktion konnte in der „Literarischen Welt“ im vorigen Jahre veröffentlicht werden. (Hört, hört!) Diese Indexliste, die in Form eines Rundschreibens von der Schwester Lenins unterzeichnet worden ist, hat die Aufgabe, alle die Werke aufzustellen, die vom Standpunkt der Zensur verboten werden. (Zuruf: Das leistet sich der Arbeiter!) Diese Liste trägt den Zensurvermerk und ist unter Genehmigung der Zensur in

einer Auflage von 5000 Exemplaren erschienen und verteilt worden an ganz bestimmte Stellen, und zwar an alle Gouvernements- und Kreisverwaltungen für politische Aufklärung und an alle Parteikomitees, Zensurstellen und Abteilungen der GPU. Und zwar behandelt diese Liste nicht nur die sofortige Durchführung einer Reinigung der Bücherbestände aller Bibliotheken, sondern stellt auch die Grundsätze auf, nach denen die philosophische, religiöse und verwandte Literatur zu sichten und zu vernichten oder, auf Deutsch gesagt, einzustampfen ist. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Thema zurückzukommen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Sie haben ihn erst aussprechen lassen!) Ich halte es nicht für notwendig, daß die russischen Zensurverfahren hier so weitgehend erörtert werden. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Die russische Zensur wird nicht bestritten!)

Abgeordneter K u r t z (fortfahrend): Wenn sich die Kommunistische Partei bei ihren Ausführungen unter fortwährenden Angriffen auf die Sozialdemokratie bewegt, dann ist es notwendig, daß man gerade der kommunistischen Fraktion auch hier im Landtage einmal die russischen Verhältnisse darlegt. Es ist bezeichnend, daß diese Zensur in Rußland alles verbietet, was an philosophischer Idealliteratur erschienen ist, darunter auch die philosophischen Werke eines Plato, eines Kant, eines Schopenhauer, eines Nietzsche.

Meine Damen und Herren! Nun zu den „Freunden“ von der Nationalsozialistischen Partei. Gerade wir Sozialdemokraten haben in diesen fünf Tagen hier Beschimpfungen ohnegleichen über uns ergehen lassen müssen. (Zuruf eines nationalsozialistischen Abgeordneten: Das war noch zu wenig!) Ich glaube, daß es am Platze ist, auch dem Herrn Dr. Ley von der Nationalsozialistischen Partei einmal zu sagen, daß er am allerwenigsten berufen ist, über eine so große Partei, wie es die Sozialdemokratie ist, irgendein politisches oder moralisches Urteil zu fällen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen es ganz entschieden ab, uns gerade von der Nationalsozialistischen Partei eine Rede darüber halten zu lassen, was Schmutz und was Schund ist. Den können Sie am besten tagtäglich im „Westdeutschen Beobachter“ des Herrn Dr. Ley finden. Meine Damen und Herren! Ist das denn kein geistiger Schund, wenn die Nationalsozialisten sich dazu hergeben, in Wort und Schrift nicht nur die lebenden Staatsmänner durch die Gasse zu ziehen, sondern sich auch sogar an unseren toten Staatsmännern zu vergreifen? Ist das kein geistiger Schmutz und Schund, wenn z. B. eine nationalsozialistische Zeitung über Stresemann schreibt: „Stresemann war in den Augen aller Pazifisten, aller Sozialdemokraten und aller Stiefellecker der glorreichen deutschen Republik nichts weiter als ein Verräter am deutschen Volke.“ (Pfui! bei den Sozialdemokraten.)



Und wenn es dann weiter heißt: „Daß Strefemann nicht mehr ist, und daß Gott soviel Erbarmen zeigte, ihn aus seiner fluchwürdigen Tätigkeit jäh herauszureißen“ . . . (Erneute Pfui-Rufe.), oder wenn es an einer anderen Stelle heißt: „So frei sind wir jetzt, daß sich bei uns in Deutschland jedes Schwein in seinem Dreck herumfudeln kann,“ oder wenn es weiter in diesem Artikel heißt: „Hängen Sie in Merseburg eine Hofe heraus, in der nichts drin ist, und schreiben Sie „Severing“ darauf, dann gehen die Geheimräte katzbuckelnd vor diesem neuen modernen Geflügelhut vorbei.“ Ich möchte Ihnen sagen, Herr Dr. Ley: Hängen Sie einige Tausend dieser schlotternden Hosen, in denen nichts drin ist, auf, und Sie haben das ganze Heer der Nazis vor sich. (Beifall links.)

Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen ein weiteres Schriftdokument der Nationalsozialisten vortragen, das uns beweist, was bei den Nazis Schmutz und Schund bedeutet. Es heißt hier über Strefemann: „Man darf sich nicht über den frühen Tod Strefemanns wundern, denn bei dem guten Leben, wie Strefemann es geführt hat, kommt der Tod immer früher. Die Kopfbildung Strefemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kundgetan. Er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet. Aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher. Wer in der Republik den Nachweis erbringt, daß er ein Gauner ist, der kann Minister werden.“ (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) So ist es vielleicht bei Ihrem Herrn Minister Fried gewesen.

Meine Damen und Herren! Solche „geistigen“ Ergüsse werden von den Nationalsozialisten nicht nur in den Parlamenten auf das Volk losgelassen, sondern auch in der Presse. Mit Recht schrieb die „Kölnische Zeitung“ vor einiger Zeit: „Ein Blick in völkische Blätter lehrt, daß man den politischen Anstand der Nationalsozialisten anscheinend nicht niedrig genug einschätzen kann.“ (Aha! rechts.) Das schreibt ein Blatt, das nicht zur Sozialdemokratie gehört. Und eine geradezu vernichtende Kritik über den geistigen Tiefstand der Nationalsozialisten wird von früher führenden Nationalsozialisten in der deutlichsten Weise ausgesprochen. Der frühere badische nationalsozialistische Führer Friedrich (Lachen bei den Nationalsozialisten) gibt ein Büchlein heraus — wollen Sie einmal gefälligst zuhören —, das betitelt ist „Unter dem Hakenkreuz“. (Zuruf: Der ist heute Sozialdemokrat!) In diesem Büchlein heißt es wie folgt: (Zuruf des Abgeordneten Haake: Was hat das mit der Tagesordnung zu tun?) Das trifft für Sie alle sechs zu. (Unruhe bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte, die Unterbrechungen zu unterlassen und Platz zu nehmen.

Abgeordneter Kurtz (fortfahrend): Es heißt dort in der Kritik Ihres früheren Führers: „Fast überall treffe ich in der Leitung der Nationalsozialistischen Partei nur ganz junge Leute an. Wo ich hinkam, wurde ich von den Arbeitern im braunen Hemd gefragt: Hoffentlich sind die Zustände bei euch besser als hier. Je weiter ich herumkam, desto mehr sah ich, daß die ganze Partei der Nationalsozialisten nicht ernst zu nehmen ist.“ . . .

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich muß Sie unterbrechen. Ich muß Sie wirklich bitten, bei der Sache zu bleiben. (Zuruf: Wir sind in einer Volksversammlung!)

Abgeordneter Kurtz (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Wir haben geglaubt, daß diese Kritik notwendig ist, um den Nationalsozialisten einmal die Antwort zu geben auf die fortwährenden Beleidigungen und Schmähungen, die sie sich während fünf Tagen gegen uns erlaubt haben. Ich sage den Nationalsozialisten und besonders dem Herrn Dr. Ley: Es ist eine geradezu bodenlose Heuchelei, wenn man sich hier heute nachmittag hinstellt und sich als Vorkämpfer für Religion und Christentum aufspielen will. Ich bezeichne es als direkten Schmutz und Schund, was tagtäglich in den nationalsozialistischen Blättern dem Volke und der deutschen Jugend vorgelesen wird. Nicht das ist das Schlimmste — das sage ich auch dem Landesjugendamt —, wenn hier und da einmal ein vereinzelt zweifelhaftes Buch erscheint. Viel gefährlicher für unsere Jugend, viel verwildernder auf die deutsche Jugend wirkt das, was tagtäglich von den Zeitungen der Nationalsozialistischen Partei ihr vorgetragen wird.

Zum Schluß, Herr Dr. Ley, will ich Ihnen noch folgendes sagen: Wir haben uns vor einiger Zeit nach Ihnen in Wiesdorf, Ihrem früheren Tätigkeitsort, erkundigt. Da schrieb man uns folgendes zurück: „Herr Dr. der Chemie Robert Ley hat seinen akademischen Grad mit höchster Auszeichnung erhalten durch Behandlung des Themas in seiner Dissertation: Wie erzeuge und verbreite ich Giftgas und Stinfbomben im Kampfe gegen meine deutschen Volksgenossen?“ (Ironisches Bravo! bei den Nationalsozialisten. Beifall links.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte die Mitglieder des Hauses, Platz zu nehmen. Von Herrn Abgeordneten Pilates ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Findet dieser Antrag die Unterstützung von 10 Mitgliedern? Das ist der Fall. Zum Wort gemeldet sind noch die Herren Abgeordneten Görlinger, Henfe und Simon. Ich frage diejenigen Fraktionen, welche bei diesen verbundenen Gegenständen noch nicht zum Wort gekommen sind, ob sie auf das Wort verzichten. — Das ist der Fall. Herr Henfe, Sie möchten noch sprechen? (Abgeordneter Henfe stimmt zu.) Ich muß Ihnen Gelegenheit dazu geben. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Dann geht es der Reihenfolge nach weiter, Herr Görlinger ist dran!)

Abgeordneter Hense: Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt soviel über Schmutz und Schund gehört, daß wir bald genug davon haben. Aber ich möchte doch noch einige Worte dazu sagen, aber nur ganz kurz.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich bitte um Ruhe für den Herrn Abgeordneten.

Abgeordneter Hense (fortfahrend): Es steht fest, daß in Literatur und Presse heute soviel Schmutz von einer großen Industrie, die nur Schundliteratur herstellt, über unsere Jugend ausgegossen wird, daß da endlich einmal Einhalt geboten werden muß. In der Bekämpfung von Schmutz in Literatur und Presse werden wir verschiedener Meinung sein, solange wie wir in Weltanschauungsfragen getrennt gehen.

Ich möchte kurz darauf hinweisen, daß auch heute noch trotz des Verbotes eine große Kolportage von Schundromanen meistens bei Eintritt der Dunkelheit erfolgt, ferner daß die Leihbibliotheken, die in der letzten Zeit besonders auf dem platten Lande errichtet werden, allerlei Schundromane ausstellen und verkaufen. Auch im Kino, meine Damen und Herren, könnte die Zensur etwas verschärft werden. Leider fällt die Tagespresse nicht unter das Gesetz. Auch in ihr finden wir noch sehr viel Schmutz und Schund, der unsere Jugend schädigt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Keimzelle des Staates die christliche Familie ist, die christliche Ehe und das christliche Kind. Deutschlands Zukunft und Aufstieg hängt ab von unserer Jugend, und diese wollen wir vor Schmutz und Schund bewahrt wissen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich frage die Fraktionen, die noch nicht zu Wort gekommen sind, ob sie auf das Wort Wert legen. — Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Schlußantrag abstimmen und bitte diejenigen, die dafür sind, daß die Besprechung geschlossen wird, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zur persönlichen Bemerkung Herr Dr. Ley.

Abgeordneter Dr. Ley: In den vier Tagen ist dauernd von einigen Abgeordneten der Kommunistischen Partei irgendein Wort „Windjacke verkauft“ oder sonst etwas hineingeworfen worden, und der Herr Abgeordnete Kurth hat den Ton meiner Zeitung angegriffen. Ich muß hier auf die Affäre mit der Windjacke eingehen, denn das ist eine Sache, die beleidigend und gemein ist. Es ist sogar von der Rednertribüne von dem letzten Redner der KPD. gesagt worden . . .

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Es ist nicht von Ihrer Person die Rede gewesen, sondern nur in rätselhafter Weise von einer Windjacke gesprochen worden. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. Ley (fortfahrend): Wenn Sie auch nicht wollen daß das klargestellt wird, so sage ich Ihnen doch: Ich habe hier nichts zu verbergen, sondern die „Rheinische Zeitung“ und die „Sozialistische Republik“

sind wegen dieser Affäre verurteilt worden, weil sie auch nicht den Schein eines Beweises haben erbringen können, weil alles von Anfang bis zu Ende gelogen war. Das steht fest. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen das Wort nicht weiter erteilen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung verlangt? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die zu den Punkten 49 bis einschließlich 58 für die Anträge des II. Sachausschusses sind, sich zu erheben. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Ich bitte um getrennte Abstimmung!) Die Frage ist bereits verneint worden. Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen. (Schluß-Rufe.)

Wir können vielleicht die Sachen vom V. Sachausschuß noch eben erledigen. Wird ein Antrag auf Schluß gestellt? (Zustimmung.) Es wird beantragt, die Sitzung abzubrechen. Ich nehme an, daß das der Wille der Mehrheit des Hauses ist. (Andauernde Unruhe rechts.) Herr Abgeordneter Haake, ich rufe Sie wegen dauernder Störungen zur Ordnung! (Rufe: Raus!)

Ich bitte, mich zu ermächtigen, die Tagesordnung für die morgige Sitzung festzustellen und alles auf die Tagesordnung zu setzen, was heute noch nicht erledigt worden ist, insbesondere die Wahlen, und ferner noch auf die Tagesordnung zu bringen, was noch aus den Ausschüssen kommt. Damit sind Sie einverstanden.

Es ist noch ein Antrag des Christlichen Volksdienstes und Bauernpartei eingegangen, unter dem Titel Verschiedenes 10 000 RM zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs auch in den diesjährigen Etat aufzunehmen. Im Ältestenrat hatten wir uns heute morgen dahin verständigt, daß Eingaben und neue Anträge spätestens bis heute mittag eingereicht werden sollten. Ich kann diesen Antrag also nicht mehr annehmen, weil er nicht rechtzeitig eingegangen ist.

Dagegen ist noch zeitig eingegangen eine Entschließung, betreffend die vorzeitige Rückgliederung des Saargebiets.

Wird das Wort noch gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Die morgige Sitzung schlage ich vor, um 9½ Uhr beginnen zu lassen. Um 10 Uhr soll der I. Sachausschuß kurz dazwischen tagen. Um 12 Uhr sind die Wahlen. Die Vorschläge für die Wahlen müssen drei Stunden vor Beginn der Sitzung da sein. Weil das Büro morgen drei Stunden vor Beginn der Sitzung noch nicht geöffnet hat, kommt dies praktisch darauf hinaus, daß heute abend die Wahlvorschläge bei dem Büro eingegangen sein müssen. Den Ältestenrat bitte ich, um 9¼ Uhr zusammenzutreten.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß 18 Uhr 50 Minuten.)